ISSN: 1865-9632

3,50 Euro
(Ausland: 5,00)

Lotta

Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

#74
Frühjahr 2019
lotta-magazin.de

„Für die Dimension des Faschismus gibt es keine Worte."
(Marlene Dietrich)

100 Jahre Faschismus

Editorial

Liebe Leser_innen,

am 15. März 2019 ermordete ein Rassist im neuseeländischen Christchurch 50 Muslime und Musliminnen. Seine grausame Tat streamte er live via Facebook. Das Video fand ebenso wie ein kurz zuvor veröffentlichtes Manifest rasante Verbreitung im Internet. Der Titel seines Bekennerschreibens — „The great replacement" — verweist auf ein Buch des Franzosen Renaud Camus, das in den letzten Jahren von der *Identitären Bewegung* stark beworben wurde. Übersetzer der im *Antaios Verlag* erschienenen deutschen Ausgabe ist Martin Semlitsch (alias Lichtmesz). Camus, die „Identitären" und den Täter von Christchurch eint die wahnhafte Vorstellung, dass das „eigene Volk" beziehungsweise die „weiße Rasse" durch eine zu niedrige Geburtenrate und Migration „ausgelöscht" werden soll. Gewalt erscheint in dieser Sicht nicht nur als gerechtfertigt, sondern geradezu zwingend. Während die einen „nur" Texte verbreiten, die andere aufhetzen, schlagen die Aufgehetzten wie der Täter von Christchurch erbarmungslos zu.

Ein Blick in das Manifest offenbart noch etwas anderes: den Kern der faschistischen Ideologie, die die „Reinheit" von „Volk" und „Rasse" predigt, die „Dekadenz" der bürgerlichen Gesellschaft verdammt, die „Männlichkeit" verherrlicht und die Gewalt zum Selbstzweck erhebt. Den ersten organisatorischen Ausdruck fand diese Ideologie kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Gründung des ersten *Fasci italiani di combattimento*, des ersten faschistischen Kampfbundes. Wenige Jahre später wurde der Bewegung Mussolinis die Macht übertragen. Den 100. Jahrestag der Entstehung des Faschismus feierten am 23. März 2019 etwa 2.000 Faschist_innen in Mailand. In Deutschland wurden weder dieses Konzert, noch der Jahrestag in der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Wir werden uns im Schwerpunkt dieser Ausgabe mit dem Thema „100 Jahren Faschismus" befassen. Dabei werden wir nicht nur einen historischen Blick zurück werfen, sondern uns auch mit der ebenfalls 100 Jahre alten theoretischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus befassen.

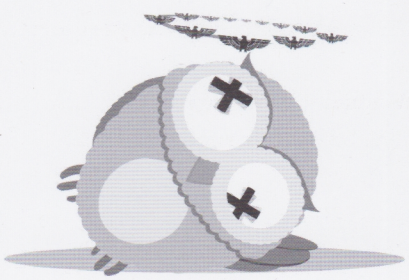
Angesichts der anstehenden Europawahlen am 26. Mai 2019 starten die Parteien der Rassist_innen, der extremen Rechten, des Neofaschismus und des Neonazismus weitere Kampagnen gegen Geflüchtete, Migrant_innen und Musliminnen. Diesen Kampagnen müssen wir solidarisch entgegentreten. Von der vielfach überschwänglich als „Friedensprojekt" gepriesenen *Europäische Union* ist wenig zu erwarten: Ihre in Sonntagsreden hochgehaltenen menschenrechtlichen Ideale und Werte sind schon vor längerer Zeit im Mittelmeer buchstäblich ertrunken. Ende März beschloss die EU nun auch noch das Ende ihrer Mittelmeer-Mission „Sophia". Zwar war die Mission 2015 vor allem gegründet worden, um gegen angebliche „Flüchtlingsschleuser" vorzugehen, die Schiffe der Mission retteten seitdem aber trotzdem noch 45.000 Flüchtlinge vor dem Ertrinken. Da kein Mitgliedsstaat bereit ist, diese Menschen aufzunehmen, ist die Seenotrettung im Mittelmeer nun eingestellt worden. Die verbliebenen privaten Seenotrettungs-NGOs sehen sich zunehmender Kriminalisierung ausgesetzt.

Wir wünschen allen Antifaschist_innen für die Auseinandersetzungen der nächsten Zeit einen langen Atem.

Wie immer gilt unser Dank allen Autor_innen, Fotograf_innen und allen anderen, die uns bei der Erstellung der LOTTA unterstützt haben.

Eure LOTTA-Redaktion

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 1. April 2019. Aktuellere Entwicklungen konnten nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 24. April 2019.



Hohlnazis

„Dummheit ist nicht heilbar!", sagt der Volksmund. Und er hat recht. Hin und wieder präsentieren wir an dieser Stelle der LOTTA einige ausgewählte Fundstücke aus der schier unbegrenzten Palette extrem rechten Schwachsinns.

Gegen die Wand

„Wenn Ursula Haverbeck zur Europaabgeordneten gewählt wird, steht das System mit dem Rücken zur Wand."

(„Die Rechte"-Wahlwerbung zur Europawahl)

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft

Wieder kein Terrorismus? ..... Seite 4
Die Debatte um die Anschläge von Bottrop und Essen

Schwerpunkt

100 Jahre Faschismus ..... Seite 6
Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Perspektiven auf den Faschismus ..... Seite 7
Von den Anfängen bis heute

Squadrismo ..... Seite 12
Wie die faschistischen Stoßtrupps die italienische Arbeiterbewegung zerschlugen

Getrennt marschieren — vereint schlagen ..... Seite 14
In der Geschichte der Soldatenverbände kreuzen sich die Wege seit 100 Jahren ganz rechts

Zwischen Analysekategorie und Kampfbegriff ..... Seite 17
Zur problematischen Geschichte des Faschismusbegriffs

Faschismustheorie angewandt ..... Seite 20
Wer oder was ist heute faschistisch?

Extreme Rechte

Presslufthammer oder Abrissbirne ..... Seite 23
Die „Alternative für Deutschland" vor der Europawahlen

„N.S. Heute" ..... Seite 26
Ein Schlaglicht auf das Zeitschriftenprojekt

Kein ruhiges Hinterland... ..... Seite 28
Die Neonazi-Szene in und um Alzey

„Aus der Mitte der Gesellschaft" ..... Seite 30
Ein Überblick über das Treiben der „Bruderschaft Deutschland"

Tiefe moralische Verkommenheit ..... Seite 33
Der hessische Polizeiskandal am Beispiel zweier Polizisten aus Kitorf

„Ohne Polizei wärt ihr alle tot" ..... Seite 36
Der Prozess gegen zwei Mitglieder der „Aryans" in Halle

Unter freiem Himmel ..... Seite 39
Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 1. Quartal 2019

Kurzmeldungen ..... Seite 42
Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

Internationales

Rechte Zerstörung der EU? ..... Seite 48
Die EU-Rechte vor der Europawahl

Zurück in die Diktatur? ..... Seite 52
Die extreme Rechte und das Militär in Brasilien an der Macht

Geschichte/Geschichtspolitik

Die letzten NS-Prozesse ..... Seite 56
70 Jahre Scheitern und Versagen

(Anti)Rassismus

„Strukturelles System der Selbstjustiz" ..... Seite 60
Misshandlungen in der Geflüchtetenunterkunft Burbach

Linke

„Klassische Methoden der Antifa-Arbeit" ..... Seite 62
Interview mit der Kampagne „Stadt, Land, Volk"

Rezensionen

Die Kommissare / Haymatlos / Antifaschistische Pädagogik ..... Seite 64

Von Torben Heine

Wieder kein Terrorismus?

Die Debatte um die Anschläge von Bottrop und Essen

Das Auto als Waffe. Mehrmals raste in der Silvesternacht ein Mann mit seinem PKW in feiernde Menschengruppen – zuerst in Bottrop, wenig später in Essen – und verletzte dabei acht Menschen. Alle Opfer haben eine familiäre Migrationsgeschichte. In der politischen Debatte zeigte sich einmal mehr die Tendenz zur Pathologisierung rassistisch motivierter Täter. Und es wurde deutlich, wie weit extrem rechte Narrative mittlerweile reichen.

Bei der ersten Attacke gegen 23:45 Uhr in Bottrop wurde niemand verletzt. Kurz nach Mitternacht erfasste der Täter mit seinem Auto auf dem Berliner Platz in Bottrop dann eine 46-jährige Frau aus Syrien, deren 48-jährigen Ehemann und die beiden 16 und 27 Jahre alten Töchter. Ebenso verletzt wurde ein zehnjähriges Mädchen aus Syrien, eine 29-jährige Frau aus Afghanistan und ihr vier Jahre alter Sohn. Im zehn Kilometer entfernten Essen-Bedingrade steuerte der Täter seinen Wagen erneut in zwei Personengruppen und verletzte einen 34-jährigen Mann. Die Opfer wurden zum Teil schwer verletzt, das Leben einer Frau konnte nur durch eine Notoperation gerettet werden.

Die Polizei verhaftete wenig später den Täter, den 50-jährigen **Andreas N.** aus Essen. Er sitzt nun in Untersuchungshaft und erwartet eine Anklage wegen versuchten Mordes. In einer ersten Pressemitteilung schrieb die Polizei, er habe nach seiner Verhaftung „fremdenfeindliche Bemerkungen" getätigt. Weiter hieß es: „Die Ermittlungsbehörden gehen derzeit von einem gezielten Anschlag aus, der möglicherweise in der fremdenfeindlichen Einstellung des Fahrers begründet ist." Es lägen zudem Erkenntnisse über eine psychische Erkrankung vor.

NRW-Innenminister **Herbert Reul** sagte am Tag nach der Tat: „Es gab die klare Absicht von diesem Mann, Ausländer zu töten. Das ist nicht zu leugnen, das ist der Sachverhalt". Dies sei durch die Vernehmungen klar geworden. Von Terrorismus sprach er nicht. Bald darauf verschob sich die Bewertung merklich. Eine Woche später teilte das Innenministerium der *Jungle World* mit, das Tatmotiv sei nicht abschließend geklärt, weil der „psychische Zustand des Täters" noch unklar sei. Von einem politischen Motiv ist seitdem nicht mehr die Rede. Die Wochenzeitung zitierte den Pressesprecher des Innenministeriums mit der irritierenden Aussage, der Täter lasse „Fremdenhass" erkennen, „aber das muss nicht rassistisch sein". So wiederholt sich ein aus ähnlich gelagerten Gewalttaten bekanntes Muster der Pathologisierung und Entpolitisierung.

Pathologisierung des Täters

Zwar war der Täter in der Vergangenheit wegen psychischer Erkrankungen in Behandlung; ob die Krankheitsbilder aber noch akut sind, ist nicht bekannt. Wichtiger noch: Anders als die öffentliche Debatte zu diesem Fall suggeriert, erklärt eine psychische Erkrankung allein noch keine Gewalttat. Die allermeisten Menschen mit psychischen Erkrankungen versuchen schließlich nicht, ihre Mitmenschen zu töten. Juristisch liegt Schuldunfähigkeit oder verminderte Schuldfähigkeit zudem nur dann vor, wenn jemand „bei Begehung der Tat wegen einer krankhaften seelischen Störung, wegen einer tiefgreifenden Bewusstseinsstörung (...) unfähig ist, das Unrecht der Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln" (§20 StGB). Auf die Mehrheit der rassistischen Täterinnen und Täter trifft dies nicht zu. Forschungen zeigen zwar, dass es bei vielen allein handelnden politisch motivierten Täterinnen und Tätern Anzeichen für psychische Auffälligkeiten gibt; doch diese erklären nicht das Tatmotiv. Die Pathologisierung monströs erscheinender Gewalttaten verschiebt diese in den Bereich des Unerklärlichen und löst sie damit von den gesellschaftlichen Verhältnissen und den politischen Diskursen. Täter wie Andreas N. handeln nicht alleine aus sich heraus, sondern sind in Tatentschluss und -ausführung durch gesellschaftliche Debatten beeinflusst und haben oft auch Kontakte zu politischen Milieus. Polizeilich bekannt war Andreas N. nicht; allerdings wurden auf seinem PC, wie der WDR zwei Wochen nach der Tat berichtete, „mehrere Dateien mit rechtsextremen Inhalten" gefunden.

Dass N. seine Opfer nach rassistischen Kriterien auswählte, ist unstrittig. Auch der Tatzeitpunkt passt zum rassistischen Motiv. Seitdem in der Silvesternacht 2015/2016 eine große Anzahl sexualisierter Übergriffe durch mehrheitlich migrantische Männer begangen wurde, hat das Datum eine besondere Bedeutung. Anders als der Attentäter in Christchurch erklärte sich Andreas N. nicht in einem Manifest und verfolgte keine umfangreiche Kommunikationsstrategie. Doch dies spricht nicht gegen einen rechtsterroristischen Charakter des Anschlags: Die Tat selbst kann die Botschaft transportieren.

Diskursmacht der Rechten

Nach den Anschlägen in Bottrop und Essen zeigte sich, wie stark der diskursive Einfluss der äußersten Rechten mittlerweile ist. Zwar scheiterte der Versuch, das Gerücht zu streuen, bei dem Täter habe es sich um einen Bosnier gehandelt. Dafür gelang es, die öffentliche Empörung über den Anschlag durch die Fokusverschiebung auf einen anderen Fall vom 29. Dezember 2018 zu relativieren. Im bayrischen Amberg schlugen vier nicht „unerheblich alkoholisierte" Asylsuchende zwischen 17 und 19 Jahren wahllos auf mehrere Passant_innen ein. Trotz der vielen, leicht verletzten Opfer wäre ein solcher Fall von Jugendgewalt eigentlich eher eine Meldung für die Lokalzeitung, doch dieser schlug bundesweit Wellen.

In drastischen Worten äußerten sich nicht nur die üblichen Verdächtigen von der AfD bis zum Vorsitzenden der *Deutschen Polizeigewerkschaft*, **Rainer Wendt**. Amberg wurde sogar zur Chefsache des Bundesinnenministers, der den Anlass nutzte, um im *Bild*-Interview über weitere Änderungen des Asylrechts zu sinnieren. Im selben Interview sprach **Horst Seehofer** auch über die Anschläge in Bottrop und Essen: „Es gehört zur politischen Glaubwürdigkeit, beide Fälle mit Entschiedenheit und Härte zu verfolgen." Damit hob er beide Taten auf eine Stufe. Wegsperren und Abschieben hießen die „Lösungen", die AfD und CDU/CSU unisono präsentierten — allerdings nur in Bezug auf die Gewalt in Amberg.

Dass sich die Maßstäbe verschoben haben, zeigte sich auch, nachdem am 7. Januar 2019 der Bremer AfD-Abgeordnete **Frank Magnitz** angegriffen worden war. Die AfD sprach von „lebensbedrohlicher Gewalt" und einem „Mordanschlag" von „Linksterroristen". Magnitz sei mit einem Kantholz schwer verletzt worden; nur das Eingreifen eines Bauarbeiters habe die Gewalt beendet. Wenige Tage später zeigte sich: Nichts davon entsprach der Wahrheit. Ein Überwachungsvideo zeigt, wie Magnitz nach einem einzigen Schlag mit der Faust oder dem Ellenbogen zu Boden geht; daraufhin entfernen sich die Angreifenden, über deren Identität und Motivation nichts bekannt ist. Der Angriff war weder ein Mordversuch noch Terrorismus. Doch die AfD-Propaganda erwies sich als wirkmächtig. Politiker_innen sämtlicher Parteien bis hin zur Bundeskanzlerin taten öffentlich ihr „Entsetzen" über die „politische Gewalt" kund. Über die Opfer von Bottrop, die zu diesem Zeitpunkt zum Teil noch immer im Krankenhaus lagen, sprach hingegen niemand mehr.

Von Britta Kremers

100 Jahre Faschismus

Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Auch wenn seine ideologischen Bezugspunkte zum Teil weiter zurückliegen, in gewisser Weise ist 1919 das Geburtsjahr des Faschismus. Im italienischen Mailand gründeten sich im März 1919 die faschistischen Milizen, die in den folgenden Jahren Vorbild vieler Rechter in ganz Europa werden sollten. Auch in Deutschland befanden sich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die politischen Verhältnisse im Umbruch. Die Furcht vor „sozialistischen Experimenten" trieb nicht nur die Großkapitalisten, Besitzenden und kaisertreuen Militärs um. Schon im November 1918 schloss der SPD-Politiker Friedrich Ebert ein Bündnis mit der Führung der Obersten Heeresleitung, um eine soziale Revolution zu verhindern. Bei der Niederschlagung revolutionärer Arbeiter_innen wurden nationalistische Freikorps eingesetzt, deren Protagonisten sich wenig später vielfach in den Reihen der NS-Bewegung wiederfanden.
Auch in Italien gingen die faschistischen Milizen mit großer Brutalität gegen die sozialistische Arbeiter_innenbewegung vor. Dies führte dazu, dass viele, vor allem marxistische Theoretiker_innen, im Faschismus vor allem ein Instrument zur Machterhaltung der herrschenden Klassen sahen. Dabei gerieten die Eigendynamiken dieser neuen politischen Bewegungen zum Teil aus dem Blick.
Als analytische Kategorie gewann der Faschismusbegriff zuletzt in der Auseinandersetzung mit extrem rechten Erscheinungsformen wie der *Identitären Bewegung* und der AfD wieder an Bedeutung. Dies nehmen wir zum Anlass, uns in diesem Schwerpunkt mit Geschichte und Theorien des Faschismus zu befassen.

Anmerkung der Redaktion:
*Um die Symbole und Ästhetik des Faschismus nicht zu reproduzieren, haben wir uns dafür entschieden, den Schwerpunkt mit Zitaten bekannter Personen zum Faschismus zu gestalten, um weitere Perspektiven auf das Thema zu eröffnen. Die Zitate wurden vom Layout-Team der LOTTA ausgewählt und spiegeln nicht unbedingt die Positionen der Autor*innen wider.*

Günter Born und **Johannes Hartwig** geben einen Überblick über die unterschiedlichen Perspektiven auf den Faschismus von seinen Anfängen bis heute .....Seite 7

Mit den faschistischen Milizen in Italien — den „Squadren"- und ihrer gewalttätigen Praxis beschäftigt sich **Jens Renner** ..... Seite 12

Am Beispiel des *Stahlhelm — Bund der Frontsoldaten* zeigt **Anke Hoffstadt** die enge Verbindung der Soldatenverbände mit der extremen Rechten — eine Beziehung, die 100 Jahre alt ist ..... Seite 14

In der radikalen Linken wurde der Begriff des Faschismus zum Teil inflationär und recht beliebig verwendet. **Mathias Wörsching** setzt sich mit der Geschichte des Faschismusbegriffs zwischen Analyse- und Kampfbegriff auseinander ..... Seite 17

Zum Abschluss liefert **Fabian Kunow** einen Diskussionsbeitrag zur Frage, ob und wenn ja welche autoritären und rechten Erscheinungen sich heute mit Hilfe von Faschismustheorien fassen lassen ..... Seite 20

Von Günter Born und Johannes Hartwig

Perspektiven auf den Faschismus

Von den Anfängen bis heute

Am Mailänder Zentralfriedhof spielten sich am 23. März 2019 gespenstische Szenen ab. Rund 150 AktivistInnen der neonazistischen Skinheadgruppierungen „Lealtà Azione", „Memento" und „Veneto Fronte Skinhead" waren aufmarschiert, um einen für Teile der extremen Rechten nicht nur in Italien denkwürdigen Jahrestag zu begehen. Genau 100 Jahre zuvor, am 23. März 1919, waren in Mailand die „Fasci italiani di combattimento" von Benito Mussolini gegründet worden.

Freilich wäre es verkürzt, dieses Datum zur Geburtsstunde des Faschismus zu stilisieren, dessen verheerende welthistorische Bedeutung zum damaligen Zeitpunkt zudem kaum absehbar war. Gleichwohl stellt der Gründungsakt Ende März 1919 einen bis heute offenkundig mobilisierungsfähigen und identitätsstiftenden „Erinnerungsort" für das neofaschistische bzw. neonazistische Spektrum dar.

Der antifaschistische Journalist **Heiko Koch** berichtet im Kontext der „Gedenkveranstaltung" am Mailänder Zentralfriedhof über zahlreiche weitere Aktionen, Konzerte, Lesungen, Kundgebungen und Aufmärsche, mit denen verschiedene extrem rechte Organisationen und Netzwerke in Italien von *CasaPound* über *Forza Nuova* bis hin zu den genannten militanten Skinheadgruppierungen den 23. März würdigten und den Tag als „sabato nero" (als „schwarzen Samstag") begingen; der Begriff ist angelehnt an die als „Schwarzhemden" bezeichneten Angehörigen der faschistischen Kampfbünde, die schon kurz nach der Gründung der *Fasci* mit äußerster Brutalität gegen ihre politischen GegnerInnen vorgingen, die sie vor allem in der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung erkannten. Auch in der neonazistischen Szene der Bundesrepublik blieb die Entstehungsgeschichte der faschistischen Bewegung in Italien im Jahr 1919 nicht unbeachtet. Die Zeitschrift *N.S. Heute* etwa widmete im November 2018 der im September 1919 durch den nationalistischen italienischen Dichter **Gabriele D'Annunzio** und Sturmtruppen der italienischen Armee (*Arditi*) sowie paramilitärische Wehrverbände zunächst besetzten und später zu einer protofaschistischen „Republik" deklarierten Stadt Fiume (die heutige Stadt Rijeka) einen apologetischen Beitrag, der die handstreichartige und völkerrechtswidrige Aktion nach dem Ende des Ersten Weltkriegs als „Urknall der faschistischen Epoche in Europa" feiert.

Doch nicht nur in den Spektren der extremen Rechten, die sich affirmativ auf den politischen Stil, die Selbstinszenierungspraktiken und die ideologischen Grundpositionen der faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit beziehen, findet der Faschismusbegriff weiterhin große Beachtung. Angesichts der aktuellen Erfolge einer „neuen sozialen Bewegung" von rechts und der gegenwärtigen Mobilisierungsfähigkeit eines völkisch-autoritären Populismus' wird vielfach auf unterschiedlichen Ebenen die Frage nach einer Wiederkehr des „Faschismus" gestellt. Zum einen: Lassen sich etwa die AfD oder zumindest Teile der Partei und deren Umfelds von PEGIDA bis hin zum *Institut für Staatspolitik* als „faschistisch" bezeichnen? Welche Merkmale und Beobachtungen ließen sich dafür anführen? Sind, zweitens, die polarisierte gesellschaftliche Stimmung und die von Rechts vorangetriebene Verrohung der politischen Diskurse

WER ABER VOM KAPITALISMUS NICHT REDEN WILL, SOLLTE AUCH VOM FASCHISMUS SCHWEIGEN.

(MAX HORKHEIMER)

mit den politischen Konstellationen der späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre vergleichbar, in denen — flankiert von konservativen und wirtschaftlichen Eliten und ideologisch munitioniert von den Protagonisten des Neuen Nationalismus — die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland ihren Siegeszug antrat? Und drittens: Haben sich nicht bereits in einigen europäischen und nichteuropäischen Staaten — genannt werden hier immer wieder Ungarn, Polen, Brasilien und die Türkei, aber auch die USA — Regierungen etabliert, deren Agenda auf die Beseitigung der liberalen Demokratie, von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung unter autokratischen, nationalistischen und rassistischen Vorzeichen abzielt und die somit zumindest Analogien zu Formen faschistischer Herrschaft aufweist?

Die Schwierigkeiten, sich diesen Fragen zu nähern, und nicht zuletzt die enorme Spannbreite der bereits kursierenden Antworten, verweisen auf den Umstand, dass die Diskussionen, was unter „Faschismus" verstanden werden soll, so alt sind wie der Faschismus selbst. In seiner hundertjährigen Geschichte firmierte der „Faschismus" bis heute je nach Perspektive als historische Epochenbezeichnung, als politischer Kampfbegriff oder als sozialwissenschaftliche Analysekategorie, die ihrerseits wieder sehr unterschiedlich gefüllt wurden. (vgl. S. 17) Im Folgenden sollen daher vor allem die analytischen Potentiale des Faschismusbegriffs und die daran geknüpften, durchaus kontrovers geführten Debatten skizziert werden.

Die historischen Ursprünge

Ein grundlegender Streitpunkt besteht hinsichtlich der Frage, ob der Faschismus ausschließlich in „seiner Epoche" (**Ernst Nolte**) existierte, die auf die drei Jahrzehnte zwischen 1914 und 1945 zu beschränken ist, die von dem italienischen Historiker **Enzo Traverso** als „europäischer Bürgerkrieg" beschrieben wurden, oder ob der Faschismus als „generische", gleichsam idealtypische politische Strömung identifiziert werden kann, die keineswegs mit dem Untergang des faschistischen Italien oder des nationalsozialistischen Deutschen Reichs im Mai 1945 sein Ende gefunden habe. Tatsächlich formierten sich faschistische Bewegungen nicht nur in Italien und Deutschland vor dem Hintergrund der spezifischen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Konstellationen am Ende des Ersten Weltkriegs. Diese waren gekennzeichnet durch den Zerfall und den politisch-moralischen Bankrott der autokratischen Regime etwa des wilhelminischen Kaiserreichs und Italiens.

Allenthalben hatten sich, vielfach schon während des Ersten Weltkriegs angesichts des Massensterbens auf den Schlachtfeldern Europas und der Hungersnöte und Versorgungsengpässe an der „Heimatfront", revoltierende ArbeiterInnen formiert, die durch Demonstrationen und Streiks die alten Herrschaftssysteme in die Knie zwangen und ihre sozialen Forderungen wirkmächtiger denn je artikulieren konnten. In der Folgezeit etablierten sich parlamentarische Demokratien, die zwar in der Auseinandersetzung mit den allen Emanzipationsprozessen ablehnend gegenüberstehenden traditionellen Machteliten in Industrie, Landwirtschaft und Militär durchgesetzt wurden, in denen diese aber keineswegs ihren Einfluss verloren. Nicht zuletzt die bis weit in die Sozialdemokratie hineinreichende Furcht vor einer sozialistischen bzw. kommunistischen Umwälzung der Verhältnisse, wie sie etwa in Deutschland in den kurzlebigen Räterepubliken in Bremen und in

München 1918/1919 oder in Italien im Zuge zahlreicher Streiks und LandarbeiterInnenrevolten 1919/1920 aufgeschienen waren und die in der Russischen Oktoberrevolution 1917 ihren epochalen Ausdruck gefunden hatten, trug zum partiellen Machterhalt der „alten" Eliten bei.

Gleichzeitig entstanden in zahlreichen europäischen Ländern extrem rechte, nationalistisch, antiliberal, antisozialistisch, häufig auch dezidiert antisemitisch ausgerichtete Bewegungen, deren Anhänger sich häufig aus den demobilisierten Armeen des Ersten Weltkriegs rekrutierten und die einen neuen, paramilitärischen, äußerst gewaltaffinen, kompromisslosen Politikstil prägten.

Der Neue Nationalismus, der diese Gruppierungen kennzeichnete, zielte vielfach nicht darauf ab, eine alte Ordnung wiederherzustellen, sondern neue Referenzsysteme zu schaffen, die sich antibürgerlich gaben, ohne die ökonomischen Verhältnisse tatsächlich in Frage zu stellen. Sie appellierten an ethnische oder „rassische" Homogenitätsvorstellungen und orientierten auf ein radikales Freund-Feind-Denken. Der Faschismus repräsentierte, so der Historiker **Michael Mann**, die „paramilitärische Extremversion" des Nationalismus, der seinen Siegeszug auf der sich am Ende der zwanziger Jahre zuspitzenden „Krise der liberalen Systeme" gründete, die er gleichzeitig mit bedingte.

Auch wenn die faschistischen Bewegungen ihre Wurzeln in der Umbruchsituation am Ende des Ersten Weltkriegs hatten, weisen die von ihnen transportierten ideologischen Grundpositionen und ihr politischer Stil über den historisch-spezifischen Entstehungskontext hinaus. Wie der Historiker **Fernando Esposito** betont, markiert der Faschismus in zäsuren- und länderübergreifender Perspektive ein „ultra- oder radikalnationalistisches [...] viertes Ordnungsmodell, neben Liberalismus, Konservatismus und Kommunismus".

Die Bedeutung der Ideologie

Umstritten ist indessen, welche Bedeutung der Ideologie im Faschismus zukommt. Lassen sich weltanschauliche Grundpositionen benennen, die es ermöglichen, faschistische Strömungen vergleichend zu identifizieren? Gibt es so etwas wie eine kohärente faschistische Basisideologie? Oder kann der Faschismus gerade dadurch von anderen politischen Strömungen und Ordnungsmodellen abgegrenzt werden, dass er eben nicht über seine weltanschaulichen Facetten, sondern vor allem über eine spezifische Praxis beschrieben werden kann?

Der damals auch in der Linken breit rezipierte spätere Geschichtsrevisionist Ernst Nolte hob in seinen während der 1960er Jahre veröffentlichten Studien zu den faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit vor allem deren „Anti"-Charakter hervor. Kennzeichnend für den Faschismus seien demnach neben dem Führerprinzip, seinem Totalitätsanspruch und seiner paramilitärischen Ausrichtung ein prononcierter Antimarxismus, Antiliberalismus und Antikonservatismus.

Die neuere, vor allem französisch- und englischsprachige ideengeschichtlich orientierte Faschismusforschung hob indessen seit den 1980er Jahren verstärkt den revolutionären Gehalt faschistischer Ideologie hervor, der sich nicht in der konsequenten Ablehnung anderer weltanschaulicher und politischer Strömungen erschöpfe, sondern eine eigene Agenda transportiere. Der Historiker **Zeev Sternhell** beschrieb den Faschismus — allerdings ausschließlich mit Blick auf dessen Entstehungskontexte in Italien und Frankreich — als „konsequentes, logisches und gut strukturiertes Ganzes", dessen Programmatik bereits vor dem Ersten Weltkrieg ausformuliert worden sei. Sternhell deutet den Faschismus als Synthese aus Revolutionärem Syndikalismus, der durch die Verachtung „bürgerlicher Dekadenz", die Mythisierung von Gewalt als geschichtsmächtigem Prinzip und einen antimarxistischen Antikapitalismus gekennzeichnet gewesen sei, und einem integralen Nationalismus, der die universalistischen Postulate der Aufklärung und der Französischen Revolution verwarf, den Krieg als Naturzustand verherrlichte und in dessen Vorstellung Staat und Nation zu einem „organischen Körper" verschmolzen.

Den aus seiner Sicht revolutionären Charakter des Faschismus, der sich eben nicht in seinen „Anti-Haltungen" erschöpfe, hob auch der britische Historiker **Roger Griffin** in seinem Versuch hervor, einen allgemeinen (generischen) Faschismusbegriff zu definieren. Als übergreifendes „faschistisches Minimum" identifizierte er einen „palingenetischen Ultranationalismus". Dieser sei durch eine kulturpessimistische Sicht auf die moderne, plurale, als „dekadent" deklarierte Gesellschaft gekennzeichnet und strebe daher nichts Geringeres als eine „reinigende" Wiedergeburt der Nation als überzeitlicher Ordnung auf „rassisch-völkischer" Grundlage an.

Im Zusammenhang mit dem Versuch, ein „faschistisches Minimum" zu definieren, wird indessen häufig der nachvollziehbare Einwand erhoben, dass zumindest der Nationalsozialismus aufgrund seines eliminatorischen Antisemitismus' und seiner präzendenzlosen Vernichtungspolitik aus einem generischen Faschismusbegriff ausgeklammert werden müsse. Demgegenüber haben neuere Forschungen zum italienischen Faschismus ergeben, dass auch in dieser vermeintlich „gemäßigten" Ursprungsvariante Rassismus und Antisemitismus eine zentrale Rolle spielten. Insofern ist

wiederholt von verschiedenen AutorInnen vorgeschlagen worden, den Nationalsozialismus als „Radikalfaschismus" zu kategorisieren.

Faschismus als politische Praxis

Skepsis gegenüber in erster Linie ideengeschichtlich fundierten Faschismusdefinitionen äußern vor allem VertreterInnen eines eher praxeologischen Faschismusbegriffs. Der US-amerikanische Historiker **Robert O. Paxton** betont etwa, dem Faschismus liege seiner Auffassung nach eben kein kohärentes Gedankengebäude zugrunde. Es existiere weder ein allgemein anerkanntes „faschistisches Manifest", noch hätten sich zentrale faschistische Theoretiker hervorgetan. Die einzigen weltanschaulichen Referenzpunkte seien die „Kühnheit" der „Rasse", der „Nation" und der „Gemeinschaft". In diesem Sinne könne der Faschismus, so Paxton, weniger als Ideologie denn als „politische Praxis" bezeichnet werden, die auf „mobilisierenden Leidenschaften" gründe. Diese enthalten den Vorrang der Gruppe vor dem Einzelnen, die Selbstwahrnehmung der eigenen Gruppe als „Opfer", die Furcht vor der „Entartung" der eigenen Gruppe unter dem Einfluss von Individualismus und Liberalismus, die enge Verbundenheit mit einer gedachten Gemeinschaft, deren „Reinheit" notfalls mit Gewalt verteidigt oder hergestellt werden muss, ein ausgeprägtes Identitätsgefühl, den Glauben an einen Führer, der das Schicksal der Gruppe verkörpert, sowie die Verklärung von Gewalt, die den Erfolg im darwinistischen Überlebenskampf garantiert.

In ähnlicher Weise argumentiert auch der Historiker **Sven Reichardt**, der — unter anderem Bezug nehmend auf das Diktum von Benito Mussolini: „Wir Faschisten haben keine Doktrin, unsere Doktrin ist die Tat" — argumentiert, es sei dem Faschismus nicht um „den Aufbau einer systematischen, widerspruchsfreien und präzisen Ideologie, als vielmehr um den Aufbau einer im Alltag handhabbaren Denkweise" gegangen. Zentral für die Analyse und das Verständnis faschistischer Bewegungen sei es daher, deren politische und soziale Praxis in den Blick zu nehmen. Demnach war etwa Gewalt „integraler Bestandteil der faschistischen Identität und nicht bloß Mittel zum Zweck."

Als Möglichkeit, den Faschismus in vergleichender Perspektive zu analysieren, hat Robert Paxton vorgeschlagen, nicht auf vermeintliche Essenzen und Minima abzuheben, sondern seine Prozesshaftigkeit in den Mittelpunkt der Untersuchungen zu rücken und in diesem Kontext mit unterschiedlichen Ansätzen zu arbeiten, die nacheinander die Phasen der ursprünglichen Initiierung der faschistischen Bewegungen, deren Etablierung im politischen System als Partei, die Übernahme der Macht, die Systemphase und die durch Niedergang oder Radikalisierung geprägte Endphase faschistischer Regime in den Blick nehmen.

Totalitarismus und Bonapartismus

Ein weiterer kontroverser Aspekt in der Analyse des Faschismus war und ist die Verortung seiner sozialen Funktion und seines grundlegenden Charakters. Während vorwiegend linke und marxistische AutorInnen den Faschismus als „Form bürgerlicher Herrschaft" beschrieben, hoben eher bürgerlich-konservative, aber auch einige sozialdemokratische Betrachtungen der Zwischenkriegszeit auf dessen vermeintlich „totalitäre" Dimensionen ab, die wiederum eine Vergleichbarkeit mit „bolschewistischen" bzw. „kommunistischen" Bewegungen und Regimen ermöglichen sollten. Letztere rückten häufig die Gefährdung der parlamentarischen Demokratie, der Gewaltenteilung und des Rechtsstaates in den Mittelpunkt, die durch die „Extreme" von „Rechts" und Links" gleichermaßen gefährdet seien. Beide Strömungen verfolgten zudem das Ziel, die politische Macht in den Händen einer allmächtigen Staatspartei zu monopolisieren. Diese vor allem während der fünfziger Jahre, in der Hochphase des Kalten Krieges, hegemoniale Totalitarismustheorie spielt zwar in der vergleichenden Faschismusforschung allenfalls noch eine marginale Rolle, bildet aber nach wie vor den Kern der weiterhin virulenten Extremismustheorie.

Gleichwohl waren auch die marxistischen Faschismustheorien nicht frei von verkürzenden und ideologisierenden Zuschreibungen. Die während der 1920er Jahre hegemoniale Faschismustheorie der *Kommunistischen Internationale* ist zu Recht vielfach kritisiert worden, unterschätzte sie doch in fataler Weise die Dynamik, Aggressivität und Eigenständigkeit der faschistischen Bewegungen in Deutschland und in Italien, indem sie deren Massenbasis weitgehend ausblendete, was etwa in der berüchtigten, 1935 auf dem VII. Weltkongress der *Komintern* von **Georgi Dimitroff** formulierten These zum Ausdruck kam, der „Faschismus an der Macht" sei „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals". Als wesentlich scharfsinniger hingegen, wenngleich freilich die Dynamiken des Faschismus auch nur unzureichend erfassend erwies sich die von **August Thalheimer**, Mitbegründer der *KPD-Opposition*, 1930 veröffentlichte „Bonapartismustheorie". Mit Blick auf die faschistische Herrschaft in Italien kam Thalheimer zu dem Schluss, die herrschende Klasse habe die politische Macht an Faschisten übertragen, um angesichts der vermeintlichen Bedrohung durch die so-

zialistische ArbeiterInnenbewegung ihre soziale Macht zu behalten. Im Faschismus zeige sich „die politische Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Gleichzeitig will der Faschismus [...] der allgemeine Wohltäter aller Klassen sein: daher ständige Ausspielung einer Klasse gegen die andere". In jüngster Zeit hat die „Bonapartismustheorie" bei der Analyse gegenwärtiger autokratischer Regime und Herrschaftsstile, etwa in Ungarn, Polen, in der Türkei oder in den USA, die nicht zuletzt auf der populistischen Mobilisierung sich bedroht fühlender WählerInnenschichten gründen, eine Aktualisierung erfahren. Gleichwohl warnt etwa der Politikwissenschaftler **Gerd Wiegel** vor einer unkritischen Adaption der Theorie: „Einige Elemente bonapartismustheoretischer Analysen lassen sich sicherlich auf die gegenwärtige Rechtsentwicklung anwenden: die heterogene Klassenbasis der Rechten, die Art der inszenierten, theatralischen Machtausübung [...], die scheinbare Überwindung des Rechts-links-Gegensatzes, die antikapitalistische Phrase bei gleichzeitiger Absicherung der Machtverhältnisse". Indessen fehle eine für die Bonapartismustheorie zentrale Beobachtung, nämlich das „Gleichgewicht der Klassen".
Ähnlich verhält es sich mit den anderen hier skizzierten Perspektiven der Faschismusanalyse. So weist etwa der Historiker **Volker Weiß** darauf hin, die „Neue Rechte" in der Bundesrepublik stehe in der Tradition jener rechten Kräfte, die durch eine Haltung gekennzeichnet gewesen seien, die mit Zeev Sternhell als „revolutionärer Revisionismus" bezeichnet werden könne. In dieser spiegele sich die radikale Ablehnung einer bestehenden Ordnung, aus der schließlich der Faschismus als totale Ablehnung der politischen Kultur und als „Idealtypus einer Umbruchsideologie" entsprungen sei. Zudem lasse sich in der Rhetorik des völkisch-autoritären Populismus, so auch in den Verlautbarungen der AfD, eine deutliche Tendenz zum Antirationalismus erkennen, der immer auch eine offene Flanke zur „Glorifizierung von Gewalt" aufweise. Andererseits seien die gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mit den Polarisierungen der Zwischenkriegszeit vergleichbar, fehle doch der extremen Rechten heute trotz aller Gewaltaffinität ein entsprechender Militarisierungsgrad.

Literaturtipp:

Zeev Sternhell: Faschistische Ideologie. Verbrecher Verlag, Berlin 2002.

Roger Griffin: Der umstrittene Begriff des Faschismus (Interview). In: DISS-Journal, Nr. 13, 2004, S. 10-13.
http://www.diss-duisburg.de/2004/12/der-umstrittene-begriff-des-faschismus/

Robert O. Paxton: Anatomie des Faschismus.
Deutsche Verlags-Anstalt, München (2006).

Mathias Wörsching: Der Kampfbegriff. Wozu braucht es heute noch Theorien über den Faschismus? (2013)
http://faschismustheorie.de/wp-content/uploads/2011/02/Woersching_Der-Kampfbegriff_Iz3w-339_2013.pdf

Fabian Kunow: Artikelreihe über Faschismustheorien aus dem „Antifaschistischen Infoblatt" (2007—2013)
http://faschismustheorie.de/?page_id=93

Volker Weiß: Zustand mit Lücke. Ein Bericht zu aktuellen Debatten der Faschismusforschung (2008)
https://phase-zwei.org/hefte/artikel/zustand-mit-luecke-642/

bpb (Hrsg.): (Anti-)Faschismus
Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 42–43/2017)
http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/257678/anti-faschismus

http://faschismustheorie.de/

Von Jens Renner

Squadrismo

Wie die faschistischen Stoßtrupps die italienische Arbeiterbewegung zerschlugen

Als im November 1918 der Erste Weltkrieg endete, gehörte Italien zu den Siegern. Im „biennio rosso", den „zwei roten Jahren" 1919/20, fand die Arbeiterbewegung zu nie gekannter Stärke. Lohnerhöhungen wurden erkämpft und in der Industrie der Acht-Stunden-Tag durchgesetzt. Das Beispiel der Oktoberrevolution faszinierte nicht nur das städtische Proletariat, sondern auch die Landarbeiterschaft. „Fare come in Russia" („Es wie in Russland machen") wurde zum geflügelten Wort.

Allerdings blieb die politische Praxis hinter den revolutionären Parolen zurück — auch weil der Krieg nicht nur rote Massen in Bewegung gesetzt hatte. Die Mehrheit der Frontsoldaten waren Bauern gewesen, denen für die Zeit nach dem Krieg große Versprechungen gemacht worden waren, die nun von der bürgerlichen Regierung nicht gehalten wurden. Revolten mit Landbesetzungen waren die Folge. Betrogen fühlten sich aber auch viele Unteroffiziere und Offiziere, die nun nicht mehr gebraucht wurden. Die nationalistische Propaganda erklärte ihnen, sie seien Opfer der unfähigen liberalen Politiker, die aus Italiens glanzvollem militärischen Sieg am Verhandlungstisch einen „verstümmelten Sieg" gemacht hätten. Der Dichter **Gabriele D'Annunzio** wurde zum Volkshelden, als er im September 1919 mit 1.000 meuternden Legionären der Armee das kroatische Rijeka (italienisch: Fiume) besetzte, um es heim ins Königreich zu holen.

Den enttäuschten Frontkämpfern und Nationalisten bot sich seit 1919 ein neuer organisatorischer Bezugspunkt: Am 23. März gründeten sich in der Mailänder Industrie- und Handelskammer die *Fasci italiani di combattimento* („Italienische Kampfbünde"). Ihr Programm enthielt eine Reihe sozialreformerischer Forderungen (Mindestlöhne, Mitbestimmung der Arbeitervertreter, progressive Vermögenssteuer, Beschlagnahme von 85 Prozent der Kriegsgewinne), mit denen die Massen gewonnen werden sollten. Auch den Bauern machten die Faschisten Versprechungen. Im Wahlprogramm von November 1919 wurden unter anderem die Beschlagnahme sämtlicher Kriegsgewinne und eine hohe Erbschaftssteuer gefordert — der reine Betrug, wie sich unmittelbar nach Amtsantritt der Regierung **Benito Mussolini** im Herbst 1922 herausstellte: Zu ihren ersten Taten gehörte die Abschaffung der Erbschaftssteuer und die Auflösung der Kommission zur Prüfung der Kriegsgewinne.

Kampfverbände gegen den „Bolschewismus"

Mussolini gab schon Ende 1921 den überwiegend demagogischen Charakter der faschistischen Frühprogramme zu. Um seine mächtigen bürgerlichen Bündnispartner zu beruhigen, bezeichnete er sie als taktische Mittel zur Bekämpfung des „Bolschewismus". Gemeint war damit sowohl die revolutionäre als auch die reformistische Arbeiterbewegung. Um sie gewaltsam niederzuwerfen, organisierten die Faschisten schon kurz nach Gründung der *Fasci* die ersten „Squadre d'azione" — paramilitärische Stoßtrupps. Diese vorwiegend aus ehemaligen, „zu allem entschlossenen" Soldaten bestehenden Einheiten sollten jeweils nicht mehr als 50 Mitglieder haben. Der Historiker **Sven Reichardt** schreibt: „Während die größeren, meist städtischen Fasci die Squadren in eigenen Untergruppen organisierten, verlief sich auf dem Lande der Unterschied zwischen politischer Organisation und Kampfverband."

Einen ersten Beweis ihrer Brauchbarkeit für die Herrschenden lieferten die faschistischen Stoßtrupps im November 1920 in Bologna, einer Hochburg der Sozialisten. Durch Schüsse in die Menge, die dem neugewählten Bürgermeister zujubelte, töteten die Faschisten neun Menschen und verletzten mehr als 100. Zusammen mit der staatlichen Militärpolizei *Guardia regia* beschossen sie das Rathaus, bis der Widerstand der Sozialisten zusammenbrach. Nach getaner Arbeit, für die sie von den Großgrundbesitzern der Provinz bezahlt wurden, trugen

sie den Terror aufs Land. Die bewaffnete Staatsmacht sah tatenlos zu.

Antonio Gramsci (1891—1937) zählte in den 18 Monaten zwischen Januar 1920 und Juni 1921 4.000 Menschen, „Männer, Frauen, Kinder und Greise", die „unter den Kugeln der öffentlichen Sicherheitsorgane und des Faschismus den Tod auf Straßen und Plätzen" fanden. Hinzu kamen die Verwüstungen, derer sich die Faschisten offen rühmten. Nach einer „nicht erschöpfenden" Aufstellung ihres parteioffiziellen Historikers **Giorgio Alberto Chiurco** zerstörten die Sturmtrupps allein im ersten Halbjahr 1921 25 Volkshäuser, 59 Arbeitskammern, 85 Genossenschaften, 43 Landarbeiterverbände, 51 politische Zirkel, 10 Druckereien und 6 Tageszeitungen.

Terror auf dem Land

Die faschistischen Überfälle auf die rote Landarbeiterschaft liefen immer wieder nach einem Schema ab, das der antifaschistische Schriftsteller **Ignazio Silone** (1900—1978) so beschrieb:

„**a)** die Grundbesitzer eines noch von den ‚Roten' beherrschten Dorfes wenden sich an den Fascio der nächstliegenden Ortschaft mit der Bitte um Intervention;

b) der Fascio bestimmt den Tag der Vergeltung, macht sich an die technische Vorbereitung der Expedition, an die Beschaffung der erforderlichen Waffen, des Petroleums, der Bomben und legt den interessierten Grundbesitzern die Rechnung vor;

c) die Polizei des Hauptortes, von den Faschisten und der Grundbesitzerorganisation benachrichtigt, wird noch vor der Ankunft der Faschisten in das betreffende Dorf dirigiert, ‚um den Zusammenstoß zu verhindern'. Die Polizei führt eine Haussuchung im ‚roten' Verband durch, beschlagnahmt die Waffen, verhaftet die tapfersten Elemente, empfiehlt den Gemäßigten, beruhigend auf die anderen einzuwirken, und gibt die Versicherung ab, die Faschisten würden durch die öffentliche Macht zurückgeschlagen werden;

d) am Abend kommen die Faschisten (...) in Wagen angefahren. Unter polizeilichem Schutz ziehen sie durch das Dorf, begeben sich in das Rathaus und erklären dort ‚im Namen des wahrhaft italienischen Volkes' den aus Landarbeitern zusammengesetzten Gemeinderat als abgesetzt."

Darauf folgten brutale Gewalttaten gegen vermeintlich „gefährliche Elemente": Verabreichung von Rizinusöl, Prügel, Brandstiftungen, Vergewaltigungen. Der Gewalt der Faschisten hatte die Linke wenig entgegenzusetzen. Die „Verbindung von nichtlegaler Massengewalt und repressiver Aktion des traditionellen Staatsapparates", schrieb der kommunistische Journalist und Politiker **Giorgio Amendola** (1907—1980), war für die Arbeiterschaft, die mit der Wirkung von Polizeiknüppeln vertraut war, eine neue, demoralisierende Erfahrung. Antonio Gramsci warnte am 23. Juli 1921 in der kommunistischen Tageszeitung *L'ordine nuovo*: „Von der herrschenden Klasse die Zerschlagung des Faschismus zu fordern, hieße so viel, wie ihren Selbstmord zu fordern." Er schrieb dies anlässlich einer außergewöhnlichen Polizeiaktion: In Sarzana (Ligurien) verhinderten Carabinieri eine faschistische „Strafexpedition" und töteten 13 Faschisten. Der Vorfall zeigt, dass der Staat den faschistischen Terror durchaus hätte stoppen können — wenn die Herrschenden das gewollt hätten.

WIR FASCHISTEN HABEN KEINE DOKTRIN, UNSERE DOKTRIN IST DIE TAT.
(BENITO MUSSOLINI)

Jens Renner schrieb in LOTTA #49 über Mussolinis „Marsch auf Rom" im Oktober 1922.

Von Anke Hoffstadt

Getrennt marschieren — vereint schlagen

In der Geschichte der Soldatenverbände kreuzen sich die Wege seit 100 Jahren ganz rechts

Seit November 2018 fördern journalistische Recherchen nahezu im Wochenrhythmus umfangreiche Erkenntnisse zu Strukturen, Akteuren und ideologischer Ausrichtung des (Ex-)Soldaten-, -Polizisten- und Sicherheitskräfte-Vereins „Uniter e.V." zu Tage. Soldatenverbände, Veteranenvereinigungen und Zusammenschlüsse (para-)militärisch geschulter, in Vereinen verbundener (Ex-)Militärs oder -Kampfeinheitenangehöriger vor allem von Bundeswehr und Polizei sind aber keine neue Entwicklung. Vielmehr stehen Vereine wie „Uniter" in einer langen Traditionslinie.

Das extrem rechte *Hannibal*-Netzwerk, eine Gruppe aus dem Umfeld von Bundeswehr, KSK, SEK und Mitgliedern des Vereins *Uniter e.V.* um **André S.**, Chat-Name *Hannibal*, wartet auf einen Umsturzmoment. An einem „Tag X" wollen sie Linke entführen, gefangennehmen und ermorden — und sie bereiten sich darauf vor. Enge Verflechtungen bestehen allerdings nicht nur zwischen der *Hannibal*-Schattenarmee, *Uniter* und der Bundeswehr, sondern wohl auch zu bundesdeutschen Geheimdiensten. In der Öffentlichkeit bleibt das Interesse trotz der seit Monaten von taz-Journalist*innen veröffentlichten brisanten Recherchen jedoch gering.

Rechtsaußen-Traditionsraum

Auch die Geschichte des organisierten, (extrem) rechten Militarismus in Deutschland ist jenseits geschichtswissenschaftlicher Forschungsnischen oder antifaschistischer Recherchen kaum bekannt. Paramilitärische Einheiten, Soldatenverbände oder Vereinigungen ehemaliger Soldaten mit Nähe zu den bestehenden Streitkräften gibt es jedoch nicht erst seit der Gründung der „Traditionsgemeinschaften" oder „Kameradschaftsbünde" der Gebirgsjäger oder der *Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS* (HIAG).

Erst anlässlich der antisemitischen „Schmierwelle" im Winter 1959/60 und dank der Aufmerksamkeit für die Strafverfolgung von NS-Verbrechen durch die Zentralstelle in Ludwigsburg geriet die SS-Veteranen- und Unterstützungsvereinigung, die sich die juristische und moralische Rehabilitation der ehemaligen „Kameraden" zum Ziel gesetzt hatte, in den sechziger Jahren zumindest phasenweise bundesweit in den Blick einer kritischen Öffentlichkeit.

Deutlich weniger Aufmerksamkeit erhielt zur damaligen Zeit — und auch später — eine „Traditionsgemeinschaft", deren organisatorische und ideologische Wurzeln weit tiefer zurückreichen und die eine fast 100 Jahre lange Geschichte des Faschismus begleitete und mitgestaltete. Mal mehr, mal weniger aktiv, aber immer militaristisch, immer extrem nationalistisch, rechtsaußen, völkisch und antisemitisch: der *Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten*, nach seiner Neugründung Anfang der fünfziger Jahre und bis zu seiner offiziellen Selbstauflösung im Sommer 2000 bekannt unter dem Namen *Stahlhelm e.V. — Bund der Frontsoldaten — Kampfbund für Europa.*

Antirepublikanische Störkraft

Seit seiner Gründung im Winter 1918/19 hatte sich der Veteranenverband *Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten* massiv als antirepublikanische Störkraft engagiert. Das betraf alle Mitgliedergruppen des militärisch-hierarchisch strukturierten Bundes in je unterschiedlicher Weise: Mitglieder des „Wehrstahlhelm" (diejenigen, die als Frontsoldaten am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten und außerdem jung oder körperlich genug bei Kräften waren, um sich militärisch aktiv zu betätigen) trainierten und schulten die „Jungstahlhelm"-Mitglieder, Männer, die wiederum zu jung waren, um als Kriegsveteranen zur „Gemeinschaft des Schützengrabens" des Ersten Weltkriegs gehören zu können. „Jungstahlhelmführer" und *Stahlhelm*-Frauen (organisiert im *Bund Königin Luise)* erzogen auf Fahrten, in Zeltlagern, in Handarbeits- und Werkgruppen die Kinder der *Stahlhelm*-Familien. Militärischer Drill, Wehrübungen, Heimat- und Kameradschaftsabende sowie Auszeichnungs- und Unterordnungs-Rituale mit Aufmärschen und Ordensverleihungen gehörten für alle zum Erlebnis- und Vergemeinschaftungsangebot.

Bis Mitte der zwanziger Jahre war der *Stahlhelm* unter der Doppelführung von **Franz Seldte** und **Theodor Duesterberg** zur mitgliederstärksten paramilitärisch organisierten Frontkämpfervereinigung des rechten Spektrums angewachsen. Mit Ausnahme des süddeutschen Raumes waren seine Ortsgruppen im gesamten Reichsgebiet flächendeckend vertreten. Nach eigenen Angaben hatten Ende der zwanziger Jahre etwa 500.000 Männer, in überwiegender Zahl Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges, ein Mitgliedsbuch des *Stahlhelm* in der Tasche. Seine Hauptziele waren: die Revision des Versailler Vertrages, der Kampf gegen Kommunisten und Sozialisten, die Wiederwehrbarmachung der deutschen Streitkräfte unabhängig von alliierter Kontrolle und der Aufbau eines von militärischen Strukturen geprägten, „organischen" Staates jenseits aller demokratischer Prinzipien von repräsentativer Volksvertretung und Gewaltenteilung.

Kooperation und Konkurrenz

Ab Mitte der zwanziger Jahre drängte der *Stahlhelm* zunehmend auch in (partei-)politische Aktionsfelder hinein, engagierte sich in der Regel an der Seite der *Deutschnationalen Volkspartei* (DNVP), arbeitete aber auch zunehmend mit der aufstrebenden NSDAP zusammen. Mit der Krise der Weimarer Republik veränderten sich jedoch die Machtkonstellationen am rechten Rand: Zunehmend besetzten die Nationalsozialisten das politische Feld mit ebenjenen Themen, die bis dahin auch zur Kernprogrammatik des *Stahlhelms* gehört hatten. Im Verbund mit der zunehmenden Präsenz der SA, die die Straße als politisches Kampffeld in Stadt und Land eroberte und den traditionellen Soldatenbund rasch als bürgerlich-elitären Verein reaktionärer und überalterter Kameraden erscheinen ließ, geriet der *Stahlhelm* ab Ende der zwanziger Jahre schließlich immer deutlicher in den Schlagschatten der NS-Bewegung. Eine wachsende Zahl an *Stahlhelm*-Mitgliedern entschloss sich, dem Frontsoldatenbund den Rücken zu kehren und sich der NSDAP und ihren Organisationen anzuschließen.

Vor allem der Konflikt um die vermeintlich richtige Anwendung von körperlicher Gewalt trennte die Geister am rechten Rand. Saal- und Straßenschlachten gegen den gemeinsamen politischen Gegner, gegen Linke und Kommunisten mochten

DER FASCHISMUS IST WÜTENDE REAKTION UND KONTERREVOLUTION.

(GEORGI DIMITROFF)

Stahlhelm und SA nur selten gemeinsam führen: Denn während der in dieser Frage behäbige *Stahlhelm* intern noch über „ehrenhafte" soldatische Formen der Auseinandersetzung debattierte, hatten die SA-Trupps bereits in rohester Gewalt mit Knüppeln, Fäusten, Messern und Hinterhalten ihre Opfer traktiert und Menschen ermordet. Spätestens 1931 wurde die Gewaltfrage zur Entscheidungsgrundlage für die Abwanderung vieler, vor allem jüngerer Nicht-Veteranen weg vom *Stahlhelm*, hin zur SA.

Am 12. September 1931, dem Tag des jüdischen Neujahrsfestes, hatten *Stahlhelm*-Männer und SA-Angehörige allerdings noch gemeinsam auf dem Berliner Kurfürstendamm im Rollkommando Passant*innen angriffen, Restaurant-Terrassen zertrümmert, Menschen, die sie für jüdisch oder links hielten, durch die Straßen gehetzt und geprügelt. Diese gemeinsame Erfahrung, starker Straßenakteur zu sein, täuschte jedoch nicht darüber hinweg, dass sich bald auch in einem weiteren Aspekt die Wege trennten: in der Frage einer konsequent antisemitischen Haltung.

Trotz seiner antisemitischen Grundhaltung und seines 1924 eingeführten „Arierparagraphen" wurden die Mitglieder des Bundes mit der Entscheidung alleingelassen, ob man den Frontkameradschaftsgedanken aufrechterhalten und gemeinsam mit jüdischen *Stahlhelm*-Mitgliedern am Kameradschaftsabend über die Schützengrabengemeinschaft sinnieren oder ob man den jüdischen Bundesgenossen aus der Ortsgruppe ausschließen und damit den Mythos einer alle Klassen und religiöse Fragen überwindenden Frontgemeinschaft beschädigen wollte. Mitglieder, die eine klar antisemitische Haltung hatten, blieben dem Bund in der Folge fern; die judenfeindlichen Antworten der NSDAP schienen ihnen attraktiver.

Nach der Machtübertragung 1933 verleibten sich die NSDAP-Strukturen den *Stahlhelm* schrittweise ein — in taktischer Umarmung und unterstützt von Bedrohungsszenarien. Zwischenzeitlich wurde der „Wehrstahlhelm" der SA unterstellt.

„Völkisch und antisemitisch"

Seine selbstgewählten Radikalisierungsgrenzen gerieten dem *Stahlhelm* nach 1945 zum Vorteil. Nicht nur, dass er im Rahmen der Nürnberger Prozesse vom Verdacht losgesprochen wurde, Teil der verbrecherischen Strukturen des NS-Apparates gewesen zu sein. Er konnte sich Anfang der fünfziger Jahre sogar unter seinem alten Namen neu gründen. Sein ideologisches Fundament, seine antidemokratische, militaristische Haltung, sein völkischer Nationalismus und seine revanchistischen Ziele etwa zur Wiederherstellung eines Großdeutschen Reiches schienen von überzeitlicher Qualität. Und wo sein Antisemitismus vor 1933 noch nicht eliminatorisch genug gewesen war, um Hardliner vom Wechsel zu den Nationalsozialisten abzuhalten, war er nach seiner Neugründung wiederum nicht extrem genug, um den neuen Frontsoldatenbund nachdrücklich ins Visier der Verfassungsschützer zu rücken.

Erst 1975 tauchte der *Stahlhelm* im Verfassungsschutzbericht auf Bundesebene auf, ein zweites Mal 1998. Das Bundesinnenministerium stufte die Organisation nun als „rechtsextremistische Gruppierung" ein, „deren ideologische Ausrichtung insbesondere von nationalistisch-völkischem, antisemitischem und revisionistischem Gedankengut geprägt" sei und der bundesweit — mit Schwerpunkt in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz sowie mit einem lokalen Ableger in Flandern — wohl etwa 100 Mitglieder angehörten. Seinem Ziel, der „Wiederherstellung des Deutschen Reiches", gehe der *Stahlhelm* vor allem mit „nach innen gerichteten Aktivitäten" wie „soldatisch-kameradschaftlicher Brauchtumspflege", mit „kriegsverherrlichende[n] Aktionen" und dem Bekenntnis zum „deutsche[n] Soldatentum" nach.

Weit weniger harmlos dürfte hingegen das Auftreten nach Außen gewesen sein — nicht zuletzt, da der neue *Stahlhelm* vor allem in Rheinland-Pfalz enge Kontakte zur NPD pflegte und etwa an der Seite der HIAG dem **Rudolf-Heß**-Kult folgte. 1997, 1998 und 1999, so wusste das Bundesinnenministerium im August 1999 als Antwort auf eine kleine Anfrage der PDS zu berichten, waren Mitglieder des *Stahlhelm* in Bonn, München, Kiel und Saarbrücken bei Kundgebungen gegen die „Wehrmachtsausstellung" zugegen. Im November 1999 wurde bekannt, dass der *Stahlhelm* in seinem Bundesstützpunkt, dem *Franz-Seldte-Haus* im niedersächsischen York, Militärübungen abhielt und Kinder und Jugendliche an Waffen trainierte. Ein knappes Jahr vorher hatte der *Militärische Abschirmdienst* (MAD) der Bundeswehr geraten, öffentliche Veranstaltungen nicht mit *Stahlhelm*-Bundesführer **Günter Drückhammer** zu begehen. Zuvor hatte die Bundeswehr den *Stahlhelm*-Mann offenkundig eingeladen.

Auch 100 Jahre nach der *Stahlhelm*-Gründung werden „soldatisch-kameradschaftliche Brauchtumspflege" und das Bekenntnis zum „deutschen Soldatentum" gepflegt. Es bestehen (wieder) Netzwerke und Vereine von Soldaten, von Angehörigen der Polizei und Sicherheitsbranche mit Verbindung zur organisierten extremen Rechten. Ob diese gefährliche „Schattenarmee" jemanden interessiert, steht jedoch auf einem anderen Blatt.

Von Mathias Wörsching

Zwischen Analysekategorie und Kampfbegriff

Zur problematischen Geschichte des Faschismusbegriffs

Die weltweite Verbreitung des Faschismusbegriffs seit 1922 gründet in historischer Erfahrung: Die kapitalistische Moderne hatte einen neuen, extrem gewalttätigen Typ politischer Ideologie, Bewegung, Praxis und Herrschaft hervorgebracht. Diesen begrifflich zu fassen, ist für emanzipatorische Kritik und Politik unerlässlich. Allerdings ist die Geschichte des Faschismusbegriffs auch von seiner immer weiteren Entgrenzung durch unreflektierte Polemik geprägt.

1919—1922: Ursprung in Italien

Der Faschismus wurde nach den 1919 gegründeten ultranationalistischen „Kampfbünden" (*fasci di combattimento*) unter **Benito Mussolini** benannt. Faschismus heißt also „Bundismus". In den *fasci* zeigte sich ein Kernelement des Faschismus: soldatisch-männliche Kampfbünde, die brutalen und systematischen Terror gegen Minderheiten und Linke ausüben. Die Bezeichnung „Faschismus" verweist auf dieses paramilitärische Element und ist insofern treffend. Für den britisch-amerikanischen Soziologen und Historiker **Michael Mann** nimmt der faschistische Paramilitarismus auch den faschistischen Gesellschaftsentwurf vorweg: eine straff hierarchische und gleichwohl von Kameradschaft und Leistungsprinzip bestimmte Gemeinschaft, in der Führer und Geführte, Herrschende und Beherrschte eine kämpfende Einheit gegen Feinde und Fremde bilden.

1922—1945: Verbreitung und Ausweitung

Dass sich damals „Faschismus" als Oberbegriff für allerlei nationalistische und antimarxistische Formationen durchsetzte, lag am Erfolg der italienischen Faschisten. Sie wurden zur Massenbewegung und 1922 von großbürgerlichen, adligen, militärischen und bürokratischen „Eliten" an die Regierung gebracht. Fortan blieb das Bündnis zwischen „Eliten" und faschisierter Masse der Schlüssel zum faschistischen Erfolg. Der italienische Faschismus faszinierte die gesamte politische Rechte weltweit. Fast überall entstanden Gruppierungen, die Elemente der Ideologie und Praxis vom fascismo übernahmen.

Bereits damals wurden zahlreiche Varianten unterschieden: Kirchennahe Bewegungen und Regime hießen „Klerikalfaschismus". Mit „Monarchofaschismus" waren Diktaturen in damaligen Monarchien wie Rumänien oder Bulgarien gemeint. Nach dem jeweiligen Führer wurden der **Hitler**-, **Franco**- oder **Horthy**-Faschismus in Deutschland, Spanien und Ungarn benannt. „Austrofaschismus" hieß die Diktatur von **Kurt Schuschnigg** in Österreich (1934—1938).

All diese und andere wirkliche oder vermeintliche Faschismen waren nationalistisch, antimarxistisch und antidemokratisch. Doch gab es bei vielen von ihnen keine dynamische Massenbewegung mit eigener ideologischer Agenda wie in Italien und Deutschland. Manchmal existierten zwar Parteien mit Führer, uniformierten Verbänden, Massenaufmärschen usw., aber sie waren Veranstaltungen „von oben" — kein eigener Machtfaktor, sondern Fortsatz des Staatsapparates. Anders als in Italien und Deutschland fehlte in diesen Fällen der „genuine Antrieb einiger zehntausend Fanatiker", wie es **Ernst Nolte** in seinem 1963 erschienenen Werk „Der Faschismus in seiner Epoche" (München 1984, S. 453 f.) formulierte.

Viele der als „faschistisch" bezeichneten Formationen waren konservativ und religiös geprägt. Sie wollten nicht wie Italofaschismus und NS die gesamte Gesellschaft totalitär umgestalten. Zwar waren auch sie zum Terror fähig, aber es fehlte ihnen der Wille zur völligen Vernichtung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Doch genau dies — entgrenzter Terror in Vernichtungsabsicht — kennzeichnete die Nazis, die italienischen Faschisten in ihrer Spätphase (1943—1945), die ungarischen *Pfeilkreuzler*, die rumänischen *Le-*

DER FASCHISMUS LÄUFT [...] AUF EINE ÄSTHETISIERUNG

gionäre, die kroatischen *Ustascha*-Milizen und auch die *Organisation Ukrainischer Nationalisten* (OUN) mit ihrer *Ukrainischen Aufständischen Armee* (UPA).
Die Diktaturen von Schuschnigg in Österreich, **Ion Victor Antonescu** in Rumänien, **Miklós Horthy**...in Ungarn, **António de Oliveira Salazar** in Portugal und auch **Francisco Franco** in Spanien (nach dem Bürgerkrieg 1936—1939) hingegen kopierten bestimmte Formen aus Italien und Deutschland, doch Ideologie und Herrschaft blieben in einem autoritärkonservativen Rahmen. Die Regime dieser Art gingen wie Schuschnigg, Antonescu und Horthy gegen die radikaleren eigentlichen Faschisten in ihren Ländern vor, oder sie bemühten sich wie Franco, sie einzubinden, zu kontrollieren und schließlich zu neutralisieren. Nichtsdestotrotz unterstützten Horthy und Antonescu die nazistische Kriegspolitik und Judenverfolgung, und Franco ließ sich im spanischen Bürgerkrieg militärisch von den Nazis unterstützen.
Ungeachtet solcher Unterschiede wurde das Wort „Faschismus" ab 1922 zur Sammelbezeichnung für alle möglichen Rechtsaußen-Formationen. Im kommunistischen Milieu wurde es zudem üblich, jegliche Form bürgerlicher Herrschaft als faschistisch zu denunzieren. Unter dem Einfluss des sowjetischen Diktators **Josef Stalin** verbreitete sich hier die Auffassung, dass der Faschismus lediglich eine autoritär verschärfte Form bürgerlicher Herrschaft, ein letztes Aufgebot gegen die vermeintlich nahe Weltrevolution sei. Die faschistische Gefahr wurde somit katastrophal unterschätzt.
Die Entgrenzung des Faschismusbegriffs gipfelte Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre in der stalinistischen Doktrin des „Sozialfaschismus", in der die Sozialdemokratie zum Hauptfeind erklärt wurde.

Ab 1945: „Neofaschismus"

Die Vorsilbe „neo" markiert den Epochen-Bruch: Sich im Wissen um die Verbrechen und die katastrophale Niederlage des Faschismus erneut und bewusst für ihn zu entscheiden, offenbart besondere Bösartigkeit oder Verblendung. Außerdem betont das „neo" die besondere Dimension der historischen faschistischen Verbrechen im Vergleich zur heutigen extremen Rechten. An den Neofaschist/-innen ist allerdings nur wenig wirklich neu. Bisher fehlt ihnen zwar die Macht ihrer historischen Vorbilder, doch sie vertreten die gleiche mörderische Ideologie.

1960—1980: Karriere als Kampfbegriff

In der Zeit des Kalten Krieges wurden zahlreiche antikommunistische, mit USA und NATO verbündete Diktaturen in weniger mächtigen Staaten von linker Seite als faschistisch bezeichnet. Die Regime dieser Art unterdrückten oppositionelle Bewegungen grausam und ermordeten jeweils tausende oder zehntausende Menschen. In manchen Fällen nahm der Terror genozidale Ausmaße an. Im Personal der antikommunistischen Diktaturen und Bürgerkriegstruppen des Kalten Krieges gab es bis in die Führung hinein nicht wenige offene Faschisten. Doch meistens fehlte eine faschistische Massenbewegung. Statt sich wie in Italien 1922 und Deutschland 1933 mit einer faschistischen Partei und ihrer Terror-Miliz zu verbünden, übernahmen ultrarechte Kreise aus Militär, Polizei und Geheimdiensten gleich selbst die Macht. Sie herrschten im Interesse privilegierter Schichten und mit Unterstützung durch die USA und andere westliche Staaten wie die BRD. Diesen Regimen fehlten der totalitäre Anspruch und die pseudo-antikapitalistische Demagogie, die für manche Faschismen vor 1945

kennzeichnend gewesen waren. Auch Antisemitismus und Rassismus spielten eine geringere Rolle. Außenpolitisch konnten diese Diktaturen nicht an den Imperialismus und Militarismus Nazideutschlands oder des faschistischen Italiens herankommen. Nichtsdestoweniger waren sie antikommunistisch, nationalistisch, antidemokratisch und extrem repressiv.

Etwa seit den sechziger Jahren wurde es linksradikale Mode, auch den demokratisch verfassten Kapitalismus als faschistisch zu denunzieren: Angeblich bedurfte der „Neue Faschismus" keiner besonderen Ideologie und Massenbewegung, um sich im Staatsapparat und im staatlichen Handeln immer mehr zu verwirklichen.

Bei dieser Inflationierung des Faschismusbegriffs waren zwei Wörter besonders hilfreich. Das eine lautete „Faschisierung" und meinte einen Prozess des Faschistisch-Werdens, das andere war „faschistoid", also faschismusartig oder faschismusähnlich. Mit diesen Wörtern konnte jede Repression als faschistisch, faschistoid oder Ausdruck der Faschisierung gebrandmarkt werden. Ursprünglich berechtigter Hinweis auf autoritäre Tendenzen in den kapitalistischen Demokratien, verkam die Rede von der Faschisierung und vom Faschistoiden zur ultralinken Phrase, bei der nicht mehr genau angegeben werden musste, wer oder was inwieweit faschistisch geworden war. Den Staat oder den Kapitalismus insgesamt als faschistisch zu denunzieren, hatte aus linksradikaler Sicht auch den Vorteil, extreme Aktionsformen wie Attentate und Anschläge als antifaschistischen Kampf zu rechtfertigen.

Der jeden Rahmen sprengende Charakter der faschistischen Verbrechen hielt viele Linke nicht etwa davon ab, mit dem Faschismus-Vorwurf um sich zu werfen, sondern steigerte im Gegenteil die Verlockung, sich dieses ultimativen Kampfbegriffs zu bedienen. Der Faschismus wurde bagatellisiert.

Ab 1980: Die Lage in Deutschland

Neben dem polemischen Alltagsgebrauch des Faschismusbegriffs gab es immer auch eine linke Theorie-Diskussion auf hohem Niveau. Trotzdem war der Faschismusbegriff irgendwann Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre so abgenutzt und ausgedehnt, dass ihn zunehmend auch nichtrechte Wissenschaftler/-innen mieden. Als sich in den 80er Jahren eine neue liberalkonservative Vorherrschaft anbahnte, kam der Faschismusbegriff im (west-) deutschen Wissenschaftsmainstream endgültig aus der Mode. Wer ihn dennoch verwendete, bekannte sich damit zu einer linken Gesinnung oder machte sich einer solchen verdächtig. Der Untergang der DDR und ihrer marxistisch-leninistischen Staatsideologie 1989 diskreditierte den stark marxistisch geprägten Faschismusbegriff weiter.

Im bundesdeutschen Mainstream wird der hiesige aktuelle Faschismus normalerweise „rechtsextrem", „rechtsradikal" oder auch „rechtspopulistisch" genannt, während historisch meistens vom „Nationalsozialismus" die Rede ist. Auch Teile des linken, antifaschistischen Milieus ziehen Bezeichnungen wie „extreme Rechte" dem umstrittenen und vorbelasteten Faschismusbegriff vor. Dieser Begriff scheint vielen Antifaschist/-innen außerdem unbrauchbar, um die Einzigartigkeit des Nazismus und seiner Verbrechen zu erfassen.

Etwa seit der Jahrtausendwende wird der Faschismusbegriff aber wieder mehr benutzt und diskutiert. Ein Grund dafür ist der internationale Aufschwung neuer Faschismustheorien und vergleichender Faschismusforschung seit den neunziger Jahren. Ein weiterer Grund ist das weltweite Erstarken extrem rechter Kräfte, das eine Suche nach geeigneten Begriffen und Theorien auslöst.

DES POLITISCHEN LEBENS HINAUS.

(WALTER BENJAMIN)

Der Autor publiziert seit vielen Jahren zum Thema Faschismus und betreibt die Internetseite faschismustheorie.de. Der Text ist ein stark überarbeiteter und gekürzter Auszug aus dem 2019 in der Reihe theorie.org des Schmetterling-Verlags erscheinenden Einführungsbuch zu Faschismustheorien.

Von Fabian Kunow

Faschismustheorie angewandt

Wer oder was ist heute faschistisch?

Mit dem Auftreten der ersten sich selbst als Faschisten bezeichnenden Rechten vor 100 Jahren entstanden auch die ersten Theorien über den Faschismus. Fast allen Faschismustheorien ist gemeinsam, dass sie den Faschismus als soziales Phänomen begreifen, das über die Grenzen von Mussolinis Italien hinausragt. Ob dieses Phänomen auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fortbesteht, ist hingegen umstrittener. Ein Diskussionsbeitrag.

Seit den 1990er Jahren hat sich eine Vergleichende Faschismusforschung entwickelt (vgl. Artikel auf S. 7 ff.), die wie der englische Historiker **Roger Griffin** den Faschismus nicht als Herrschaftsform, Werkzeug, Bewegung oder Epoche auffasst, sondern ihn als eigenständiges Gedankengebäude mit eigener Mentalität begreift. Dieser Ansatz und die sich aus ihm ergebenden Erkenntnisse bieten interessante Möglichkeiten für die Analyse heutiger rechter Bewegungen.
Ein gutes Anwendungsbeispiel lieferte der Münsteraner Soziologe **Andreas Kemper**. In einer Studie für die *Rosa-Luxemburg-Stiftung* untersuchte er die Ideologie des AfD-Politikers **Björn Höcke** unter Zuhilfenahme der Griffin-Definition. Diese lautet: „Faschismus ist eine Form rechtsextremer Ideologie, die die Nation oder Rasse als organische Gemeinschaft, die alle anderen Loyalitäten übersteigt, verherrlicht. Er betont einen Mythos von nationaler oder rassischer Wiedergeburt nach einer Periode des Niedergangs oder des Zerfalls. Zu diesem Zweck ruft der Faschismus nach einer ‚spirituellen Revolution' gegen Zeichen moralischen Niedergangs wie Individualismus und Materialismus und zielt darauf, die organische Gemeinschaft von ‚andersartigen' Kräften und Gruppen, die ihn bedrohen, zu reinigen."
Kemper kommt zu dem Schluss, Höckes Äußerungen erfüllten die Kriterien von Griffins Definition.

Ist die AfD faschistisch?

Wie ist eine Partei zu bewerten, in der ein maßgeblicher Politiker, dem nach Aussage des *Junge-Freiheit*-Chefredakteurs **Dieter Stein** „seine Anhänger huldigen (...) wie einem Erlöser", ein Faschist ist? In der aber zugleich andere bedeutende Politiker*innen wie **Alexander Gauland, Alice Weidel, Konrad Adam** einflussreich sind, die das Prädikat faschistisch (noch) nicht verdienen, jemanden wie Höcke aber gewähren lassen?
Hier lohnt ein Blick auf die politische Form der AfD und auf ihre Praxis. Diese ist überhaupt nicht zu vergleichen mit der NSDAP oder dem *Partito Nazionale Fascista* von **Benito Mussolini**. Noch nicht einmal mit der neofaschistischen NPD, als diese noch erfolgreich war. Der AfD fehlt das Militärische, in der AfD gibt es noch innerparteiliche Demokratie. Bei aller Verehrung, die Höckes Anhänger für den Thüringer Politiker zeigen — die AfD ist keine Führerpartei.
Wenn heute von faschistischer Organisierung gesprochen werden kann, muss diese als soziale Bewegung gedacht werden: Für den Kampf um die Straße und die Massenmobilisierung sind PEGIDA, rechte Hooligan-Netzwerke und die „Identitären" zuständig. Faschistische intellektuelle Zirkel, die in den frühen Stadien faschistischer Bewegungen immer bedeutend waren, sind das Milieu, das unter dem Namen „Neue Rechte" firmiert. Die AfD kann als parlamentarischer Arm dieser sozialen Bewegung von rechts begriffen werden.

Ist Bolsonaro ein Faschist?

Viele Linke in Deutschland blicken zurzeit in Richtung Brasilien und fragen berechtigterweise: Ist **Jair Bolsonaro** ein Faschist? Steuert Brasilien auf einen Faschismus zu? Dass es sich bei dem ehemaligen Militär um einen gestandenen Rechtsradikalen handelt, dessen Regierung für gesellschaftliche Minderheiten und rassistisch diskriminierte Bevölkerungsgruppen nichts Gutes verheißt bzw. mörderische Folgen hat, steht außer Frage. Aber ein Faschist?

Gehen wir einmal die Kategorien des „faschistischen Minimums" durch, das in den sechziger Jahren von **Ernst Nolte** bestimmt wurde. Für Nolte ist Faschismus durch Negationen geprägt: Faschismus sei antimarxistisch, antiliberal und antikonservativ.

Die Kategorie „Antimarxismus" erfüllt Bolsonaro, sein Feindbild steht klar links. Hier zieht er alle Register, wenn er im klassischen faschistischen Slang davon spricht, mittels einer „Revolution" das Land „von der schmutzigen Ideologie der Linken zu befreien", da Brasilien „auf dem Weg zum Kommunismus" gewesen sei. Er lässt keine Zweifel daran, dass er die Linke mit allen Mitteln bekämpfen möchte und dass er dabei auch vor tödlicher Gewalt nicht zurückschreckt.

Faschisten sehen sich immer als Revolutionäre, die nicht nur antimarxistisch bzw. antikommunistisch, sondern auch antiliberal und antikonservativ sind, da sie die alte Ordnung in bestimmten Punkten radikal überwinden wollen. Ob Bolsonaro bzw. die Partei *Partido Social Cristão*, auf deren Ticket er zur Präsidentschaftswahl antrat, als „antikonservativ" zu bezeichnen sind, ist zu bezweifeln.

Die Kategorie „antiliberal" trifft zumindest wirtschaftspolitisch nicht zu. Seinen Wirtschaftsminister **Paulo Guedes** stellte das *Manager Magazin* unter der Überschrift vor: „Dieser Chicago Boy will Brasiliens Rechtsruck managen". Als „Chicago Boys" werden die Schüler*innen der neoliberalen Denkschule der Ökonomen **Friedrich August von Hayek** und **Milton Friedman** bezeichnet. Bolsonaro gilt als „Kandidat der Märkte", auch weil er im Wahlkampf auf Sozialstaatsversprechen ebenso verzichtete wie auf Ankündigungen von staatsinterventionistischen Eingriffen in die Wirtschaft. Das Versprechen, den Gegensatz von Kapital und Arbeit unter dem Banner der Nation bzw. der „Volksgemeinschaft" zu versöhnen, zeichnete hingegen die faschistischen Parteien und Regierungspolitiken aus. Faschistische Bewegungen verfügten immer über eine antikapitalistische Rhetorik, auch wenn sie die Struktur kapitalistischer Herrschaft nicht antasteten.

Gesellschaftspolitisch hingegen ist Bolsonaro eindeutig ein „Antiliberaler", was beispielsweise seine zahlreichen Ausbrüche gegen nicht-heterosexuelle Lebensweisen verdeutlichen.

Reaktionärer Technikbegriff

Der klassische Faschismus war avantgardistisch und begeistert von neuen Technologien — zumindest wenn diese der Kriegsbereitschaft dienten. Autos, Flugzeuge, komplexere Maschinen und Waffensysteme weckten Begeisterung im damals agrarisch geprägten Italien, und auch im Deutschland der späten zwanziger und dreißiger Jahre waren es noch recht neue Technologien. Von diesem technischen Utopismus und Zukunftsoptimismus sind Bolsonaro, **Donald Trump** oder die AfD weit entfernt. Diese zeichnet aus, dass sie alte Industrien erhalten wollen, anstatt neue Technologien voranzutreiben. Damit stehen sie — zumindest in der Industriepolitik sind sie klassische Reaktionäre — im Gegensatz zu den Faschisten der zwanziger und dreißiger Jahre.

Militärdiktatur = Faschismus?

Historisch zeichnete den Faschismus aus, dass sich seine Macht auf eine Parteiarmee wie die SA/SS oder die *Fasci di Combattimento* stützen konnte. Auch heute gehören zu jeder noch so kleinen neofaschistischen Partei ein „Ordnungsdienst" oder eine Miliz, die paramilitärische Stärke demonstrieren soll. Ob die Milizen, die verdächtigt werden, die linke Stadträtin **Marielle Franco** in Rio de Janeiro ermordet zu haben, und die über eine persönliche Nähe zum Bolsonaro-Clan verfügen, als Teil einer Parteiarmee gelten können, ist zweifelhaft. Sie ähneln eher einer Mafia-Gruppierung.

Bolsonaro war der Wunschkandidat des Militärs. Dies zeigten die spontanen Militärparaden nach Verkündung seines Sieges. Die Verehrung geht aber nicht nur in eine Richtung. Bolsonaro verehrt die bis 1985 dauernde(n) Militärdiktatur(en). Der Faschismusforscher **Wolf-**

DASS DER FASCHISMUS NACHLEBT; [...], ...

... RÜHRT DAHER, DASS DIE OBJEKTIVEN GESELLSCHAFTLICHEN VORAUSSETZUNGEN FORTBESTEHEN [...].

(THEODOR W. ADORNO)

gang Wippermann charakterisierte in seinem Buch „Faschismus — Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute" das Regime von **Getúlio Vargas** als Diktatur, aber nicht als eine faschistische. Vargas habe auf den Aufbau einer faschistischen Massenpartei verzichtet und sich ausschließlich auf das Militär gestützt. Das Brasilien, wie es sich Bolsonaro vorstellt, ist vermutlich eher mit dem Chile unter **Augusto Pinochet** zu vergleichen. Dieses war trotz seiner terroristischen Methoden bei der Verfolgung politischer Gegner*innen ebenfalls eine Militärdiktatur und kein Faschismus — so zumindest die Mehrheitsmeinung unter Faschismustheoretiker*innen.

Faschismus im Nahen Osten?

Am Beispiel der lateinamerikanischen Diktaturen wird bereits eine grundlegende Frage an die Faschismustheorie deutlich: Kann ein europäisches Phänomen, das nach dem Ersten Weltkrieg entstand, als Theoriekategorie auf außereuropäische Bewegungen, Regime oder Staatsformen angewandt werden?
Theoretisch, aber auch vor dem Hintergrund der Legitimierung westlicher Außen- und Kriegspolitik, wurde diese Frage vor allem nach dem 11. September 2001 gestellt. Ist das, was *Al-Qaida* als Terror verbreitet, faschistisch zu nennen? Ist die damalige Herrschaft der Taliban, die *Al-Qaida* in Afghanistan Unterschlupf gewährten, eine Form des Faschismus? Was ist mit der seit der „islamischen Revolution" im Iran herrschenden Ordnung des „Gottesstaates"? Ist dieses Regime als klerikaler Faschismus zu beschreiben? Oder passt auf diese unterschiedlichen islamistischen Bewegungen, die es zur staatlichen oder quasi-staatlichen Macht gebracht haben, die europäische Folie des „Faschismus" als wissenschaftliche Kategorie überhaupt nicht?
Auch die Herrschaft der Baath-Partei des Diktators **Saddam Hussein** wurde schließlich als Faschismus bezeichnet. Diese war im Gegensatz zumindest in ihrer Anfangszeit als Vertreterin des panarabischen Nationalismus klar säkular orientiert und stand den islamistischen Strömungen unversöhnlich gegenüber. Für das Anwenden der Faschismustheorie bei der Analyse der Herrschaft Saddam Husseins und der Baath-Partei spricht einiges: der Name *Baath* — Partei der arabischen Wiedergeburt -, ihre Ideologie des panarabischen Nationalismus, die Form der diktatorischen Herrschaft und der Giftgas-Einsatz gegen kurdische Dörfer 1988 auf dem Staatsgebiet des Iraks.

In der politischen Praxis wird die Frage, ob bestimmte Strömungen des politischen Islams als Faschismus bezeichnet werden können, immer wieder bejaht. So zum Beispiel, wenn Vertreter*innen unterschiedlicher linker Strömungen wie traditionelle Antiimperialist*innen, die zu **Baschar al-Assad** (auch seine Staatspartei ist eine *Baath*-Partei) halten, Aktivist*innen aus der Rojava-Solidarität und Personen aus dem antideutschen Teil der Antifabewegung einhellig den Terror des IS und anderer Islamist*innen in Syrien als faschistisch bezeichnen. Ich hingegen fasse religiös-fundamentalistische Bewegungen nicht unter dem Begriff des Faschismus, weil in ihrer Ideologie die für den Faschismus zentralen Kategorien der Nation, des Volks bzw. der „Rasse" keine Rolle spielen.

Fazit

Nicht jede rechte, autoritäre und antiemanzipatorische Bewegung oder Diktatur kann und sollte als faschistisch bezeichnet werden. Sich mit den verschiedenen Faschismustheorien zu beschäftigen und diese auch auf heutige politische Phänomene anzuwenden, ist jedoch ein Gewinn — sowohl für den eigenen Kopf als auch für die politische Praxis.

Foto: Robert Rutkowski

AfD-Vorzeigemalocher Guido Reil (rechts), Zweitplatzierter auf der AfD-Liste zur Europawahl.

Von Rainer Roeser

Presslufthammer oder Abrissbirne

Die „Alternative für Deutschland" vor der Europawahl

Hans-Thomas Tillschneider ist auch in der AfD eine umstrittene Figur. Die einen hassen ihn, weil er mit all seiner Radikalität abschreckt. Die anderen schätzen ihn, weil der Chef der „Patriotischen Plattform" zuverlässig die Stichworte zur Radikalisierung der AfD liefert. An diesem Januartag im sächsischen Riesa aber spricht er beim Parteitag den meisten im Saal aus dem Herzen: „Seien wir ehrlich", sagt er, „wenn wir die EU in unserem Sinne reformieren würden, dann bliebe von ihr nichts mehr übrig."

Die AfD will Ende Mai ins Europaparlament einziehen. Sie geriert sich „EU-skeptisch" und „EU-kritisch". Es ist eine Form der Polit-Camouflage. Hinter „Skepsis" und „Kritik" steht das „Deutschland zuerst!", der unbedingte Wunsch, Deutschland wieder groß zu machen, möglichst ungestört durch supranationale Strukturen.

„Die EU möge zugrunde gehen!", ruft **Hans-Thomas Tillschneider** am Ende. Seine Töne kommen an. Sie sind ja auch ehrlicher als die Beteuerung der Parteioberen, man wolle die *Europäische Union* bloß „reformieren". Klar setzt er sich gegen einen anderen Kandidaten durch, der nach den Maßstäben der AfD als „moderater" gilt. Wer geglaubt hat, unter dem Eindruck einer drohenden Beobachtung durch den Verfassungsschutz würde sich die AfD ernsthaft „mäßigen", dürfte ins Zweifeln geraten.

Als Ganzes hat sich die AfD rasant radikalisiert. Ihre beiden, jeweils viertägigen Europaparteitage in Magdeburg und Riesa liefern dafür neue Belege. In der AfD gehört es mittlerweile zum guten Ton — auch bei den angeblich „Gemäßigten" — gegen die „EUdSSR" zu wettern, gegen den „Moloch", den „Sumpf" und „Albtraum" der *Europäischen Union*. Flügelübergreifend ist sie längst angekommen im Nationalismus, mal eher völkisch, mal eher neoliberal grundiert.

Die drei Spitzenkandidaten

Mit **Jörg Meuthen** führt einer aus der Riege der Wirtschaftsliberalen die Liste an. Momentan ist er der einzige Abgeordnete der AfD in Brüssel und Straßburg und hat viel zu tun. Hinter den Kulissen laufen die Gespräche über die Bildung einer großen Fraktion der Rechtsaußen (siehe Artikel auf Seite 48 in dieser Ausgabe). Meuthen ist da mittendrin. **Heinz-Christian Strache** mit der FPÖ, **Matteo Salvini** mit seiner *Lega* und **Viktor Orban** mit der *Fidesz*-Partei seien „unsere natürlichen Verbündeten“, sagt er in Magdeburg. Sein Ergebnis fällt für AfD-Verhältnisse prächtig aus. Er erhält 483 von 535 Stimmen.

Umstrittener ist **Guido Reil** auf Listenplatz zwei. Reil gibt den Vorzeigemalocher der AfD. Vor dem Parteitag hat er vom Spitzenduo geträumt mit „Professor und einem Bergmann, die gemeinsam Seite an Seite den Wahlkampf bestreiten werden“. So könne man am besten zeigen, dass die AfD Volkspartei werde. Reil, eines der wenigen Mitglieder des AfD-Vorstands, die noch nicht mit einem Mandat versorgt sind, wird gegen drei andere Kandidaten gewählt. Doch auch wenn er seit Monaten als Redner von Parteiveranstaltung zu Parteiveranstaltung gereicht wird, sind die Vorbehalte mit Händen zu greifen: Das Ex-SPD-Mitglied passt nicht recht ins Bild des „klassischen“ AfD-Politikers. Und immer wieder auch wird die Vermutung laut, er interessiere sich vor allem für eines: ein bezahltes Mandat.

Das Trio an der Spitze komplettiert der Dresdner **Maximilian Krah**. Seine Wahl soll ein Zeichen an die Wähler in Ostdeutschland sein, insbesondere in Sachsen. Die AfD will dort stärkste Kraft bei den Landtagswahlen im September werden. Aber in der Bundes-AfD ist der Einfluss der Ost-Verbände limitiert. Ihr nächster Kandidat folgt erst auf Platz 15. Die AfD in den nicht mehr so neuen Ländern ist zwar lautstark, aber nicht besonders groß. Entsprechend überschaubar ist die Zahl ihrer Delegierten.

Weitere Kandidaten

Auch wenn „Flügel“-Politiker auf den ersten Plätzen der Liste keine Chance hatten, bietet die Kandidatenriege reichlich Gewähr für auch verbalen Radikalismus. Da ist der Bayer **Bernhard Zimniok** (Listenplatz 5), der mit einem Zitat von **Gloria von Thurn und Taxis** dem Parteitagspublikum den Zuwanderungsdruck aus Afrika erklärt: „Der Afrikaner schnackselt halt gern.“ Da ist **Nicolaus Fest** (Listenplatz 6) aus Berlin, der EU-Kommissionspräsident **Jean-Claude Juncker** zu den „Trunkenbolden“ und Frankreichs Staatspräsident **Emmanuel Macron** zu den „parasitären Clowns“ rechnet. In Europa hat er „Schmarotzer“ ausgemacht, die auf Kosten der deutschen „Goldesel“ leben, statt „selbst zu arbeiten“. Oder **Hagen Brauer** (Listenplatz 15) aus Mecklenburg-Vorpommern, der das deutsche Volk vor „finalem Unheil“ bewahren will und „Parallelen“ zwischen dem bundesdeutschen Volksverhetzungsparagrafen und DDR-Gesetzen sieht, mit denen Oppositionelle mundtot gemacht werden sollten.

Sie alle gehören nicht zum „Flügel“. **Björn Höcke**s Rechtsaußentruppe kam aber auch zum Zuge. Nachdem **Thorsten Weiß** und Tillschneider in Magdeburg noch gescheitert waren, wurden sie beim zweiten Parteitag in Riesa schließlich doch gewählt. Weiß, der sich „Koordinator des Berliner Flügels“ nennt, kam auf Platz 14 der Kandidatenliste. Als er das Verbot der „linksterroristischen Antifa“ und eine „kräftige Orbanisierung“ Europas gegen „die Islamisierung, gegen die Messereinwanderung aus Afrika und dem Nahen Osten und gegen die globalistische Auflösung“ forderte, jubelte der Saal. Tillschneider rutschte als 19. auf die Liste. Die Delegierten belohnten seine ausgeprägte Feindbildpflege. Tillschneiders „äußerer Feind“ ist der Islam. „Mindestens genauso gefährlich“ erscheint ihm aber der „innere Feind“. Zu ihm zählen nach seinem Verständnis „die vaterlandslosen Gesellen aus den Altparteien, die für ein wenig Macht und Geld an ihrem Volk Verrat üben, die internationalen Vagabunden, die so viel in der Welt herumgeflogen sind, dass sie mit Deutschland nichts mehr anzufangen wissen, und die Millionen nützlicher Idioten, die ihre politische Dummheit für eine moralische Qualität halten“. Sowas und sein Wunsch: „Die EU möge zugrunde gehen!“ zieht.

Das Programm

Insgesamt rund sieben Tage berieten die Delegierten bei ihren beiden Parteitagen über die Personalien — für ihr Programm hatten sie sieben Stunden über. Auch das sagt etwas über Prioritäten. Mehr Zeit benötigt eine Partei aber wohl auch nicht, in der der Nationalismus Konsens und (fast) alles Übernationale suspekt ist. Maximal als „Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten“ kann sich die AfD ein Europa vorstellen. Der Versuch, „funktionierende demokratische Nationalstaaten“ aufzulösen und durch eine Art „europäischen Superstaat“ zu ersetzen, könne nicht gelingen, heißt es im Programm. Kernkompetenzen und Entscheidungsbefugnisse müssten in der Verantwortung der Mitgliedstaaten verbleiben. Ginge es nach der AfD, müssten sich EU und Europapolitiker von einer Vielzahl von Aufgabenfeldern und Zielen verabschieden. Dazu zählen:

→ eine gemeinsame Außenpolitik. Stattdessen denkt die AfD an eine deutsche „Führungsrolle“ in Europa, plädiert für eine „an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik“, wobei „die realpolitischen Erfordernisse, nicht wirklich-

keitsfremde Ideologien“ die Richtschnur seien.

- → eine gemeinsame Asyl- und Zuwanderungspolitik: „in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zurückgeben“.
- → Agrarpolitik und Verbraucherschutz: national zu entscheiden.
- → Bildungspolitik: „ausschließlich nationale Zuständigkeiten“.
- → der Euro: „Für die...Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung (‚Deutsche Mark‘)“ müssten die gesetzlichen Vorkehrungen getroffen werden.
- → der Versuch, wirtschaftlich schwächere Regionen mit Kohäsionsfonds voranzubringen.
- → alle Bemühungen für eine europäische Sozialunion. Eine europäische Arbeitsagentur lehnt die Partei ebenso ab wie eine europäische Arbeitslosenversicherung. Vergeblich suchen wird man im Programm Aussagen zu europäischen Mindestlöhnen oder zur Mitbestimmung.
- → eine gemeinsame Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Eine „Zuständigkeit der EU für Fragen der Luftreinhaltung in den Mitgliedsstaaten“ sei „nicht sinnvoll“, meint die AfD. Und grundsätzlich: „Wir bezweifeln aus guten Gründen, dass der Mensch den jüngsten Klimawandel maßgeblich beeinflusst hat oder gar steuern könnte. Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg.“ Einen „ökologistischen Planungs- und Zwangsstaat mit gewollter Mangelwirtschaft“ sieht die AfD heraufziehen und wendet sich gegen einen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung. Zugleich macht sie sich zum Fürsprecher der Atomkraft. Kohle- und Kernkraftwerke sollten „in Betrieb bleiben, solange deren Betreiber es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen für sinnvoll halten“.

Tief atmet das Programm den Geist des Neoliberalismus. Etwa, wenn der „bürokratische Aufwand“ beklagt und dessen Reduzierung gefordert wird. Wenn die AfD eine Harmonisierung von Unternehmenssteuern ablehnt oder ihr Freihandel schlicht als „wirksamste und unbürokratischste Form der Entwicklungshilfe“ erscheint.

Ergänzt wird die Mixtur durch die AfD-typischen Aussagen zum Thema Migration. Den „politischen Eliten und Institutionen der EU“ wirft die AfD vor, sie würden eine Asyl- und Immigrationspolitik betreiben, die „die europäische Zivilisation in existenzielle Gefahr“ bringe. „Eine weitere Öffnung Europas für Zuwanderung aus anderen Kontinenten wird in relativ kurzer Frist unweigerlich zu einer Marginalisierung der einheimischen Bevölkerungen führen. Die Politik der Grenzöffnung wird einen Kulturabbruch historischen Ausmaßes zur Folge haben.“ Gefordert seien „Remigrationsprogramme größtmöglichen Umfangs“. Als „Gefahr für Europa“ hat die AfD insbesondere den Islam ausgemacht. Der „imperialistische Islam“ expandiere „seit über fünfzig Jahren in europäischen Staaten durch die Einwanderung von Muslimen und ihre höhere Geburtenrate“. Die AfD sei überzeugt, „dass nur ein entschlossenes gemeinsames Handeln aller europäischen Staaten die drohende Islamisierung Europas verhindern kann“. Noch nie in der Geschichte Europas sei die Gefahr so groß gewesen wie heute.

Und wenn all die „Reform“-Bemühungen mit dem Presslufthammer bei der Entkernung der EU nichts bewirken, bleibt als „letzte Option“ die Drohung mit der ganz großen Abrissbirne. „Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht in angemessener Zeit verwirklichen lassen“, werde ein Austritt Deutschlands oder eine „geordnete Auflösung der Europäischen Union“ notwendig, heißt es im Programm.

Solch ein Dexit gefällt den Mitgliedern. Knapp 90 Prozent hatten bei einer Befragung sogar für eine noch schärfere Formulierung votiert. Im Wahlpublikum stößt die Forderung freilich in Brexit-Zeiten auf weniger Sympathien.

Weit entfernt von 15 Prozent

Tatsächlich schneidet die AfD zwei Monate vor der Wahl in Umfragen schwach ab. Weit entfernt ist sie von jenen 15 und mehr Prozent, von denen ihre Politiker im vorigen Herbst träumten. Mitte März sah ein Demoskopie-Institut die AfD gar wieder im einstelligen Bereich. Die Anti-EU-Rhetorik verfängt nicht recht. Andere Faktoren kommen hinzu: Dass ausgerechnet die Spitzenkandidaten Meuthen und Reil tief im Spendensumpf stecken, zum Beispiel. Und nicht zuletzt schreckt der fortwährende Streit zwischen Nationalkonservativen und offen Rechtsradikalen sogar Teile des eigenen Publikums ab. Ein Streit, der nach dem 26. Mai wieder offen ausbrechen könnte.

Von Johannes Hartwig

„N.S. Heute“

Ein Schlaglicht auf das Zeitschriftenprojekt

Auf der diesjährigen Leipziger Buchmesse wollte sich der „Sturmzeichen-Verlag“ erstmals außerhalb extrem rechter Veranstaltungen präsentieren. Doch die Organisator_innen untersagten dem Verlag die Teilnahme. Der von Sascha Krolzig betriebene Verlag fungiert in erster Linie als Herausgeber der Zeitschrift „N.S. Heute“. Das Magazin, das seit Frühjahr 2017 alle zwei Monate erscheint, versteht sich als spektrenübergreifende und parteiunabhängige Publikation von und für die militante Neonazi-Szene.

Als „Magazin von Kameraden für Kameraden“, das sich inhaltlich mit „weltanschaulichen Fundamenten“, „aktuellen Entwicklungen des Nationalen Widerstandes“ und einer „sinnvollen Freizeitgestaltung“ beschäftigen will, stellt sich *N.S. Heute* in der Erstausgabe vor. **Sascha Krolzig** selbst beschreibt in einem der Artikel einen Ausflug zum Hermannsdenkmal, ein Bericht von **Sven Skoda** beschäftigt sich mit dem Prozess gegen das *Aktionsbüro Mittelrhein*, in dem er selbst auf der Anklagebank sitzt (vgl. Lotta #50, #56, #67 und #73), in einem anderen Text wird der Dortmunder Stadtteil Dorstfeld als „Nazi-Kiez“ inszeniert. In plakativer Abgrenzung zur *Identitären Bewegung* propagiert der Autor **Steffen Pelzman** unter dem Titel „100% Rassismus 0% Chauvinismus“ klassisch rassistische Vorstellungen mit Bezügen zum Nationalsozialismus, und **Angelika Willig**, die auch als Autorin für die *Junge Freiheit*, die NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* und das extrem rechte Öko-Magazin *Umwelt & Aktiv* schreibt, erneuert den NS-Mythos um **Horst Wessel**.

Schon vor dem Erscheinen der ersten Ausgabe fanden erste Vorstellungen der Zeitschrift unter anderem in Bielefeld, zum damaligen Zeitpunkt noch Wohnort Krolzigs, und in Dortmund statt. Um die Zeitschrift zu vermarkten, bauten Krolzig und sein Bielefelder Sidekick **Tim Sauer** ihren Tapeziertisch mit karierter Tischdecke bei extrem rechten Großevents wie dem „Eichsfeldtag“ oder dem „Schild und Schwert“-Festival von **Thorsten Heise** in Ostritz auf. Auch bei Veranstaltungen der NPD wurde die Zeitschrift beworben und zum Verkauf angeboten.

Extrem rechte „Bewegungsgeschichte“

Obwohl Krolzig mittlerweile Bundesvorsitzender der Partei *Die Rechte* ist, finden sich in *N.S. Heute* kaum explizit parteipolitische Positionen. Sie richtet sich vielmehr an eine organisationen- und parteienübergreifende „Nationale Bewegung“. Hier kommt dem 1987 geborenen Krolzig seine langjährige Einbindung und Vernetzung in der militanten Neonazi-Szene zugute. So finden sich mit **Dieter Riefling**, **Christian Worch** oder **Thomas Wulff** alte Kader als Autoren oder Interviewpartner, die besonders dann zu Wort kommen, wenn es um die eigene Bewegungsgeschichte geht. Diesem Thema widmet sich die Zeitschrift immer wieder, sei es in einem Interview mit dem Rechtsterroristen **Karl-Heinz Hoffmann** oder mit einem Artikel über die Demonstration gegen die „Wehrmachtsausstellung“ in München 1997. Im Sommer 2017 erschien anlässlich des 30. Todestags des Hitler-Stellvertreters **Rudolf Heß** eine Ausgabe, die sich ausschließlich mit der Entwicklung der Heß-Gedenkmärsche beschäftigt.
Eine besondere Bedeutung nimmt in diesem Zusammenhang die im September 2018 erschienene Ausgabe mit dem Schwerpunktthema „Blutzeugen der Neuzeit 1967 — 2008“ ein. In Anlehnung an die Mystifizierung in der Weimarer Republik umgekommener SA-Männer im NS werden darin Nazis, die seit 1967 ums Leben kamen, zu Märtyrern stilisiert.

Themen, Kampagnen, Projekte

Die Rubrik „Weltanschauung“ nimmt — obwohl zentral im Titel der Zeitschrift geführt — zumeist einen relativ geringen Umfang im Heft ein. Die Artikel tragen Titel wie „Volksgemeinschaft. Mittelpunkt nationalsozialistischer Weltanschauung“, „Zukunft des nordischen Menschentums“ oder „Alfred Rosenberg — Der Mythos des

20. Jahrhunderts". Doch vor allem werden im Heft aktuelle Themen, Kampagnen und Projekte der extremen Rechten aufgegriffen und vorgestellt. So schreibt Krolzig über seine Besuche in **Tommy Frencks** Gasthaus „Goldener Löwe", und **Frida Dentiak**, neben Krolzig Stammautorin des Blatts, stellt im Interview das Veranstaltungsprojekt *Club H5* (vgl. LOTTA #72, S. 29f) vor. Mit einem Schwerpunkt zum Thema Europa beteiligte sich die Zeitschrift Anfang 2018 an der von Dortmunder Neonazis organisierten Kampagne „Europa erwache!" Außerdem wird ausführlich über die Solidaritäts-Aktionen für die seit Mai 2018 inhaftierte Holocaustleugnerin **Ursula Haverbeck** berichtet.

Auch zu bundesweiten Aufmärschen mobilisiert die Zeitschrift. Vor allem werden in fast jeder Ausgabe Demonstrationsberichte veröffentlicht, so unter anderem zum Rudolf-Heß-Marsch in Berlin 2017 und 2018, dem Aufmarsch zum 1. Mai 2018 in Erfurt oder den Demonstrationen unter dem Motto „Tag der deutschen Zukunft" 2017 in Karlsruhe und 2018 in Goslar. Auch über die Beteiligung meist Dortmunder Neonazis an internationalen Events wie dem „Lukov-Marsch" in Sofia oder dem „Tag der Ehre" in Budapest wird berichtet.

Erlebniswelt rechts

Neben den Kategorien „Bewegung" und „Weltanschauung" gibt es den Bereich „Leben". Der „Nationale Sozialismus" soll schließlich alle Bereiche des Lebens durchdringen, auch die Freizeitgestaltung. Zahlreiche Artikel berichten über Musikveranstaltungen wie die Rechts-Rock-Festivals in Thüringen 2017, das „Schild & Schwert"-Festival 2018 oder den *Kampf der Nibelungen* 2017 (vgl. LOTTA #69). Interviews mit RechtsRock Musikern wie **Michael Regener** (*Lunikoff*), **Julian Fritsch** (*Makks Damage*) oder **Jens Bruchseifer** (*Sturmwehr*) werden durch Reiseberichte von Wanderungen an der Ostsee, in Südtirol, zur Wewelsburg oder auf dem Wappenweg rund um Bielefeld ergänzt.

Als Diplomjurist thematisiert Krolzig in fast jeder Ausgabe rechtliche Fragen, etwa zum Versammlungsrecht oder zum Straftatbestand Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Eine eigene Rubrik existiert noch für Rezensionen, neben Büchern und Zeitschriften werden in jeder Ausgabe Neuerscheinungen aus der Welt des RechtsRock besprochen.

Zielgruppe militante Neonaziszene

N.S. Heute hat es geschafft, eine zuvor in der extrem rechten Publikationslandschaft bestehende Lücke zu füllen. Mit einer Auflage von 1.500 Exemplaren (Eigenangabe) ist sie aber weit von der Verbreitung anderer extrem rechter Publikationen wie *Zuerst* oder dem *Compact Magazin* entfernt. Doch anders als diesen auch am Bahnhofskiosk erhältlichen Blättern geht es der Zeitschrift nicht darum, das extrem rechte Spektrum von PEGIDA-Anhängerinnen und Wutbürgern anzusprechen. Mit ihrer professionellen Aufmachung und dem Zusammenführen von Lifestyle und Ideologie richtet sich *N.S. Heute* ganz bewusst an die sich selbst als „Nationalsozialisten" oder „Nationale Sozialisten" verstehende militante Neonazi-Szene.

Ob Krolzig sein Ziel, von seiner Tätigkeit als Verleger leben zu können, mit dem *Sturmzeichen Verlag* erreichen kann, ist abzuwarten. Neben der Zeitschrift ist dort bisher lediglich ein Buch des *N.S. Heute*-Autors **Arnulf Brahm** erschienen. Wie praktisch, dass Krolzig seine Tätigkeit als Fest- und Trauerredner in seiner eigenen Zeitung gleich mit bewerben kann.

Foto: Recherche Nord

Die „N.S. Heute" präsentiert sich am 29. Juli 2017 beim „Rock für Identität" in Themar.

Von Eliza Winkler

Kein ruhiges Hinterland

Die Neonazi-Szene in und um Alzey

Nur neun Personen kamen am 2. Februar 2019 zu einer Kundgebung der Partei „Die Rechte“ nach Alzey. Doch das ist längst nicht das ganze extrem rechte Potenzial in der Region. Die „Nibelungenstadt“ mit 19.000 Einwohner*innen im östlichen Rheinland-Pfalz ist seit den 2000ern Ziel der extremen Rechten. Dabei wohnt die Mehrheit der aktiven Neonazis in Dörfern im Umland.

Bis 2010 war der personell schwach aufgestellte NPD-Kreisverband der organisatorische Anlaufpunkt auch für die „freien“ Neonazis in der Region. Regelmäßig fanden NPD-Stammtische statt, zu Demonstrationen in Alzey mobilisierte die Partei in dieser Zeit bis zu 150 Personen, die überregional anreisten. Konkurrenz gab es nicht. Ihr Kreisvorsitzender **Klaus Acker** saß im Kreistag Alzey-Worms. Der frühere Landesvorsitzende der *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP) vermied aber nennenswerte Skandale.

Ab 2010 wurde es ruhig um die NPD. Die Arbeit lokaler Antifa-Gruppen und die Spaltung der NPD 2013 in *Die Rechte*, *Der III. Weg* und NPD können als Ursache gelten. Spätestens ab 2013 dominierten interne Streitigkeiten das Szenegeschehen. In der Folge haben sich viele aktive Neonazis ins Private zurückgezogen. Durch fehlenden gesellschaftlichen Druck fiel ihnen der stille Rückzug aus der aktiven Szene leicht. Eine nennenswerte Auseinandersetzung mit dem eigenen Handeln findet bis heute nicht statt. So zeigt sich der langjährig aktive Neonazi **Christian W.** heute mit den *Bearded Bad Boys*, einer martialisch auftretenden Bikergruppe, in der seine Ideologie nicht anzustoßen scheint.

„Die Rechte“

Überbleibsel der regionalen Szene organisieren sich heute im Landesverband Südwest der Partei *Die Rechte*. Dieser besteht aus etwa zehn aktiven Personen, von denen die meisten im Alzeyer Umland wohnen. Entsprechend seiner Mitgliederbasis liegen die Hauptaktivitäten des Landesverbandes in und um Alzey und sind geprägt von Kundgebungstouren durch die umliegenden Ortschaften Wörrstadt, Saulheim, Sprendlingen und Wöllstein. Nachdem der Gegenprotest dort immer stärker wurde, demonstrierten sie zuletzt auch in größeren Städten wie Kaiserslautern. Unterstützung erhalten sie dabei durch den *Nationalen Widerstand Zweibrücken* (NWZW). *Die Rechte* und die *Kameradschaft Rheinhessen* (KSRH) wiederum nehmen an Veranstaltungen des NWZW wie dem „Trauermarsch“ im März anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Zweibrückens teil.

Zentraler Akteur der Neonazi-Szene in Alzey ist **Florian Grabowski**. Er meldet Demos an und hält Reden. Um 2010 trat er im Zusammenhang mit den *Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen* in Erscheinung, bevor diese in der Bedeutungslosigkeit versanken. Im Dezember 2013 half er **Oliver Kulik** bei der Gründung des *Die Rechte*-Landesverbands Rheinland-Pfalz. Im Frühjahr 2014 eskalierte ein Konflikt um die Pornodarstellerin **Ina G.** Ihr war „Rassenschande" vorgeworfen worden, was zu ihrem Rauswurf aus der NPD führte. Als der neu gegründete Landesverband der *Die Rechte* sich daraufhin um sie bemühte, intervenierte der damalige Parteivorsitzende **Christian Worch**. In der Folge verließ Oliver Kulik die Partei — nicht mal ein Jahr nach der Gründung des Landesverbands.
Das Einschlafen der Aktivitäten konnte Grabowski nicht verhindern. Er tauchte erst 2016 wieder auf, als der frühere stellvertretende Vorsitzende **Michael Idir** den Landesverband Südwest aus der Taufe hob. Dieser besteht aus den ehemaligen Landesverbänden Saar und Rheinland-Pfalz. Jedoch ist Florian Grabowski der Letzte, der noch Aktionen für *Die Rechte* im Südwesten organisiert. Idir selbst meidet die Öffentlichkeit.

„Kameradschaft Rheinhessen"

Die KSRH tritt in der Region seit März 2018 auf. Sie weist große personelle Überschneidungen mit Teilnehmenden von *Die Rechte*-Demonstrationen auf. Auf der Internetseite des Landesverbands wird neben Grabowski auch **André Millenautzki** als „Die Rechte/Kameradschaft Rheinhessen" gelabelt. In sozialen Medien präsentiert sich die Gruppe offen. Fotos zeigen die Kameradschaft, wie sie in einheitlicher Kleidung hinter ihrem Transparent posiert. „Wir schwören den Eid, der Ewig hält" steht auf ihren Shirts Dabei handelt es sich um eine Textzeile aus einem Lied der RechtsRock-Band *Sleipnir*.

Zweck der KSRH scheint es, auch parteiunabhängig agieren zu können und damit ein anderes Klientel anzusprechen. Mit Erscheinen der „Kameradschaft" fanden sich wieder neue Gesichter auf den Demonstrationen ein. Ein nicht ganz neues Gesicht ist **Joshua K.**, der in sozialen Medien mit einem T-Shirt posiert, das dem *Heimatschutz Donnersberg* zugeordnet werden kann. Diese „Kameradschaft" war seit 2017 nicht mehr erkennbar an den Aktivitäten in Alzey beteiligt. 2011 erregten Mitglieder der Gruppe Aufsehen, weil sie wegen Angriffen auf Döner-Imbisse vor Gericht standen.
Die Rechte und die KSRH können auch trotz der Kooperation mit dem NWZW nicht an die Aufmärsche der 2000er Jahre anknüpfen. Selten gehen mehr als 20 Neonazis auf die Straße. Darüber hinaus gibt es gelegentlich Unterstützung durch **Jacqueline „Jackie" Süßdorf**, Vorsitzende der NPD Saarbrücken-Burbach, oder durch Neonazis aus Mannheim und Ludwigshafen.

Die AfD in Alzey

Ein Austausch zwischen der AfD und anderen Gruppen der extremen Rechten findet in der Öffentlichkeit nicht statt. Die AfD verhält sich bis auf wenige Infostände vor Wahlen eher passiv und profitiert vom allgemeinen Rechtsruck. So erreichte sie trotz schwachen Wahlkampfs in Alzey bei der letzten Bundestagswahl mit 14,7 Prozent der Zweitstimmen ein leicht überdurchschnittliches Ergebnis. Im Vergleich sind das 2,1 Prozentpunkte mehr als der bundesweite und 3,5 Prozentpunkte mehr als der rheinland-pfälzische Durchschnitt. Hierbei gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Dörfern. Während die AfD in dem Dorf Mauchenheim nur 8 Prozent erzielte, wurde sie in Dintesheim von über 22 Prozent der Menschen gewählt.
Die AfD hält sich bedeckt. So bewirbt sie zwar einen monatlichen Stammtisch im Landkreis, gibt aber nicht öffentlich preis, wo dieser stattfindet. Als der Ort eines Stammtischs bekannt wurde, zogen sie kurzfristig um und mussten, nach öffentlichem Druck, diesen Stammtisch absagen.

Über die Gräben hinweg?

Bei den Neonazis ist in den letzten Jahren eine Zuspitzung bemerkbar. Diese zeigt sich nicht nur durch Einschüchterungsversuche und Angriffe in der Öffentlichkeit gegen Antifas. Auch wenn inzwischen deutlich weniger Neonazis an den Aktionen in und um Alzey teilnehmen, ist die Häufigkeit der Aktivitäten gestiegen. Mit der KSRH ist ein Gebilde entstanden, das über die Gräben der vergangenen Jahre hinweg helfen soll. Ob es gelingt, die Neuzugänge in Strukturen zu integrieren, bleibt abzuwarten. Zu befürchten ist, dass es den Neonazis gelingt, zurückgezogene Kameraden zu reaktivieren und die Alzeyer Demos wieder attraktiver zu gestalten. Der Mehrheit der Menschen in Alzey erscheint es nicht notwendig, gegen Neonazis zu aktiv zu werden. Die Gefahr rechter Gewalt wird aufgrund der geringen Zahl der Neonazis unterschätzt.

Die Autorin Eliza Winkler ist Mitglied der *Antifaschistischen Initiative Alzey*.

Ralf Nieland (Bildmitte) am 17. November 2018 - kurz vor seinem Angriff auf einen Gegendemonstranten.

Von Lucas Eriksson

„Aus der Mitte der Gesellschaft“

Ein Überblick über das Treiben der „Bruderschaft Deutschland“

Mit der „Bruderschaft Deutschland“ (BD) ist in Düsseldorf und im Düsseldorfer Umland eine extrem rechte Gruppierung aktiv, die als „Spaziergänge“ oder „Streifzüge“ deklarierte Patrouillen mit bis zu 40 Personen durchführt. Dabei versteht sie sich als eine Art „Schutztruppe“ für angeblich durch Gewalt bedrohte Deutsche.

Die aus rechten Hooligans, Neonazis, Türstehern und Rockern bestehende Gruppe, die sich offenbar im Sommer 2016 in Düsseldorf-Garath gründete, tritt als clubähnliche Gruppierung auf, die vom Style und Habitus an die Rocker-Szene anknüpft: angefangen beim Design ihrer Gruppen-T-Shirts über die hierarchische Unterscheidung zwischen „Vollmitgliedern“, „Anwärtern“ und „Unterstützern“ bis zu propagierten Werten wie „Loyalität“. Auch die Bezeichnung „Bruderschaft“ entstammt ursprünglich der Rocker-Szene, sie ist aber bereits in den 1980er Jahren von der extremen Rechten adaptiert worden.

Eindeutige NS-Bezüge und rassistische Glaubensbekenntnisse

An die NS-Szene richtete sich auch das erste T-Shirt-Motiv der BD: ein Reichsadler, der in seinen Krallen einen Blätterkranz mit dem neonazistischen Zahlencode 18 (Adolf Hitler) trägt, ergänzt durch den Slogan „Treue Blut & Ehre“, also mit deutlichem Bezug zur verbotenen Losung der *Hitler-Jugend* („Blut und Ehre“). Die Parole „Treue Blut & Ehre“ trägt der neonazistische Skinhead **Kai Kratochvil**, der als einer der Gründer der BD und Anführer der Neonazi-Szene in Garath gilt, auch als Tätowierung auf seiner Wange. Der 42-Jährige war in die Herstellung und Verbreitung der T-Shirts involviert. Er trug ein solches auch in der Öffentlichkeit, beispielsweise am 11. Mai 2017 bei einer Kundgebung der Partei *Die Republikaner*. Letztendlich führte die öffentliche Präsentation des T-Shirts zu Hausdurchsuchun-

gen und zu einem Strafprozess gegen Kratochvil und zwei weitere BD-Aktivisten wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Die BD ersetzte daraufhin die Parole durch „Deutschland ewig treu“, aus der Zahl 18 wurde eine 14. Damit wurde auf einen weiteren in der extremen Rechten weit verbreiteten Code zurückgegriffen, nämlich auf die „14 words“, ein rassistisches Glaubensbekenntnis: „We must secure the existence of our people and a future for white children“.

„Führungsfunktion“

Die Razzien und das Strafverfahren behinderten aber nicht den weiteren Aufbau der BD, die sich zunehmend auf andere Stadtteile und ins Düsseldorfer Umland ausdehnte. Nicht unwesentlich am Aufbau beteiligt war **Ralf Nieland** aus Düsseldorf-Eller. Der 48-Jährige stammt wie ein Großteil der aktuellen BD-Mitglieder aus der rechten Hooligan-Szene von *Fortuna Düsseldorf* und kann als Beispiel dafür angeführt werden, wie sich rechte Hooligans durch den Einfluss der HoGeSa-Bewegung politisch radikalisiert haben. Bundesweit gelangte HoGeSa in die Schlagzeilen, nachdem am 25. Oktober 2014 bei ihrer Demonstration in Köln um die 5.000 rechte Hooligans und Neonazis aufmarschiert waren und sich eine Art Straßenschlacht mit der Polizei geliefert hatten. In der Folgezeit begann Nieland als Administrator der inzwischen aufgelösten Facebook-Gruppe „Düsseldorfer Hooligans gegen Antifa und 1312“ erste Ambitionen als Führungsperson zu entwickeln. Neben der virtuellen Vernetzung von rechten Hooligans und deren Umfeld beteiligte sich Nieland ab 2015 auch vermehrt an Aufmärschen der extremen Rechten, beispielsweise am 14. März 2015 an einer von PEGIDA NRW in Wuppertal organisierten Kundgebung gegen eine Veranstaltung der Salafisten-Szene. Seitdem hat Ralf Nieland an diversen Veranstaltungen der extremen Rechten teilgenommen, unter anderem an der *Gemeinsam stark Deutschland*-Demonstration am 8. Oktober 2016 in Dortmund. Am 14. April 2018 lief er — unter andrem zusammen mit den BD-Mitgliedern Kai Kratochvil, **Richard Lange** (D-Eller), **Steffan Reinhartz** (Solingen) und **Klaus Wille** (D-Garath) — auf dem „Europa erwache!“-Aufmarsch der neonazistischen Partei *Die Rechte* in Dortmund mit.

Kontakte und Vernetzung

In der Antwort der Landesregierung NRW vom 18. Januar 2019 auf eine „kleine Anfrage“ von *Bündnis 90/Die Grünen* heißt es, „dass die aus dem subkulturellen Rechtsextremismus stammenden Mitglieder der ‚Bruderschaft Deutschland‘ über persönliche Kennverhältnisse in der Szene verfügen“ würden. Der Begriff „Kennverhältnis“ mag bei der Partei *Die Rechte* gegebenenfalls zutreffen, bei der neonazistischen Kleinstpartei *Der III. Weg*, die Mitte März 2019 im Düsseldorfer Umland ihren „Stützpunkt Rheinland“ gründete, gehen die Kontakte aber weit über ein „Kennverhältnis“ hinaus. So nahm beispielsweise Reinhartz am 22. September 2018 in Parteikleidung am „Tag der Heimattreue“ des *Der III. Weg* in Olpe teil. Es steht zu vermuten, dass er Parteimitglied ist. Auch an kleineren Propaganda-Aktionen der Partei im Großraum Düsseldorf war Reinhartz beteiligt. An einzelnen Versammlungen und „Streifzügen“ der BD nahmen neben ihm auch noch mindestens zwei weitere *Der III. Weg*-Aktivisten teil.

Enge Kontakte unterhält die BD zudem zum Verein *Mönchengladbach steht auf e.V.* um den ehemaligen „stellvertretenden Regionalleiter-West“ von HoGeSa und ehemaligen *pro NRW*-Vizeparteivorsitzenden **Dominik Roeseler** und zur *First Class Crew* in Essen, die auch als *Steeler Jungs*, *Huttroper Jungs* und *Borbecker Jungs* auftritt. Die aus *Rot-Weiß Essen*-Hooligans und Rockern bestehende Gruppierung, die sich seit knapp eineinhalb Jahren als „Bürgerwehr“ zu inszenieren versucht und dazu jeden Donnerstagabend mit bis zu 100 Personen durch Essen-Steele „spaziert“, wird von der BD als ihr Vorbild bezeichnet. 2018 nahm die BD an mehreren „Spaziergängen“ in Essen teil, bevor am 7. Dezember 2018 die *Steeler Jungs* und die *Huttroper Jungs* die BD in Düsseldorf besuchten, um sich gemeinsam in der Altstadt zu präsentieren. Insgesamt kam man auf etwa 70 Personen. 2019 wurden die gegenseitigen Besuche fortgesetzt. Der intensive Kontakt zwischen der BD und der *First Class Crew* dürfte auf die Vernetzung und Fortführung von Strukturen der HoGeSa-Bewegung zurückzuführen sein, die bei der Mobilisierung rechter Hooligans für die extreme Rechte noch immer eine Rolle spielen, obwohl HoGeSa und der spätere HoGeSa-Ableger *Gemeinsam stark Deutschland* seit Jahren nicht mehr aktiv sind. Die gute Vernetzung zeigte sich beispielsweise am 20. September 2018 in Mönchengladbach, als am Tag nach dem Suizid des HoGeSa-Mitbegründers und Gründers von *Gemeinsam stark Deutschland* **Marcel Kuschela** („Captain Flubber“) etwa 350 rechte Hooligans und deren Umfeld an einem von Roeseler anberaumten „Trauermarsch“ teilnahmen. Optisch dominiert wurde dieser aufgrund ihrer Gruppen-T-Shirts von der *First Class Crew* und der von Kratochvil und Nieland angeführten und mit deutlich über zehn Mitgliedern angereisten BD, die damit die zahlenmäßig größten erkennbaren Gruppierungen waren.

„Sport frei“

Auch bei den Übergriffen auf Gegendemonstrant_innen am Rande der von den *Patrioten NRW* am 17. November 2018 unter dem Motto „Migrationspakt stop-

pen“ organisierten Demonstration in Düsseldorf spielte die mit etwa 30 Mann erschienene BD eine dominante Rolle. Nachdem zuvor durch Parolen wie „Schlagt sie tot!“ die Stimmung angeheizt worden war, griff ein größerer Pulk von rechten Hools — insbesondere aus den Reihen der BD, des *Begleitschutzes Köln* und aus der Mönchengladbacher Reisegruppe um Roeseler — gezielt Gegendemonstrant*innen an. Nieland und der BD-Aktivist **Miguel Arce-Luarca** aus Düsseldorf verletzten dabei zwei Gegendemonstrant*innen durch Faustschläge im Gesicht und am Hals. Beide wurden von der Polizei vorübergehend festgenommen. „War mir eine Genugtuung. Mann kann sich nicht alles gefallen lassen...“, kommentierte Nieland am Tag nach dem Aufmarsch seinen Angriff bei Facebook. Deutlich wurde aus Äußerungen von BD-Mitgliedern bei Facebook zudem, dass der Angriff geplant war. So drückte beispielsweise der als Wachmann und Türsteher tätige Klaus Wille — auf dem dazugehörigen Foto mit Sturmhaube und Teleskopschlagstock ausgerüstet — bereits am Vorabend seine Vorfreude aus: „Freu auf morgen — Sport frei“.

Generation 35+

In der bereits erwähnten Antwort der Landesregierung NRW heißt es, dass „mehr als 50 Personen konkret als Angehörige der ‚Bruderschaft Deutschland‘ zugeordnet“ werden könnten. Weiter wird ausgeführt: „Der Altersdurchschnitt der ausschließlich männlichen Mitglieder liegt bei rund 35 Jahren.“ Neonazistische „Bruderschaften“ würden, so schrieb das *Antifaschistische Infoblatt* im sehr empfehlenswerten Schwerpunkt seiner Ausgabe 110 (Frühjahr 2016), „von der Generation 35+ dominiert [...] Das Identitätsmodell, mit dem viele Neonazis der Generation 35+ in den 1990er und den frühen 2000er Jahren sozialisiert wurden, ist der Männerbund, der eine soziale und politische Einheit darstellt. Dieser verlangt Loyalität und lässt wenig Fluktuation und Widersprüche zu. In den ‚Aktionsgruppen‘ und popkulturell anmutenden Cliquen, die heute das Bild der Neonazis prägen, spiegelt sich dies alles nicht wider. Die Lebenswelt der Rockerszene liegt den ‚Alten‘ näher und da dort bereits Kameraden unterkamen, sind die Wege kurz. Die Bruderschaft bietet eine Plattform, auf der sich ihre Mitglieder als männlich, hart und kompromisslos präsentieren.“

Ausblick

So männlich, hart und kompromisslos sich die BD auch präsentiert, so sorgt sie sich doch um ihr Image, wie mehrere ihrer Stellungnahmen zeigen — die letzte vom 30. Januar 2019, am Tag vor einer Stadtteil-Informationsveranstaltung zum Thema „Bruderschaft“ und neun Tage vor einer 1.300-köpfigen antifaschistischen Bündnisdemonstration in Düsseldorf-Eller. Man lehne „jede Form von Extremismus kategorisch“ ab, so die BD. Und verstehe sich als „Bürger aus der Mitte der Gesellschaft“, deren Ziel es sei zu verhindern, dass Menschen Gewalt angetan werde, und um Opfern von Gewalt zu helfen. Schlussendlich stilisiert sich die BD sogar zum Opfer und beklagt, dass sie so behandelt werde, „wie im Nationalsozialismus jüdische Mitbürger behandelt wurden“. Schließlich habe ein Düsseldorfer Lokalpolitiker Gastwirte dazu aufgerufen, der BD „kein Gastrecht zu gewähren“.

In der Zeitspanne Dezember 2018 bis März 2019 konnte der Eindruck entstehen, dass die „Bruderschaft Deutschland“ angesichts des größer werdenden gesellschaftlichen Druckes, der unter anderem auch ein Hausverbot in ihrer Stammkneipe zur Folge hatte, zurückruderte. Als am 2. Februar 2019 erneut die *Patrioten NRW* in Düsseldorf demonstrierten, blieb die BD der Veranstaltung ebenso fern wie ihre „Brüder“ aus Essen und anderen Städten. Gleichzeitig versucht die BD aber, ihre „Spaziergänge“ fortzusetzen — was aktuell jedoch zumeist von der Polizei verhindert wird —, vernetzt sich zunehmend mit vergleichbaren Gruppierungen und der organisierten Neonazi-Szene und pflegt ihre Kontakte in die Rocker-Szene. Zu befürchten ist also, dass weitere Aktivitäten folgen werden. Eine Auseinandersetzung mit der BD wird demnach auch zukünftig nötig sein.

Der Autor Lucas Eriksson gehört dem Redaktionskollektiv von duesseldorf-rechtsaussen.de an.

Foto: www.03fotos.de | Filmstadt Inferno 1999

Von Simon Tolvaj

Tiefe moralische Verkommenheit

Der hessische Polizeiskandal am Beispiel zweier Polizisten aus Kitorf

Rassistische Drohbriefe und Gesänge, „Reichsbürger", Freundschaften mit Neonazis und Bewunderung der SS — das sind Schlagworte des Skandals um extrem rechte PolizeibeamtInnen in Hessen, der im Sommer 2018 aufkam und bis heute ständige Fortsetzung findet. Im März 2019 waren es 34 PolizistInnen, gegen die im Bundesland wegen „rechtsextremer Äußerungen oder Taten" ermittelt wird. Vier weitere wurden bereits versetzt oder entlassen. Ermittelt wird auch gegen zwei Polizisten-Brüder aus Kitorf in Mittelhessen.

Es ist Freitag und endlich Feierabend. „Hoch die Hände, Wochenende", heißt es in einem Post, den **Marcel G.** am 12. Oktober 2018 auf Facebook „liked". Der Spruch steht über einem Schwarz-Weiß-Foto, das drei Personen mit erhobenen Händen zeigt, die von zwei Männern in Uniformen und mit Maschinenpistole über eine Wiese getrieben werden — russische Kriegsgefangene und Soldaten der *Heeresgruppe Nord* 1941 in Estland. Die *Heeresgruppe Nord* war ein Verband der Wehrmacht, der über das Baltikum nach Leningrad vorstieß und die russische Metropole von Herbst 1941 bis Januar 1944 belagerte. In der Stadt starben über eine Million Menschen.
Der Post stammt aus der Facebook-Gruppe „Traditionsbuchreihe". Dort wünscht man den noch lebenden SS-Kameraden „noch viele Jahre in unseren Reihen", und den Todestag des SS-Kriegsverbrechers **Joachim Peiper**, der von Unbekannten getötet wurde, kommentiert man mit den Worten „Kein Vergeben, kein Vergessen!". Auch bei diesen Posts finden sich „Likes" von Marcel G. Er macht aus seiner politischen Einstellung keinen Hehl. Auf seiner Facebook-Seite, die bis Januar 2019 online war, gab er sich als Anhänger der AfD zu erkennen. Als die Polizei im Dezember 2018 sein Haus durchsuchte, stieß sie auf ein „museal eingerichtetes Zimmer mit diversen NS-Devotionalien". Zudem soll er in einem Chat von

(mindestens) einem weiteren Polizisten Nachrichten mit „mutmaßlich volksverhetzenden Inhalten" erhalten haben. Marcel G. ist Polizeibeamter und lebt in Kirtorf im Vogelsberg-Kreis. Derzeit ist er vom Dienst suspendiert. Grund dafür ist ein Vorfall im Jahr 2017, bei dem er und sein Bruder **Fabian G.**, ebenfalls Polizist, auf einer Kirmes rechte Parolen gerufen haben sollen. Das hätte für beide wohl keine größeren Konsequenzen gehabt, wenn die Geschichte nicht im Verlauf des hessischen Polizeiskandals öffentlich geworden wäre.

An der Person Marcel G. kann der Polizeiskandal veranschaulicht werden. Obwohl er wusste, dass gegen ihn ermittelt wird, setzte er weiterhin ungeniert seine „Likes" bei den Posts der AfD, der SS-Fanseite und beim Bild der Kriegsgefangenen, die ihrem sicheren Tod entgegen gingen. Er offenbart eine tiefe moralische Verkommenheit und zugleich das Allmachts-Gebaren eines Vertreters der Staatsgewalt, der glaubt, das Recht und die Moral von Berufs wegen gepachtet zu haben und unantastbar zu sein. Seine politische Einstellung, die sicherlich vielen KollegInnen und seinen Vorgesetzten bekannt war beziehungsweise diesen auffallen musste, hatte für ihn bislang offensichtlich nie negative Konsequenzen gehabt.

Wieder im Blickpunkt: Kirtorf

Der Kirtorfer Bürgermeister **Ulrich Künz**, der im März 2019 nach 40 Amtsjahren abgelöst wurde, sagt über die Brüder G. nur Gutes. Schließlich war sein Sohn zusammen mit Fabian G. in der *Jungen Union* aktiv. Künz hat Erfahrung darin, Probleme mit Neonazis klein zu reden. Bereits Mitte der 2000er Jahre stand die Kleinstadt im Fokus der Öffentlichkeit. Die Neonazigruppe *Berserker Kirtorf* hatte in einem ehemaligen Schweinestall mitten im Ort ihren Treffpunkt eingerichtet, wo sich zu Konzerten bis zu 250 Neonazis trafen. Dem Journalisten **Thomas Kuban** gelang es im Juli 2004, ein Konzert versteckt zu filmen. Die Band *Garde 18* und ihr Publikum sangen „Blut muss fließen, knüppelhageldick, wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik". Die Bilder davon gingen durch die Medien. Danach erließen die Behörden Auflagen, die nur noch kleine Versammlungen im Schweinestall zuließen, und in Kirtorf kehrte trügerische Ruhe ein.

Unter Neonazis verstehen etliche Menschen im Ort eine Subkultur von tätowierten und betrunkenen Menschen, die im Schweinestall etwas von „Judenblut" grölen. Mit dem Wegfall des Treffpunkts verschwanden demzufolge auch die Neonazis aus Kirtorf. Wer eine Familie und eine anständige Arbeit hat wie Marcel G. oder auch der langjährige *Berserker*-Anführer **Glenn Engelbrecht**, der mittlerweile vierfacher Vater ist, kann demnach also kein Neonazi sein.

Doch die *Berserker Kirtorf* bilde(te)n keine isolierte Szene, sondern waren und sind ins gesellschaftliche Leben integriert. Zu ihrer Hoch-Zeit in den 2000er Jahren war zu sehen, dass sich einige Personen, die den Vereinen und Dorfburschenschaften der Region angehörten, zu den *Berserkern* bekannten und mit ihnen feierten — und noch mehr erschienen in den Freundeslisten in den Sozialen Netzwerken. Auch Fabian G. befand sich 2008 im virtuellen Freundeskreis eines bekannten *Berserkers*.

Die Brüder G. bestreiten, jemals im Schweinestall gefeiert zu haben. Man kann ihnen das glauben. Doch sie halten keine erkennbare Distanz zu Engelbrecht, der mit der Zahl „88" auf dem Kennzeichen seines Autos durch den Ort fährt und 2017 mit Personen des *Combat 18*-Netzwerkes zu einem Neonazi-Konzert in Thüringen erschien. Noch im Januar 2019 war Engelbrecht Facebook-Freund von Marcel G., Fabian G. schickte ihm bis ins Jahr 2018 jedes Jahr dort persönliche Glückwünsche zum Geburtstag. Dass Polizisten — und sei es virtuell — einen stadtbekannten Neonazi als „Freund" anerkennen und ihm „Alles Gute" wünschen, war für die Brüder und für viele ihrer Bekannten und KollegInnen offensichtlich niemals ein Problem.

Vertrauen in den Korpsgeist

Der CDU-Innenminister der schwarz-grünen Koalition **Peter Beuth** will kein strukturelles Problem bei der Polizei erkennen, für ihn sind das alles „Einzelfälle". Dass eine eigens eingerichtete Sonderkommission des LKA mit Nachdruck gegen die eigenen KollegInnen ermittelt, glaubt niemand ernsthaft. Die betroffenen PolizistInnen scheinen darauf zu vertrauen, dass der Korpsgeist standhält.

JournalistInnen, die in Kirtorf auf Spurensuche waren, berichten, wie sie dort von der Polizei behindert wurden. Zwei Journalisten wurden einer längeren Kontrolle unterzogen und sahen sich dabei unverschämten Fragen ausgesetzt: Wohin sie denn wollten? Woher sie die Adressen der Brüder G. hätten? Eine Reporterin der *Tageszeitung* berichtet, sie habe mit den Brüdern ein Gespräch geführt, als zwei Polizeibeamte erschienen, sich einmischten und so das Gespräch beendeten. Dabei hatten sich die Brüder freiwillig mit der Journalistin unterhalten und ihr gegenüber nicht geäußert, dass sie sich belästigt fühlten. Als die Journalistin bei einem anderen suspendierten Polizisten erschien, forderte dieser sie auf, sofort zu gehen und kündigte ihr an: „Ich informiere das LKA." Ganz so, als ob er sich von den KollegInnen vom LKA Beistand gegen die Presse erhofft.

Keine langfristigen Konsequenzen zu befürchten

Beuth steht im hessischen Polizeiskandal enorm unter Druck, doch er wird von seiner Partei und dem grünen Koalitions-

partner gestützt und versucht, das öffentliche Interesse auf andere Schauplätze zu lenken. Im Moment hat er neben linken Freiräumen vor allem ungehorsame Fußballfans im Visier. Durch Schikanen und grobe Prügel-Einsätze gegen Frankfurter Ultras brachte die Polizei in den vergangen Monaten die große Mehrheit der *Eintracht*-Fans gegen sich auf. In etlichen Stadien solidarisierten sich Fans und protestierten gegen Polizeiwillkür, Polizeigewalt und Innenminister Beuth. Die Ultras in Potsdam-Babelsberg brachten es am 22. Februar 2019 bei einem Fußballspiel mit ihrem Transparent auf den Punkt: „Kümmer dich mal um deine Nazibullen, du Wind-BEUTHel!"

Ein Großteil der PolizistInnen, die im Verlauf des hessischen Polizeiskandals suspendiert wurden, wird wohl in den Dienst zurückkehren. Manche werden eine Rüge erhalten, vielleicht sogar versetzt werden, doch nur wenige wird man strafrechtlich belangen und entlassen. Die große Frage in den Medien ist derzeit, ob es rechte Netzwerke in der hessischen Polizei gibt. Viele Menschen, die rechte Sprüche, Demütigungen, Schikanen, Gewalt und die De-facto-Straffreiheit von PolizistInnen erfahren haben und weiter erfahren werden, nehmen den gesamten Polizeiapparat als ein rechtes Netzwerk wahr. Nicht nur ihnen ist klar, dass die bisher bekannt gewordenen 38 Fälle des hessischen Polizeiskandals nur die Spitze eines großen Eisbergs sind. Bei einer Podiumsdiskussion im Sommer 2018 in Frankfurt, bei der die Rechtsanwältin **Seda Başay-Yıldız**, **Nancy Faeser** (SPD) und *NSU-Watch Hessen* auftraten, berichtete eine Frankfurter Polizeibeamtin von ihren Überlegungen, den Dienst zu quittieren, weil sie den Rassismus der KollegInnen nicht mehr ertrage und ihre Beschwerden bei den Vorgesetzten ins Leere liefen.

Die Polizei ist freilich nicht homogen. Wohl gibt es in deren Reihen PolizistInnen, die nicht rechts eingestellt sind, jedoch auch eine unübersehbare Anzahl extrem Rechter bis hin zu Neonazis, die dort kaum etwas zu befürchten haben. Eine unabhängige Stelle, die Straftaten und extrem Rechte im Polizeidienst abseits der Dienstwege verfolgen kann, wäre ein erster kleiner Schritt. Doch die Polizei selbst spricht sich vehement gegen die Einrichtung einer solchen Stelle aus.

Der hessische Polizeiskandal — eine unvollständige Aufzählung

Im August 2018 erhielt die Frankfurter Rechtsanwältin **Seda Başay-Yıldız** per Fax eine rassistische Morddrohung gegen sich und ihre Familie, die mit „NSU 2.0" unterzeichnet war. Sie hatte unter anderem im NSU-Prozess Verwandte des ersten NSU-Opfers **Enver Şimşek** vertreten. Es stellte sich heraus, dass die Wohnadresse und andere sensible Daten der Familie kurz vor der Versendung des Faxes von einem Rechner des ersten Polizeireviers in Frankfurt abgerufen worden waren. Bei den weiteren Ermittlungen stieß man dort auf eine Gruppe von sechs PolizistInnen, die sich über Messenger-Dienste extrem rechte Sprüche und Symbole zuschickten. Başay-Yıldız ging an die Öffentlichkeit — und der hessische Polizeiskandal nahm seinen Lauf.

In der Folge wurden weitere Fälle bekannt, in denen PolizistInnen durch extrem rechte Einstellungen auffielen. So wurden im November 2018 die Wohnungen von zwei Polizeibeamten in Ost- und Westhessen durchsucht, die den „Reichsbürgern" zugerechnet werden. Mitte Dezember 2018 sangen vier Männer, einer von ihnen ein Polizeikommissarsanwärter, in einer Offenbacher Kneipe rassistische Lieder und schlugen auf Gäste ein, die sich dies verbaten. Zu dieser Zeit wurde bekannt, dass gegen Beamte des Polizeipräsidiums Südosthessen ermittelt wird, die in einer Chat-Gruppe Bilder mit „rechtsextremen Inhalt" ausgetauscht haben sollen. Im Januar dann kam bei einem Prozess in Halle an der Saale heraus, dass ein hessischer Polizist ein Mitglied der Neonazigruppe *Aryans* mit Informationen aus der Polizei-Datenbank versorgt hatte (vgl. Artikel in dieser LOTTA-Ausgabe). Seda Başay-Yıldız erhielt bis März 2019 drei weitere Drohungen, wobei die Diktion der Schreiben und die darin enthaltenen Informationen nahe legen, dass auch diese von Insidern im Polizeiapparat verfasst wurden.

Quellen- und Lesehinweise:

Dinah Riese: Polizisten, Brüder, Nazis? In: taz vom 25.01.2019.

Hanning Voigts: Gibt es eine Verbindung zum Netzwerk der früheren Neonazi-Kameradschaft? In: Frankfurter Rundschau vom 03.02.2019.

Foto: Bildwerk.Rostock

Martina Heinz und Carsten Müller am 1. Mai 2017 in Halle kurz vor den Angriffen auf eine Wandergruppe.

Von Sebastian Hell

„Ohne Polizei wärt ihr alle tot“

Der Prozess gegen zwei Mitglieder der „Aryans“ in Halle

Nach Angriffen am 1. Mai 2017 in Halle standen im Februar 2019 zwei hessische Mitglieder der „Aryans“ vor Gericht. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft löste dabei einiges Unverständnis aus, im Prozess blieben viele Fragen ungeklärt. Am Ende der Verhandlung standen lediglich Verurteilungen wegen (gefährlicher) Körperverletzung. Parallel wurde bekannt, dass die Bundesanwaltschaft wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt.

Die Protagonisten, die unter dem Gruppennamen *Aryans* seit dem 1.Mai 2017 im Fokus stehen, sind bereits weitaus länger in der extremen Rechten organisiert. Einzelne hatten sich schon 2015 mit mehreren Naziskins vornehmlich aus NRW zusammengeschlossen und nahmen unter dem Label *Division Braune Wölfe* (DBW) an Kundgebungen und Demonstrationen teil, teilweise mit eigenem Transparent. Das Bild der DBW wirkte martialisch und aus der Zeit gefallen, ebenso wie später bei den *Aryans*, die erstmals im März 2017 in Leipzig bei einem Aufmarsch in einheitlicher Kleidung auftraten. Skinhead-Style der 90er Jahre, einige offenbar angetrunken und bei jedem Auftreten vor Gewaltaffinität strotzend. So auch am 1. Mai 2016 in Bochum: Hinter dem Transparent der DBW lief unter anderen der in Halle angeklagte Carsten Müller. Im Vorfeld war er offenbar bereits an Auseinandersetzungen beteiligt. Müller wirkte lädiert, aber zufrieden.

So lässt sich eine wesentlicher Teil der Welt der *Aryans* zusammenfassen: Sie besuchen Aufmärsche, sehen sich, wie im Prozess einer der Zeugen aussagte, als „Schutzgruppe“ und suchen nach Möglichkeit die Konfrontation. Dies ließ sich auch in Halle beobachten: Kaum kam die Gruppe in den *Aryans*-Pullovern am Aufmarsch-Treffpunkt an, schrien sie Gegendemonstrierende an und forderten unverblümt zum direkten Duell auf. Kurz konnten sie sogar, offenbar an der Polizei vorbei, einige Demonstran-

t_innen angreifen. Das ganze wirkte impulsiv, ohne Strategie oder Rücksicht auf Verluste. Die Gruppe wurde von der Polizei weg eskortiert, aber die Mitglieder wirkten zufrieden — eine kurze Schlägerei, die Anfahrt hatte sich für die Neonazis bis dahin offenbar gelohnt. In dieser Situation zeigte ein Mitglied der Gruppe selbstbewusst den „Hitlergruß“, der im Nachgang eine Geldstrafe nach sich zog. Der geplante Aufmarsch in Halle wurde von Antifaschist_innen blockiert. Während „Autonome Nationalisten“ um das *Antikapitalistische Kollektiv* nach Apolda fuhren und dort eine Spontandemonstration versuchten, fuhren die *Aryans* weiter durch Halle. Im Prozess kam zur Sprache, dass sie auf der Suche nach Gegendemonstrierenden waren und zwischenzeitlich mit Autos Menschen jagten. Hierbei warf unter anderem die Angeklagte **Martina Heinz** einen Stein, wodurch ein Radfahrer verletzt wurde. Auf weitere Passant_innen wurden Flaschen und Steine geworfen, Gegendemonstrierenden wurde zugerufen: „Ohne Polizei wärt ihr alle tot!“. Letztendlich geriet eine Wandergruppe ins Blickfeld der Gruppe. **Carsten Müller** sprang aus dem Auto, mit wutverzerrtem Gesicht, bewaffnet mit einer Art Schlagstock — einem Starkstromkabel — schlug er auf Personen der Gruppe ein. Die Richterin sprach später von einem „Schlagwerkzeug, mit dem man auch Leute erschlagen kann“. Müller folgten laut verschiedenen Aussagen die Insass_innen beider Autos, insgesamt etwa zehn Personen. Fast alle trugen Pullover der *Aryans*.

Unmotiviert und verharmlosend

Im folgenden Verfahren gab die Staatsanwaltschaft ein fatales Bild ab. Während der Ermittlungen wurde die Wohnung von Müller im hessischen Linsengericht (bei Gelnhausen, Main-Kinzig-Kreis) durchsucht, mehrere Pistolen, Messer, Armbrüste, Schwarzpulver sowie mehrere Behälter mit Stahlkugeln wurden gefunden. Außerdem hieß es von Polizeiseite: „In nahezu jedem Raum [...] befanden sich Nazi-Devotionalien“. Bereits zu diesem Zeitpunkt irritierten die Aussagen der zuständigen Staatsanwältin: „Die Ausgestaltung der eigenen vier Wände ist, sofern keine Außenwirkung eintritt, in der Bundesrepublik Deutschland jedem überlassen“. Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass Müller die nationalsozialistischen Devotionalien öffentlich zeigen wollte. Sie resümierte: „Über Geschmack muss man bekanntlich nicht streiten“. Den Angriff der *Aryans* in Halle bezeichnete sie indes als „typisches Alltagsgeschäft“ und hatte zunächst nur am Amtsgericht Anklage erhoben, was das Strafmaß von vornherein auf zwei Jahre beschränkt hätte. Das Auftreten und die Angriffe der Gruppe gingen „nicht über das hinaus, was bedauerlicher Weise im Umfeld sogenannter politischer Veranstaltungen inzwischen üblich ist“, so ihre Bewertung. Die Anwälte der Nebenklage warfen ihr daraufhin vor, die neonazistische Gewalttat zu verharmlosen und zu bagatellisieren. Vor dem Hauptverfahren wurde sie schließlich ausgetauscht.

In der Hauptverhandlung kamen weitere Ungereimtheiten im Vorgehen der Ermittlungsbehörden zur Sprache: So wurden während der Hausdurchsuchung bei Müller fünf Smartphones von ihm und der zu dieser Zeit de facto bei ihm...wohnenden Mitangeklagten Heinz gefunden. Nachdem zwei Telefone von Martina Heinz ausgewertet waren und der Chatverlauf zwischen den beiden Angeklagten dokumentiert war, stoppte die Staatsanwältin die Auswertung der weiteren Telefone, da sie diese für unnötig hielt. Dass sich auf den Telefonen von Müller auch relevante Kommunikation mit weiteren beteiligten Gruppenmitgliedern befunden haben könnte, verkannte die Staatsanwältin. Möglicherweise verhinderte sie so sogar weitere Ermittlungen. Verstörend wirkt dies vor allem vor dem Hintergrund, dass nur gegen die Hälfte der Personen, die in den beiden Autos saßen, ermittelt wurde. Von den fünf eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurden auch noch drei Verfahren eingestellt, da den Angeklagten keine direkte Tatbeteiligung nachgewiesen werden konnte. Von den eingangs eingeleiteten Ermittlungen wegen Landfriedensbruchs wurde bereits recht früh wieder Abstand genommen. Die Nebenklage hat nach Prozessende angekündigt, weitere mutmaßliche Angreifer anzuzeigen.

Es ist vor allem der engagierten Nebenklage zu verdanken, dass der Prozess letztendlich vor dem Landgericht verhandelt wurde und dass ein bedeutender Teil des Tatgeschehens aufgeklärt wurde. Sie drängte immer wieder darauf, die Gruppenstruktur der *Aryans* aufzudecken und versuchte, ebendiese zum Prozessbestandteil zu machen. Dahingegen verhielt sich der nun für das Verfahren zuständige Staatsanwalt auffallend passiv, wirkte unmotiviert und stellte nur vereinzelt Fragen. Überraschend kam daher sein Plädoyer, das detailreich den Tatablauf darstellte und eine klare rechtliche Bewertung lieferte. Auch in der Forderung nach dem Strafmaß für Carsten Müller wich er erheblich von der Bewertung seiner Vorgängerin ab. Hatte diese durch die Anklage vor dem Amtsgericht das Strafmaß faktisch auf zwei Jahre beschränkt, forderte ihr Kollege nun drei Jahre und acht Monate Haft. Müller wurde am Ende unter Berücksichtigung seiner Vorstrafen zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Seine Akte weist unter anderem Besitz von verbotenen Waffen (eine Armbrust mit Laserzielvorrichtung), fahrlässiges Führen einer Schusswaffe sowie Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen auf.

An der Urteilsbegründung kritisierte der *Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen* vor allem die festgestellte Tatmotivation. So soll Müller im Vorfeld des Aufmarsches eine Sektflasche gegen den Kopf bekommen haben. Hieraus wurden in der Urteilsbegründung die Tatmotive Frust (über den gescheiterten Aufmarsch) und Rache (für die Verletzung mit der Flasche) abgeleitet. Keine Beachtung schenkte das Gericht hingegen dem menschenverachtenden Antrieb der Angeklagten, politisch Andersdenkende einzuschüchtern und anzugreifen.

Die Polizei-Connection

Martina Heinz aus Ober-Ramstadt (Landkreis Darmstadt-Dieburg) erhielt eine Strafe von einem Jahr und zwei Wochen, die auf Bewährung ausgesetzt wurde. Im Prozess kam auch heraus, dass sie 2016 ihren Ex-Partner, der zu dieser Zeit bei der hessischen Polizei arbeitete, um Informationen über Personen gebeten hatte. Der Polizist besorgte die Informationen aus dem Dienstcomputer und gab sie an sie weiter. Nach Darstellung des hessischen Innenministeriums wollte der mittlerweile in ein anderes Bundesland versetzte Polizist Heinz vor Neonazis warnen. Doch die Motivation war offensichtlich eine andere, sie und Müller vermuteten, wie aus einem ausgewerteten Chat der beiden hervorgeht, einen Verräter in ihrem damaligen Umfeld. Die Abfrage über den Polizisten könnte also durchaus dazu gedient haben, Gewissheit über den vermeintlichen Verräter zu erlangen. In der Mitteilung des Innenministeriums wird insgesamt suggeriert, Martina Heinz habe zu dieser Zeit noch gar nichts mit der Neonaziszene zu tun gehabt. Doch bereits im Oktober 2014 nahm sie zunächst in Frankfurt an einem Aufmarsch von *La Familia Süd* teil, an dem neben diversen Hooligans auch bekannte Neonazis aus Hessen und Baden-Württemberg teilnahmen. 2015 beteiligte sie sich auch an einer Kundgebung des Frankfurter PEGIDA-Ablegers. Doch nicht nur diverse Aufmarschteilnahmen, auch das Facebook-Profil von Heinz zeigte zu dieser Zeit ihre Nähe zur NS-Ideologie. Beispielsweise postete sie ein NS-Poster mit der Aufforderung: „Deutsche Frau! halt dein Blut rein.“

Die Behauptung des hessischen Innenministeriums erscheint somit sehr fragil. Schließlich wurde bekannt, dass zum Zeitpunkt der Veröffentlichung kein polizeiinternes Verfahren gegen den Polizisten angestrengt wurde. Die lapidare Erklärung: dieser sei zwischenzeitlich auf eigenen Wunsch in ein anderes Bundesland versetzt worden, ein Disziplinarverfahren sei somit nicht mehr möglich. Vor dem Amtsgericht Dieburg musste sich der Polizist am 21. März dennoch verantworten und wurde zur Zahlung von insgesamt 6.750 Euro Strafe verurteilt. Martina Heinz wurde wegen Anstiftung zu einer Zahlung von 1.875 Euro verurteilt. Außerdem soll nun doch wieder ein Disziplinarverfahren im Raum stehen, obwohl dies laut Innenministerium durch die Versetzung als nicht möglich galt.

Terroristische Vereinigung?

Während vor Gericht anfangs versucht wurde, eine organisierte Gruppenstruktur gänzlich zu leugnen, kristallisierte sich mit jedem weiteren Zeugen ein immer deutlicheres Bild einer selbsternannten „Schutzgruppe“ heraus, die regelmäßig bundesweit bei Aufmärschen auftrat. Als deren Rädelsführer wurde der angeklagte Müller bezeichnet, auf den auch der Vertrieb der *Aryans*-Pullover, so die Erkenntnisse im Prozess, zurückgeht. Noch während der Prozess lief, wurde außerdem bekannt, dass die Bundesanwaltschaft gegen fünf Personen der *Aryans* wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt. Unterdessen haben die beiden Verurteilten aus dem Prozess in Halle Rechtsmittel eingelegt und wollen das Urteil vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe überprüfen lassen.

—

Im AIB 115 / 2.2017 erschien der Artikel „Angriff auf Jugendliche am 1. Mai 2017 in Halle“ über die *Aryans*, dieser ist auch online abrufbar.

Foto: Robert Rutkowski

„Patrioten NRW" am 2. Februar 2019 in Düsseldorf.

Unter freiem Himmel

Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 1. Quartal 2019

Vorbemerkung der LOTTA-Redaktion

Nicht erst seit gestern wird es immer schwieriger, die Rubrik „Unter freiem Himmel — Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen" mit dem Anspruch auf Vollständigkeit zusammenzustellen. Aufmerksame Leser_innen der LOTTA werden bestimmt hin und wieder einzelne Events vermisst haben. Immer mehr Akteure und Akteurinnen sind im rechten Spektrum unterwegs, darunter diverse im inhaltlichen Graubereich zwischen rechts und extrem rechts. Zudem gibt es immer mehr kleine, eindeutig extrem rechte Aktionen, die sich irgendwo zwischen Infostand und Kundgebung bewegen. Wortschöpfungen der extremen Rechten wie „Infostandkundgebung" oder „Mahnwacheninfostand" deuten das beschriebene Problem an. Teilweise dringen Infos über das Stattfinden kleiner Aktionen auch nicht rechtzeitig bis zur LOTTA-Redaktion vor. Noch problematischer wird es bei den bis heute nicht in LOTTA aufgeführten „Spaziergängen" aus dem extrem rechten Hooligan-Spektrum. Beispielsweise denjenigen, die seit vielen Monaten in Essen-Steele stattfinden. Kriterium für eine Aufnahme in die Rubrik warbisher immer, dass sich die jeweilige demonstrative extrem rechte Aktion unter freiem Himmel (also keine Saalveranstaltung) an die Öffentlichkeit richtete bzw. öffentlich wahrgenommen wurde (interne Kranzabwürfe bei „Heldengedenken" zählen nicht dazu) und dass Ansprachen an die Öffentlichkeit gerichtet wurden....
Lange Rede, kurzer Sinn: Wir arbeiten dran. Je mehr Infos und Eindrücke wir von unseren Leser_innen bekommen, desto besser. Schickt bitte Hinweise auf anstehende Aktionen der extremen Rechten in NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen sowie zeitnahe Berichte über stattgefundene Aktionen an lotta-redaktion@no-log.org. Vielen Dank!

Die AfD in NRW und RLP

Wenige Stunden vor einem abendlichen „Bürgerdialog" der AfD-Landtagsfraktion NRW zum Thema „Integration ohne Leitkultur?" am **11. Februar 2019** im kreiseigenen Schloss „Haus Opherdicke" in **Holzwickede (Kreis Unna/NRW)** führte die Partei auf dem öffentlichen Schlossgelände eine angemeldete „Mahnwache" zum

Thema Abtreibungen durch. Polizeiangaben zufolge nahmen 25 Personen teil.

Am **13. März 2019** veranstaltete die rheinland-pfälzische Landtagsfraktion der AfD in **Worms (RLP)** eine „Mahnwache" anlässlich der Tötung einer 21-jährigen Frau eine Woche zuvor. Es nahmen etwa 160 Personen teil.

Weitere „Abendlandretter" in NRW und RLP

Das *Frauenbündnis Kandel* veranstaltete im ersten Quartal 2019 vier Demonstrationen. Dabei wurde aufgrund von Bauarbeiten auf der gewohnten Route teilweise auf umliegende Städte ausgewichen. Am **12. Januar 2019** nahmen 150 Personen an einer Demonstration in **Kandel (Landkreis Germersheim/RLP)** teil, am **19. Januar und 2. Februar 2019** waren es etwa 50 bzw. 60 in **Wörth am Rhein (Landkreis Germersheim/RLP)** und am **9. März 2019** etwa 100 Personen in **Landau in der Pfalz (RLP)**.

Nachdem am 17. November 2018 noch um die 450 „Patrioten" dem Ruf der Kleinstgruppierung *Patrioten NRW* nach **Düsseldorf (NRW)** gefolgt waren, erschienen am **2. Februar 2019** nur noch um die 130, um mit einer Kundgebung mit anschließender Demonstration gegen „Gewalt auf unseren Straßen" zu protestieren. Im Gegensatz zum 17. November blieb die rechte Hooligan-Szene der Veranstaltung fern.

Um eine AfD-„Bürgerdialog"-Veranstaltung von Gegenprotesten abzuschirmen, organisierte der extrem rechte Verein *Mönchengladbach steht auf e.V.* um seinen Vorsitzenden Dominik Roeseler für den **6. Februar 2019** in **Mönchengladbach (NRW)** eine Kundgebung vor dem Veranstaltungsgebäude mit anschließender Demonstration. Es nahmen etwa 100 Personen teil.

Am **8. März 2019** folgten gerade einmal fünf Personen dem Aufruf von Heidi Mund zu einer Kundgebung unter dem Motto „Weltfrauentag 2019. Für unsere Freiheit" auf der Einkaufsmeile „Zeil" in **Frankfurt am Main (Hessen)**.

Zu einer demonstrativen Aktion unter dem Motto „Recht und Sicherheit für unser Land" am **23. März 2019** in **Bielefeld (NRW)** war unter anderem von den *Patrioten NRW* mobilisiert worden, die aber offenbar nicht Veranstalter waren. Angemeldet hatte die Veranstaltung Ralph Lange aus Blomberg (Kreis Lippe/NRW). An der Kundgebung nahmen letztendlich nicht mehr als zehn Personen teil.

Rechte „Gelbe Westen"-Aktionen in NRW

Mehrere rechte und extrem rechte Player in NRW versuchen seit dem Vorjahr, an die populären Gelbwesten-Proteste in Frankreich anzuknüpfen und ihren Anliegen dadurch mehr Bedeutung zu verleihen. Dazu gehören unter anderem die Kreise um Dominik Roeseler aus Mönchengladbach sowie Thomas Matzke aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Im ersten Quartal 2019 fanden mindestens acht demonstrative Aktionen statt: am **17. und 24. Februar 2019** sowie **10. März 2019** in **Mönchengladbach**, am **23. Februar 2019** in **Siegburg (Rhein-Sieg-Kreis)**, am **2. März 2019** in **Dortmund** und **Aachen** sowie am **22. und 30. März 2019** in **Unna (Kreis Unna)**. An keiner dieser Aktionen nahmen mehr als 30 Personen teil, zumeist waren es sogar deutlich weniger.

Neonazi-Aktionen in NRW, RLP und Hessen

Unter dem Motto „Wir werden aktiv — komm und mach mit! UN-Migrationspakt und Multikulti-Chaos stoppen!" versammelten sich am **5. Januar 2019** etwa 50 Personen zu einer Kundgebung der Partei *Der III. Weg* in **Speyer (RLP)**.

Eine „erfolgreiche Kundgebung in **Kerpen" (Rhein-Erft-Kreis)** vermeldete Anfang Februar der Kreisverband Rhein-Erft der *Die Rechte* für den 2. Februar 2019. Motto: „Gesinnungsjustiz stoppen! Ursula Haverbeck ins Europaparlament!" Vom Veranstalter veröffentlichte Bilder der Aktion lassen auf um die sieben TeilnehmerInnen schließen.

Ebenfalls am **2. Februar 2019** fand in bekannter Manier die Kundgebungs-„Tour der Gerechtigkeit" der Partei *Die Rechte* unter dem Motto „Volksgemeinschaft statt Überfremdung! Nationalen Sozialismus durchsetzen!" in **Alzey, Wörstadt und Wöllstein (Landkreis Alzey-Worms/RLP)** statt. Es beteiligten sich etwa zehn Personen aus den Reihen der *Die Rechte*, der *Kameradschaft Rheinhessen* und des *Nationalen Widerstands Zweibrücken*. Am **16. Februar 2019** folgten knapp 150 Neonazis dem Aufruf des *Der III. Weg* nach **Fulda**. Unter dem Motto „Ein Licht für Dresden" liefen sie mit Fackeln durch die Stadt.

Eine „Infostandkundgebung der sozialen Heimatpartei zur diesjährigen Europawahl" führte die NPD NRW am **22. Februar 2019** mit einer Handvoll Personen in **Duisburg (NRW)** durch.

Unter dem Motto „Justizwillkür, staatliche Repressalien und Polizeischikanen einen Riegel vor!" führte der Kreisverband Gelsenkirchen/Recklinghausen der *Die Rechte* am **9. März 2019** in **Gelsenkirchen (NRW)** eine Kundgebung durch. Anlass sei, dass zuvor der Polizeiliche Staatsschutz mehrmals versucht habe, den DR-Kreisvorsitzenden Henry Schwind „einzuschüchtern". Bildern des Veranstalters zufolge nahmen maximal 15 Personen teil.

Am **9. März 2019** veranstaltete der *Nationale Widerstand Zweibrücken* eine Kundgebungstour unter dem Motto „Fahrt der Erinnerung" von Blieskastel über Neunkirchen (beides Saarland) nach Kaiserslautern (RLP). Es nahmen etwa 20 Personen teil.
Für den **14. und 23. März 2019** veranstaltete der *Nationale Widerstand Zweibrücken* jeweils einen Fackelmarsch zum Thema „Gedenken an die Opfer des alliierten Bombenholocaust" durch **Zweibrücken (RLP)**. Es nahmen jeweils um die 20 Personen teil.
Um die 60 Neonazis nahmen am **16. März 2019** an einem Aufmarsch des *Der III. Weg* in **Mettmann (Kreis Mettmann/NRW)** teil. Motto: „Europa Erwache! Europäische Eidgenossenschaft statt EU-Diktatur!" *Der III. Weg* wird am 26. Mai 2019 zur Europawahl antreten. Der angemeldete Aufmarsch, dem die Gründung des Partei-„Stützpunktes Rheinland" in Leverkusen folgte (siehe Kurzberichte in dieser Ausgabe), war zuvor nicht öffentlich angekündigt worden. Die zuständige Kreispolizeibehörde unterließ es ebenso wie der von ihr informierte Bürgermeister von Mettmann, die Öffentlichkeit zu informieren, was scharfe Proteste zur Folge hatte. Während des Aufmarsches nahm die Polizei die Personalien von 59 TeilnehmerInnen wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Uniformverbot gemäß §§ 3, 28 Versammlungsgesetz auf. Die Kreispolizeibehörde teilte später auf Anfrage schriftlich mit: „In NRW haben 4 Versammlungsteilnehmer ihren Wohnsitz, davon 2 im Kreis Mettmann, die übrigen Teilnehmer kamen schwerpunktmäßig aus den Ländern Rheinland-Pfalz, Hessen, Sachsen, Thüringen und Berlin."
Am **21. März 2019** fand in **Dortmund** eine „Mahnwache gegen Kinderschänder" der Partei *Die Rechte* statt, es beteiligten sich um die 50 Neonazis.
Um die 30 Neonazis der Partei *Die Rechte* und der *Aktionsgruppe Dortmund-West* hielten am Abend des **22. März 2019** in **Dortmund** eine „Mahnwache gegen die Ghettoisierung von Dortmund-Westerfilde" ab.

„Lebensschützer" in Hessen

Am **6. Februar 2019** hielten acht AbtreibungsgegnerInnen vor der Praxis der Frauenärztin Kristina Hänel in **Gießen** eine Mahnwache ab. Die sogenannten „Lebensschützer" protestierten gegen Hänels Kampagne gegen den Paragrafen 219a StGB („Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft").
Seit dem **6. März 2019** läuft ein erneuter Kundgebungsmarathon der Kampagne „40 Tage für das Leben" vor der *Pro Familia*-Beratungsstelle in **Frankfurt am Main**. Bis zu 20, in der Regel aber weniger AbtreibungsgegnerInnen demonstrieren 40 Tage lang (**bis zum 14. April 2019**) vor der Beratungsstelle. Ihre Vision: „Das Stoppen von Abtreibung im deutschen Volk und die Rettung der Seelen."

„Staatenlos" in Köln

Ihren Kampf für eine „Souveränität von Deutschland" setzte die dem „Reichsbürger"-Milieu zugehörige Gruppierung *Staatenlos.info* (vgl. Lotta #70, S. 34) auch 2019 mit Kundgebungen mit wenigen Teilnehmenden am **26. Januar 2019** und am **23. Februar 2019** in **Köln (NRW)** fort. Seit Ende 2018 tritt die Gruppierung in gelben Westen auf.

Kurzmeldungen

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

RechtsRock (NRW, Hessen, RLP)

Auf der Bühne

Die Band *Flak* aus dem Großraum Bonn trat am 4. und 5. Januar 2019 in Finnland auf, sowohl als gesamte Band als auch in Gestalt von **Philipp Neumann**, also solo als Liedermacher. Am 16. Februar 2019 garnierte Neumann zudem im „Haus Montag" in Pirna (Sachsen) musikalisch eine Vortragsveranstaltung mit **Olena Semenyaka** zum Thema „Die AZOV-Bewegung im ukrainischen Wahljahr". Im Rahmen der Jahresauftaktveranstaltung der JN/NPD Hessen am 5. Januar 2019 in Büdingen (Wetteraukreis) fand ein Konzert statt, bei dem *Die Lunikoff Verschwörung*, *Oidoxie* und *Germanium* auftraten. Am 12. Januar 2019 spielte *Brigade 88* auf einem Liederabend in Kamp-Lintfort (Kreis Wesel/NRW). Am gleichen Abend traten die LiedermacherInnen *Fylgien* und *Aria* im „Zuchthaus" in Hamm auf. Einen Liederabend mit *FreilichFrei* aus Sachsen verhinderte die Polizei am 9. Februar 2019 im hessischen Mühltal (Landkreis Darmstadt-Dieburg/Hessen). *Smart Violence* aus NRW stand am 26. Februar 2019 im chilenischen Puerto Montt auf der Bühne. *FreilichFrei* und **Martin Böhne** aus Hamm von *Sturmwehr* und *Sleipnir* traten am 2. März 2019 auf einem Liederabend in Berlin auf....Unter dem Motto „Den Germanen ein Lied" trat am 9. März 2019 der thüringische Liedermacher *Hermunduren* im „Zuchthaus" in Hamm auf. Für den 16. März 2019 war im Kreis Heinsberg (NRW) ein „Balladenabend" mit der Bremer Band *Kategorie C* im „Crossed Pistons Saloon" (Clubhaus des *Outlaws MC Heinsberg*) angekündigt. Der Kreis um den Neonazi **Kevin Guiliani** (*Volksgemeinschaft Niederrhein)* organisierte für den 23. März 2019 einen Liederabend mit *Villain 051* im Kreis Wesel (NRW). Am 6. April 2019 soll ein vom *Germaniaversand* veranstaltetes „Treffen der Generationen" mit **Klaus Grothjahn** „von der SS-Division ‚Nordland'" stattfinden. Anschließend ist ein Liederabend mit *Julmond* angekündigt

RechtsRock (NRW, Hessen, RLP)

Auf dem Plattenteller

Beim Label „Das Zeughaus" veröffentlichte *Brigade 88*, das Projekt um **Kevin Link** aus Hessen, im Februar 2019 die CD „Für uns gefallen als Soldat". Im März 2019 erschien die neue CD „Werwolf Revolte" der aus dem Raum Frankfurt kommenden Band *Nordglanz*. Seit Mitte März 2019 kursiert im Netz Werbung für den Sampler „Combat 18 Deutschland". Auf dem im Untergrund erschienenen Tonträger sind auch drei Lieder der Dortmunder Band *Oidoxie*.

Parteien (NRW)

„Pro NRW" hat fertig

Zwölf Jahre nach ihrer Gründung hat sich die extrem rechte Partei *Bürgerbewegung pro NRW* aufgelöst. „Heute fand unter meiner Versammlungsleitung in Siegen ein außerordentlicher PRO NRW-Parteitag statt", teilte der *pro NRW*-Vorsitzende **Markus Beisicht** am 24. März 2019 mit. „Mit diesem Parteitag zog die Partei dramatische Konsequenzen aus der gegenwärtigen politischen Lage. Man verzichtet einstimmig auf den Parteistatus und verabschiedete sich ebenfalls einstimmig als politische Partei !!" Man strebe als „überparteilicher Verein im vorpolitischen Raum unter dem Vorsitz des Siegener Kreisvorsitzenden [**Franz Herbert**] **Schneider**" einen „kraftvollen Neustart unter einem unbelasteten Namen" in „Kooperation mit der *Bewegung Gelbe Westen e.V.* und der Partei ADPM unter **André Poggenburg**" an. In Leverkusen sei bereits der *Aufbruch Leverkusen* gegründet worden, der zu den Kommunalwahlen 2020 antreten werde. „Im schicksalhaften Landtagswahlkampf in Sachsen" werde man die ADPM unterstützen.

Parteien (NRW)

„Der III. Weg“: „Stützpunkt Rheinland“ gegründet

Nach 15-monatigem Vorlauf hat die neonazistische Partei *Der III. Weg* am 16. März 2019 „im Rahmen eines Schlageter-Gedenkens“ einen „Stützpunkt Rheinland“ gegründet — nach „Sauerland-Süd“ und dem zuletzt inaktiven und inzwischen offenbar wieder aufgelösten „Stützpunkt Hermannsland“ die dritte „Stützpunkt“-Gründung in NRW. Austragungsort war Leverkusen-Steinbüchel, wo unter Vortäuschung einer privaten Geburtstagsfeier Räumlichkeiten einer Schützengesellschaft angemietet wurden. Zuvor, am Nachmittag des 16. März, war die Partei mit etwa 60 Personen in Mettmann aufmarschiert. Zuständig sei der neue „Stützpunkt“, so *Der III. Weg*, für den „Großraum Düsseldorf/Köln“. Der Name des „Stützpunktleiters“ wird nicht genannt. Die Räumlichkeit habe ein „Herr Schneider“ aus Monheim (Kreis Mettmann) angemietet, ließ ein Sprecher der von der *Antifaschistischen Aktion Leverkusen* (aalev) informierten Schützengesellschaft verlauten.

Foto: pixelarchiv.org

Delegation der „Die Rechte“ beim „Tag der Ehre“ in Budapest.

Parteien (NRW)

„Die Rechte“, „Der III. Weg“ und die JN auf Reisen

Jährlich im Februar finden mit dem „Tag der Ehre“ in Budapest und dem „Lukov Marsch“ in Sofia zwei europaweit bedeutende Aufmärsche der neonazistischen Szene statt. Am 9. Februar 2019 nahm eine kleinere Delegation der Partei *Die Rechte* um **Michael Brück**, **Matthias Deyda** (beide Dortmund) und **Markus Walter** (Rhein-Erft-Kreis) an der geschichtsrevisionistischen Gedenkveranstaltung in Budapest teil. Unter den rund 300 TeilnehmerInnen des Aufmarsches befanden sich Delegationen militanter NS-Strukturen wie *Blood & Honour — Combat 18 Hungary*, den „Hammerskins“ aus Ungarn, der Schweiz und Deutschland sowie der *Nordischen Widerstandsbewegung* aus Skandinavien. Am 16. Februar 2019 reiste eine rund 60-köpfige Gruppe deutscher Neonazis nach Sofia. Die deutschen Teilnehmenden stellten einen eigenen Block innerhalb des 2.000 Personen umfassenden Aufmarsches. Unter ihnen befanden sich Vertreter der Kleinstpartei *Der III. Weg* und der *Jungen Nationalisten* (JN) sowie bekannte Gesichter aus den Strukturen der *Die Rechte* aus NRW. Michael Brück steuerte einen Redebeitrag bei.

Parteien (NRW)

REPs haben fast fertig

Kaum noch etwas zu hören ist von der extrem rechten Partei *Die Republikaner*. Das Vorhaben der Partei, bei den Europawahlen am 26. Mai 2019 anzutreten, hat sich in Luft aufgelöst. Auf dem REP-Landesparteitag NRW wurde am 26. Januar 2019 ein neuer Landesvorstand gewählt. **Andre Maniera** (Düsseldorf) wurde als Landesvorsitzender bestätigt, als stellvertretende Landesvorsitzende wurden **Volker Marsch**, **Andreas Wirtz** und **Michael Felgenheuer** gewählt. Ziel sei „der Ausbau der Untergliederungen“ als „Grundstein für weitere Kommunalwahlantritte 2020“. Aktuell werde „dieses Projekt bereits in den Städten Mönchengladbach, Hagen und Viersen umgesetzt“. Auf ihrem Bundesparteitag am 9. März 2019 wählten die REP einen neuen Bundesvorsitzenden. Der bisherige Parteivorsitzende, **Kevin Krieger** aus dem Rhein-Erft-Kreis (NRW) stand nicht mehr zur Verfügung. Neuer Parteivorsitzender ist Michael Felgenheuer aus Mönchengladbach. Stellvertretende Bundesvorsitzende sind **Tilo Schöne** (Bayern), **Maximilian Meurer** (Rheinland-Pfalz), Andreas Wirtz (NRW) und **Mike Baumgärtel** (Sachsen).

IB und „Reichsbürger“ (Hessen)

Festnahmen und Hausdurchsuchungen

Im Zuge einer Plakat-Aktion der *Identitären Bewegung* an diversen Redaktionsgebäuden kam es am 14. Januar 2019 vor dem Gebäude der *Frankfurter Rundschau* zu einer frühzeitigen Beendigung eben dieser. Zehn Personen wurden bereits bei ihrer Ankunft von der Polizei gestoppt. Im Rahmen von Hausdurchsuchungen am 24. Januar 2019 in Hessen und Bayern wurden Wohnungen mutmaßlicher „Reichsbürger“ in Frankfurt, Försheim und Hattersheim durchsucht.

Vor Gericht (NRW)

Prozessauftakt gegen Feldmann

Am Dortmunder Amtsgericht begann am 28. März 2019 der Prozess gegen den Dortmunder Neonazi **Steven Feldmann** wegen gefährlicher Körperverletzung, antisemitischen Bedrohungen, Beleidigungen und Raub (vgl. Lotta #73). Der Hauptbelastungszeuge erschien aus Angst nicht vor Gericht. Der Prozessauftakt wurde sowohl durch Neonazis, als auch durch Antifaschist*innen begleitet. Feldmann wurde von etwa 20 „Kameraden" unterstützt, von denen drei aufgrund von Zwischenrufen des Saales verwiesen wurden. In einer Pressemeldung der *Autonomen Antifa 170* heißt es: Die Nazis „schubsten und bedrohten die anwesenden Antifaschist*innen und drängten sie vom Gerichtssaal weg. Statt gegen die aggressiven Neonazis vorzugehen, richteten sich die Justizwachtbeamt*innen gegen die Unterstützer*innen und verwiesen diese aus dem Bereich vor dem Gerichtssaal. Später wurde Nazi-Gegner*innen durch die Polizei ein Betretungsverbot für das Gerichtsgebäude ausgesprochen." Feldmann lässt sich durch den extrem rechten Anwalt **André Picker** vertreten. Der Prozess wird am 11. April fortgesetzt.

Parteien (NRW)

„Die Rechte" Dortmund

Zum 1. Januar 2019 ist der ehemalige Dortmunder AfD-Kreissprecher **Bernd Schreyner** Mitglied der Partei *Die Rechte* geworden. Am 25. Januar 2019 wurde der ehemalige NPD-Politiker **Wolfgang Mond**, der zuletzt Bundesschatzmeister der Partei *Die Rechte* war, in Hagen beerdigt, an der Beerdigung nahmen mehrere Mitglieder der Partei *Die Rechte* teil. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, weil bei der Beerdigung möglicherweise eine Hakenkreuzfahne mitgeführt wurde. Am 27. Januar 2019 störten acht Neonazis mit antisemitischen Parolen und dem Transparent „Israel ist unser Unglück" die Aktion „Gedenkbahn" des *Jugendrings Dortmund* zum Holocaust-Gedenktag in Dortmund. Die Neoazis erhielten Platzverweise, das Transparent wurde beschlagnahmt. Am 30. Januar 2019, dem Jahrestag der Machtübertragung an Adolf Hitler, überreichte *Die Rechte* ihre gesammelten Unterstützungsunterschriften zur Teilnahme an der Europawahl am 26. Mai 2019. Am 12. März 2019 führten etwa 20 Dortmunder Neonazis eine Gedenkveranstaltung mit Fackeln auf dem Hauptfriedhof durch, um an die Bombardierung Dortmunds im Zweiten Weltkrieg zu erinnern. **Daniel Grebe** hielt dabei eine Rede, **Marina Liszczewski** legte ein Blumengesteck nieder. Am 15. März 2019 wurde *Die Rechte* vom Bundeswahlausschuss zur Europawahl zugelassen, ebenso wie *Der III. Weg* und die NPD. **Michael Brück** und **Sascha Krolzig** traten dabei in T-Shirts mit dem Konterfei der 89-jährigen Holocaustleugnerin **Ursula Haverbeck** auf, die als DR-Spitzenkandidatin zur Europawahl fungiert. Vom 15. bis 17. März 2019 fand ein „Schulungswochenende" der Partei *Die Rechte* im Ruhrgebiet statt.

Parteien (NRW)

AfD-Neujahrsempfang

Etwa 300 Gäste folgten am 22. Februar 2019 der Einladung des AfD-Kreisverbandes Münster zum Neujahrsempfang in das historische Rathaus Münsters. Moderator war der stellvertretende Kreisvorsitzende **Holger Lucius**. Auf der Veranstaltung sprachen der AfD-Bundessprecher **Jörg Meuthen**, **Michael Espendiller** (MdB), die Landesvorsitzenden **Helmut Seifen** und **Thomas Röckemann**, der Kreisvorsitzende **Martin Schiller, Guido Reil** aus Essen sowie **Alexander Leschik** von der *Jungen Alternative* NRW. Etwa 8.000 Menschen protestierten rund um das Rathaus gegen die AfD.

Bedrohungen (RLP/Hessen)

„NSU 2.0"

Am 12. März 2019 wurde aufgrund einer Bombendrohung per E-Mail das Koblenzer Finanzamt von der Polizei durchsucht. Ähnliche Schreiben gingen auch dem Wiesbadener Justizzentrum und der Frankfurter Staatsanwaltschaft zu. Bereits seit Monaten wurden ähnliche Drohungen von den E-Mail-Accounts „NationalSozialistischeOffensive", „Wehrmacht" und „NSU2.0" an zahlreiche Stellen im Bundesgebiet versandt. Auch Privatpersonen erhielten ähnliche Drohungen, die sprachlich auf übereinstimmende Absendende schließen lassen. In einer Presseerklärung spricht die Polizei von einer „Gruppierung". Bisher ist nie eine Bombe gefunden worden. Die Generalstaatsanwälte beschlossen am 21. Januar 2019, die Ermittlungen bundesweit zu koordinieren. Bereits im August 2018 erhielt die Frankfurter Anwältin **Seda Başay-Yıldız** Drohungen per Fax, unterschrieben mit „NSU2.0". Ihre Daten waren zuvor ohne erkennbaren Anlass im Polizeisystem abgefragt worden (vgl. den Artikel S. 31—33 in dieser Ausgabe).

Rechtsterrorismus (Hessen, NRW)

Razzia gegen „Blood & Honour"/C18-Strukturen

Am 12. Dezember 2018 kam es in mehreren Bundesländern (Bayern, Hessen, Thüringen, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt) zu Hausdurchsuchungen wegen des Vorwurfs der Wiederbetätigung der in Deutschland verbotenen *Blood & Honour* (B&H)-Strukturen. Weitere Vorwürfe der leitenden Generalstaatsanwaltschaft München sind der Vertrieb verbotener RechtsRock-CDs und Merchandise-Artikel. Betroffen waren insgesamt zwölf Personen. Im hessischen Helsa (Landkreis Kassel) hat es **Stanley Röske** getroffen, der noch am selben Tag für eine Zeitlang in Untersuchungshaft kam. Obwohl es unter anderem mit Röske eine Person getroffen hat, die im Sommer 2018 als eine zentrale Figur des internationalen *Combat 18*-Netzwerks identifiziert wurde (vgl. Lotta #71), findet das rechtsterroristische Netzwerk in den offiziellen Stellungnahmen keine Erwähnung. Die antifaschistische Plattform *Exif Recherche* fasst dazu passend zusammen: „Dies hätte eventuell unangenehme Fragen nach sich gezogen. Wie etwa, warum nur zwölf Neonazis von den Durchsuchungen behelligt werden, wenn weit über 50 Mitglieder einer internationalen Struktur in Deutschland angehören. Heute ist offensichtlich: Das Verfahren aus Bayern betrifft einen kleinen Teil der C18-Struktur. Dass das gesamte Verfahren zu einer bundesweit agierenden, rechtsterroristischen Struktur in bayrischer Hand liegt, weist wohl möglich auch auf Zerwürfnisse über Kompetenzgerangel und nicht funktionierende Zusammenarbeit der deutschen Sicherheitsbehörden hin". Die nordrhein-westfälischen *Combat 18*-Strukturen, die nicht von der Razzia betroffen waren, solidarisierten sich im Januar 2019 durch das Aufhängen eines Banners am Hermannsdenkmal bei Detmold, das mit dem C18-Drachenlogo und dem Spruch „Freiheit für unsere inhaftierten Brüder" versehen war. Laut NRW-Innenministerium wurden Ende 2017 zwölf Personen aus NRW C18 zugeordnet, die der Begehung von 84 Straftaten seit 2009 verdächtigt wurden.

Foto: pixelarchiv.org

Stanley Röske (links im Bild) und weitere „Combat 18"-Mitglieder beim RechtsRock-Konzert in Mücka am 23. März 2019.

Bedrohungen (RLP/Hessen)

Drohbriefe an linke Kulturzenten

Mitte März erreichten von Mainz aus verschickte anonyme Drohbriefe linke Kulturzentren in Mainz und in Wiesbaden. Sinngemäßer Inhalt: „Wenn ihr mit eurer Arbeit nicht aufhört, töten wir Migranten." Das *Wiesbadener Bündnis gegen Rechts* hat *als* Adressat eines der Drohbriefe eine öffentliche Stellungnahme abgegeben, in der bekundet wird, man werde sich nicht einschüchtern lassen. Das Bündnis hat Strafanzeige erstattet.

Vor Gericht (RLP)

ABM-Prozess

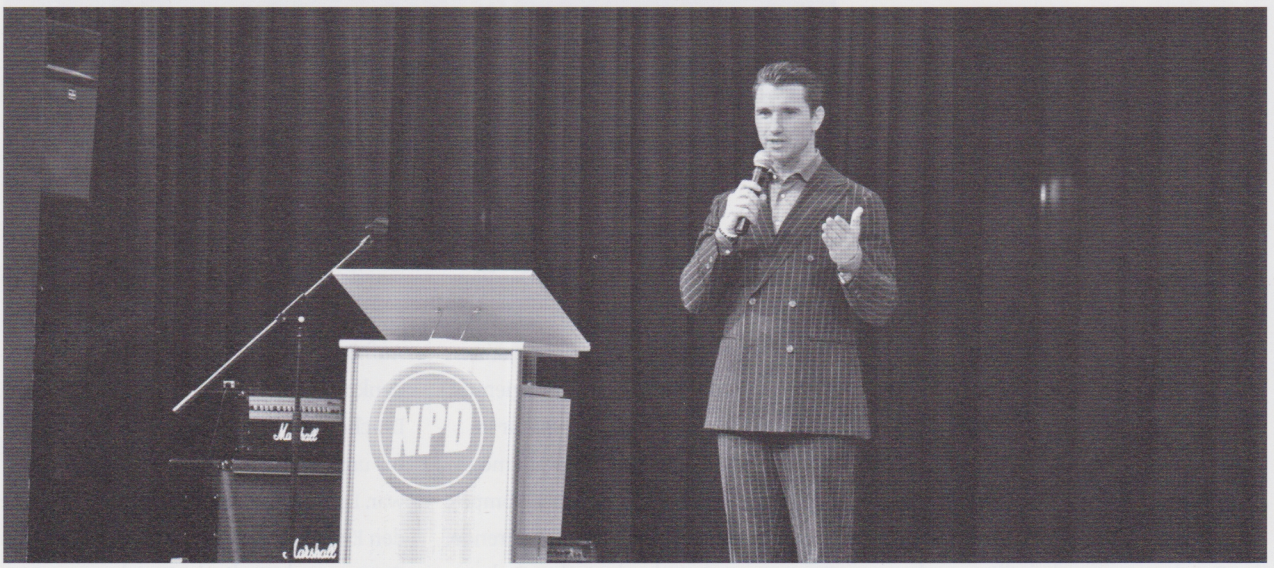
Im Prozess gegen das *Aktionsbüro Mittelrhein* wurde Ende März 2019 **Norman P.** freigesprochen. Nachdem ein Aussteiger seine Aussage über die Teilnahme von P. an einer Demonstration zurückgezogen hatte, hätten dem Gericht keine ausreichenden Beweise mehr vorgelegen, die die Mitgliedschaft des Angeklagten belegt hätten, so die Begründung für den Freispruch des Neonazis. Dabei handelt es sich um den ersten Freispruch in diesem Verfahren.

Parteien (Hessen)

NPD Hessen

Der Neujahrsempfang der Bundes-NPD fand am 5. Januar 2019 in Büdingen (Wetteraukreis) statt. Als RednerInnen traten vor etwa 100 BesucherInnen unter anderem **Antje Vogt**, **Udo Voigt**, **Sascha Rossmüller**, **Ricarda Riefling**, **Markus Ripfl** (Österreich) und **Frank Franz** auf. Am Abend wurde ein Konzert angeboten, bei dem Die *Lunikoff Verschwörung*, *Oidoxie* und *Germanium* spielten.

Auch hier nahmen etwa 100 Neonazis teil, das Publikum hatte aber zwischen Neujahrsempfang und Konzert fast komplett gewechselt. In den Wochen danach trat die NPD in Hessen erneut im Rahmen der „Schutzzonen-Kampagne" auf. Jeweils drei bis fünf Personen „spazierten" durch Wiesbaden, Hanau, Gießen, Offenbach und Fulda. Aufmerksamkeit erzeugte die NPD, als sie sich am 4. März 2019 mit „Schutzzonen"-Westen am Rande des Faschingsumzug in Usingen (Hochtaunuskreis) präsentierte und dabei zu suggerieren versuchte, dass dies in Absprache mit den Behörden geschehen sei. Währenddessen laufen Ermittlungen wegen etwaiger Verstöße gegen das Uniformverbot und des Verdachts der Amtsanmaßung.



Frank Franz am 5. Januar 2019 beim Jahresauftakt der NPD Hessen.

Parteien (Hessen)

AfD im Landtag

Am 18. Januar 2019 konstituierte sich der hessische Landtag, die erste Sitzung wurde durch den Alterspräsidenten **Rolf Kahnt** (AfD) eröffnet. Nicht...mehr Teil der neuen AfD-Landtagsfraktion ist der zwei Tage zuvor verstorbene **Nikolaus Pethö** aus Lich (Landkreis Gießen). **Alexandra Walter** aus Rüsselsheim, war aufgrund umstrittener Äußerungen bezüglich einer SS-Zeitzeugen-Veranstaltung in die Kritik geraten (siehe LOTTA #73, S. 30) und sitzt nun als Fraktionslose im Landtag. Das Regierungspräsidium Darmstadt nahm inzwischen Abstand von einem möglichen Disziplinarverfahren, da nicht zu belegen sei, dass Walter die Einträge selbst getätigt habe. Bei der ersten Sitzung des Landtags fiel der AfD-Kandidat **Erich Vohl** in allen drei Durchgängen zur Wahl des stellvertretenden Landtagspräsidenten durch. Der holprige Start setzte sich am 7. Februar fort, als die AfD keinen Redner für einen Antrag benannte und dieser somit nicht behandelt wurde.

KKK (NRW und RLP)

Razzien gegen KKK-Mitglieder

Am 16. Januar durchsuchte die Polizei 17 Wohnungen von mutmaßlichen Mitgliedern der *National Socialist Knights of the Ku Klux Klan* in acht Bundesländern. Drei Verdächtige stammen aus dem Oberbergischen Kreis und dem Kreis Mettmann (beide NRW). Zwei weitere aus Mayen bei Koblenz (RLP). Bei den Durchsuchungen wurden diverse Waffen sichergestellt. Ermittler deuteten an, dass es neben den Verdächtigen noch weitere Mitglieder geben könnte.

Rechte Gewalt (Hessen)

Anschlag, Angriff und Sachbeschädigung

In der Nacht auf den 24. Januar 2019 wurde ein Brandanschlag auf das Naturfreunde-Haus im Frankfurter Gallusviertel verübt, bei dem die Eingangstür Feuer fing. Möglicherweise gibt es einen Zusammenhang zu der Brandserie im Rhein-Main-Gebiet (siehe Lotta 73, S. 42). Am 23. März 2019 wurde am Bahnhof Langen (Landkreis Offenbach) ein Rabbi antisemitisch beschimpft. Ein daraufhin eingreifender Passant wurde angegriffen und verletzt. Nachdem eine Shisha-Bar in Griesheim (Landkreis Darmstadt-Dieburg) bereits im Dezember 2018 mit Hakenkreuzen beschmiert worden war, wurden dort am 2. Januar 2019 zwei Scheiben eingeworfen und eine übel riechende Substanz verschüttet.

Parteien (RLP)

Ermittlung gegen „Die Rechte"-Funktionär

Florian Grabowski (*Die Rechte* Rheinland-Pfalz) Alzey soll bei einer Kundgebung des *Nationalen Widerstands Zweibrücken* am 9. März 2019 in Neunkirchen (Saarland) eine „jüdische Kriegserklärung an das deutsche Volk" als ursächlich für den Zweiten Weltkrieg angegeben haben. Polizeilicherseits wurde das Redemanuskript beschlagnahmt, zudem wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Sollte Grabowski diese Aussage tatsächlich getätigt haben, wäre der Straftatbestand der Volksverhetzung (§130 StGB) erfüllt.

Vor Gericht (Hessen)

Anklage gegen „Thule Seminar"

Die gesamte Führungsspitze des *Thule-Seminars* (vgl. Lotta #64, S. 22) soll sich wegen des Tatverdachts der gemeinschaftlichen Volksverhetzung verantworten. Beim Amtsgericht Fritzlar wurde Klage gegen **Pierre Krebs** aus Bad Emstal (Landkreis Kassel), den Gründer und Leiter des „Seminars", sowie **Gudrun Schwarz** aus Bad Wildungen (Landkreis Waldeck-Frankenberg) und **Burkhart Weecke** aus Horn-Bad Meinberg (Kreis Lippe/NRW) eingereicht.

„Gelbe Westen" (Hessen)

Extrem rechte Teilnahme

In Wiesbaden, Limburg und Gießen führten die „Gelben Westen" Kundgebungen und Demonstrationen mit bis zu 100 Personen durch, an denen auch extrem Rechte teilnahmen. Als AgitatorInnen taten sich **Kirsten Düngen** (Limburg), **Ronny Böhm** (Gießen) und **Yvonne Csokova** (Wiesbaden) hervor. Letztere wurde bereits durch die rechte Gruppe „Hand in Hand" bekannt. Das Spektrum reicht vom rechten Influencer **Henryk Stöckel** (in Wiesbaden) bis zu Mitgliedern der *Soldiers of Odin* und der NPD (jeweils Gießen).

Parteien (Hessen)

AfD in Hessen

Am 8. Januar 2019 führte der AfD-Kreisverband Fulda Neuwahlen durch. Vorsitzender wurde der Bundestagsabgeordnete **Martin Hohmann**. In der AfD-Hochburg Neuhof (bei Fulda) führte die AfD Hessen am 15. Februar 2019 einen Programmparteitag durch. Der hessische Landesverband strebt Parteiausschlussverfahren gegen drei (ehemalige) Funktionäre an, darunter der Ex-Landessprecher **Peter Münch** aus Bad Homburg. Dieser hatte angemerkt, dass „viele Kandidaten im Bundestag und Landtag nicht die ausreichende Qualifikation" hätten. Auch den Vorsitzenden der Offenbacher Kreis-AfD, **Robert Rankl**, möchte die Partei loswerden. In seiner Zeit als Landesschatzmeister hatte er einige Ungereimtheiten hinterlassen und wurde zunächst mit einer zweijährigen Ämtersperre belegt, die im Februar vom OLG Stuttgart bestätigt wurde. Die Partei will auch **Carsten Härle** ausschließen. Der Fraktionsvorsitzende der Heusenstammer AfD geriet in den Fokus des VS-Gutachtens über die AfD, da er unter anderem die Alliierten für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verantwortlich gemacht hatte. Auch vor Gericht muss sich Härle wegen Volksverhetzung verantworten. Ihm wird vorgeworfen, auf Facebook die Shoah „bagatellisiert" zu haben. Zwischenzeitlich eingestellt wurden die Ermittlungen wegen eines pressefeindlichen Facebook-Posts der AfD-Fraktion im Hochtaunuskreis. Es fehle ein hinreichender Tatverdacht, hieß es von der Oberstaatsanwältin. Vor dem Amtsgericht Frankfurt muss sich momentan der ehemalige Schatzmeister der hessischen *Jungen Alternative*, **Christian Kühner**, verantworten. Ihm wird vorgeworfen, eine Frau wegen ihres Kopftuchs beleidigt zu haben und zwei Männern, die sich einschalteten, mit einer Reizgaspistole ins Gesicht geschossen zu haben.

Foto: Dunk (CC BY 2.0)

Von Alexander Häusler

Rechte Zerstörung der EU?

Die EU-Rechte vor der Europawahl

Die EU befindet sich vor den anstehenden Wahlen politisch in einem Zustand der Zerrissenheit: Geprägt von den Querelen um einen geordneten oder ungeordneten Brexit, von Konflikten um die Aufnahme geflüchteter Menschen und vom Erstarken autoritär-nationalistischer Rechtsaußenparteien nehmen EU-Verdrossenheit und Ängste vor sozialer und politischer Unsicherheit zu. Aus dem linken Parteienblock konnten darauf bislang noch keine öffentlichkeitswirksamen Antworten formuliert werden. Auf der äußeren Rechten droht ein völkisch-autoritärer Populismus seine Macht in einem gefährlichen Ausmaß auszubauen.

Vor den Europawahlen prägt das britische Chaos um den EU-Austritt die politische Debatte. Obwohl der Urnengang in den Feuilletons als die wichtigste EU-Wahl seit Jahrzehnten angekündigt wurde, ist bislang der bevorstehende Brexit — beziehungsweise die Querelen um seine Form — das bestimmende Thema im EU-Parlament. Zwar drohen dem sozialdemokratischen Spektrum laut Prognosen herbe Einbußen bei der WählerInnenzustimmung, doch anstelle von Debatten um eine politische Neuausrichtung in der EU herrschen dort eher Ratlosigkeit wie auch ein trotziges „weiter so“ vor.

Im konservativen Spektrum hingegen, das im EU-Parlament mit der Fraktion der EVP (*Europäische Volkspartei*) den bislang stärksten Machtblock darstellt, ist es der ungarische Ministerpräsident **Viktor Orbán**, der mit seiner autoritär-nationalistischen Politik den Fortbestand der Mitgliedschaft seiner FIDESZ-Partei in der EVP auf eine harte Probe stellt. Denn Orbán tritt ein für eine „illiberale Demokratie“, die allen EU-Feinden im Rechtsaußenlager zum Vorbild dient. Doch anstelle von politischen Konsequenzen bestimmen machtpolitische Erwägungen den Umgang der europäischen Konservativen mit ihrem am weitesten rechts stehenden bisherigen Partner: Die EVP will ihre Fraktionsstär-

ke nicht durch einen Ausschluss gefährden.

Nur vorläufig suspendiert

Zudem hat sich Orbán mit seinen nationalistischen Parolen nicht nur Feinde in der EVP gemacht: Es war die CSU, die den ungarischen Rechtspopulisten wiederholt hofierte, als er gegen die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** zu Felde zog. Statt eines Ausschlusses einigte sich die EVP deshalb auf eine vorläufige Suspendierung: Der Fortbestand der FIDESZ in der EVP soll nun von einem sogenannten Weisenrat überwacht werden. Orbán hingegen bekundete seine Zufriedenheit darüber, dass dem Weisenrat auch der österreichische Politiker **Wolfgang Schüssel** angehört — denn Schüssel sei früher in einer ähnlichen Situation gewesen, als er damals mit dem früheren FPÖ-Chef **Jörg Haider** eine Koalition eingegangen war und die EU damals zunächst gewisse Strafmaßnahmen verhängte, diese allerdings nach der Erstellung eines sogenannten Weisenberichtes beendete. Orbán hat sich jetzt entsprechend als „ein altes Schlachtross in der europäischen Politik" bezeichnet. Er inszeniert sich als angeblichen Bewahrer nationaler Werte und hält sich zugleich sämtliche Optionen offen: Die FIDESZ hat nun sowohl Aussichten auf den Verbleib in der EVP wie zugleich die Möglichkeit, nach der Wahl als politisches Schwergewicht einer dann neu gebildeten Rechtsaußenfraktion beizutreten.

„Wir akzeptieren keine Moslems!"

Auch im sozialdemokratischen Lager geht es nicht grundsätzlich anders zu: In der *Progressiven Allianz der Sozialdemokraten* (S&D), der zweitgrößten Fraktion im Europäischen Parlament, sitzen ebenfalls Rechtspopulisten mit vergleichbaren Positionen. Beispielsweise der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident der Slowakei, **Robert Fico**, der mit rassistischen Parolen wie „Wir werden niemals einen einzigen Moslem akzeptieren!" auf Stimmenfang geht. Aus der Tschechischen Republik ist die sozialdemokratische Partei ČSSD Mitglied in der S&D-Fraktion, deren Parteichef **Jan Hamáček** auf dem Höhepunkt der Flüchtlingsdebatte forderte, die Bewachung der tschechischen Grenze zu verstärken, etwa „in Form von außerordentlichen Truppenübungen". Und damit noch nicht genug: Auch die rumänische sozialdemokratische Partei PSD ist Mitglied der S&D, obwohl sie ein Sammelbecken aus Ultranationalisten und der Nomenklatura aus dem korrupten Machtapparat in Rumänien darstellt. Fadenscheinig erscheint deshalb das laute Warnen des politischen EU-Establishments vor der Gefahr von rechts. Denn das Erstarken der Rechten ist zu guten Teilen eine Folgeerscheinung der Europamüdigkeit und der Ressentiments gegenüber der EU, die in der wirtschaftsnahen Klientelpolitik des bisherigen EU-Machtzentrums ihre Ursachen hat.

„Volk" versus „politische Klasse"

Schon die Europawahl 2014 hat zu einem Anstieg der Abgeordnetenzahl europaskeptischer und nationalistischer rechter Parteien im Europaparlament geführt. Rund 100 Mandate nehmen extrem rechte, rechtspopulistische bzw. rechtspopulistisch beeinflusste Parteien seit den letzten EU-Wahlen wahr. Damit verstärkte sich der rechte Flügel des Parlaments, wobei von einem einheitlichen rechten Block nicht die Rede sein kann.

Die Rechtsaußenparteien inszenieren sich als die „wahren Demokraten" und als Anwälte der alteingesessenen Bevölkerung. Sie schüren die Angst vor dem sozialen Abstieg und dem Verlust der nationalen Souveränität, und sie machen sich dabei die üblichen propagandistischen Feindbilder zunutze. Sie greifen brisante Probleme auf — wie die Integrationsfähigkeit von Einwanderungsgesellschaften oder das Demokratiedefizit in der EU — und beantworten sie mit schlichten Lösungsvorschlägen. Mit Vorliebe wird dabei „das Volk" in Kontrast zur „politischen Klasse" gesetzt, die angeblich die nationalen Interessen an eine undemokratische, multikulturelle und international orientierte Europäische Union verkauft hat, um sich dabei in erster Linie selbst zu bereichern. In rechtspopulistischer Manier verwandeln die Rechtsaußenparteien Ängste und Vorurteile in personalisierte und rassistisch aufgeladene Feindbilder: in eine „schleichende Islamisierung", den „bürokratischen Moloch EU" oder die „Zerstörung der kulturellen Identität" durch den Multikulturalismus, dessen „Steigbügelhalter" die Linke sei.

In Österreich verdankte die FPÖ ihren Aufstieg unter **Heinz-Christian** („H. C.") **Strache** einer Mischung aus dumpfem Rassismus und fürsorglich inszeniertem Sozialpopulismus: Strache bekundete, die österreichische Sozialdemokratie durch eine Politik „für unsre Leut'" beerben zu wollen; die FPÖ drang stark in das sozialdemokratische Wählermilieu ein. Bei ihr mischt sich Muslimfeindlichkeit mit einem bürgernah inszenierten Sozialpopulismus: Bürgerbeteiligung und Volksbegehren werden für Kampagnen gegen Minderheitenrechte instrumentalisiert. Zwar eint die rechten Parteien ein nationalistischer Ansatz, und auch ihre Kampagnen gegen Zuwanderung, Globalisierung und ein multikulturelles Zusammenleben weisen Ähnlichkeiten auf. Doch ansonsten sind die ideologischen Ansätze zu unterschiedlich — etwa ihr öffentliches Auftreten, ihre Haltung zu Russland oder zum EU-Austritt.

Unterschiedliche Facetten

Einige der Parteien tragen bereits auf nationaler Ebene Regierungsverantwortung wie etwa die FPÖ, andere wie der französische *Rassemblement National* (RN), früher *Front National* (FN), wurden bislang durch einen „Cordon sanitaire" von allen Möglichkeiten ferngehalten, in den Parlamenten Einfluss nehmen zu können. Typisch für fast alle Parteien aus diesem Spektrum ist die dominante Rolle von Führungspersonen. Die Entwicklung des früheren *Front National* ist etwa untrennbar mit dem Namen Le Pen verbunden — die Führung ging gar innerfamiliär vom Vater **Jean-Marie Le Pen** auf die Tochter **Marine Le Pen** über. Programmatik und Auftreten der *United Kingdom Independence Party* (UKIP) wären nicht zu verstehen ohne **Nigel Farage**, der mittels populistischer und rassistischer Kampagnen maßgeblichen Anteil an der Brexit-Entscheidung hatte, bevor er sich aus der Partei zurückzog, um für den Fall der Verschiebung oder Absage des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU zur Europawahl 2019 dann für die neu gegründete *Brexit Party* antreten zu können.

Das Rechtsaußenspektrum hat also äußerst unterschiedliche Facetten. Sie reichen von militanten neofaschistischen Bewegungen bis hin zu rechtspopulistischen Parteien, die gegen die EU und die Zuwanderung Stimmung machen. Während in Griechenland und Ungarn neofaschistische Parteien und Bewegungen an Zustimmung gewonnen haben, ist in den westlichen Ländern der wohlstandschauvinistische Rechtspopulismus erstarkt. In Dänemark, in Großbritannien und in Frankreich überrundeten rechtspopulistische Parteien sogar die jeweiligen Regierungsparteien an Wählerzustimmung.

Die AfD ging im EU-Parlament zunächst ein Bündnis mit der nationalkonservativen Fraktion der *Europäischen Konservativen und Reformisten* (ECR) unter Führung der britischen Konservativen ein, der auch die *Wahren Finnen* und die *Dänische Volkspartei* aus dem Spektrum des europäischen Rechtspopulismus angehören. Nach der Absetzung des früheren Parteichefs **Bernd Lucke** verblieb dessen erfolglose Nachfolgepartei *Allianz für Fortschritt und Aufbruch* (ALFA), die sich später in *Liberal-Konservative Reformer* (LKR) umbenannte, in der ECR-Fraktion. Die AfD-Politikerin **Beatrix von Storch** hingegen wechselte zur rechtspopulistischen Fraktion *Europa der Freiheit und der direkten Demokratie* (EFDD). Nach ihrem Wechsel in den deutschen Bundestag übernahm der AfD-Co-Vorsitzende **Jörg Meuthen** ihren Posten, der zum Spitzenkandidaten der AfD für die anstehende EU-Wahl gekürt worden ist. Temporär hatte die AfD über den früheren AfD-Politiker **Marcus Pretzell** einen Platz in der Fraktion *Europa der Nationen und der Freiheit* (ENF), bevor Pretzell aus der AfD austrat, um danach als Mitglied in der erfolglosen Partei *Die Blauen* sein Mandat im EU-Parlament weiterzuführen.

Neue Bündnisse

Der Austritt Großbritanniens aus der EU wird auch Auswirkungen auf die Fraktionsbildung im Europaparlament haben. Denn mit dem Weggang der Briten werden zwei der bisher im EU-Parlament vertretenen Fraktionen ebenfalls wegfallen oder sich neu zusammensetzen: die von den Tories dominierte ECR-Fraktion und die bislang von der UKIP dominierte EFDD-Fraktion. Dieser Wegfall wird zugleich zur Stärkung der bisher bestehenden Allianz der Rechten in der ENF-Fraktion unter Führung des französischen RN führen, der durch den Aufstieg des italienischen Rassisten **Matteo Salvini** zum beachtetsten Politiker Italiens ein weiteres Zugpferd erhält. Der RN stellt bislang die mit Abstand meisten Mitglieder in der ENF-Fraktion, gefolgt von der italienischen *Lega*, die laut Umfragen enorme Zugewinne bei der anstehenden Wahl verzeichnen dürfte. Unter Salvini nahm die frühere *Lega Nord* Abstand von separatistischen Positionen, benannte sich in *Lega* um, einte das postfaschistische Spektrum und stieg gleichzeitig zur aktuell mächtigsten Partei in Italien auf.

Die Mitglieder der ENF haben klare Aussichten darauf, sich durch die Unterstützung der in der EU verbliebenen und ehemals in der ECR- und der EFDD-Fraktion vertretenen Rechtsaußenparteien eine bedeutende Vergrößerung ihres Einflusses zu verschaffen. Salvini hob dazu gemeinsam mit AfD-Chef Meuthen das neue Bündnis *Europäische Allianz der Völker und Nationen* (EAPN) aus der Taufe, um den Einfluss der Rechtsaußenparteien im EU-Parlament zu stärken. Allerdings ist stark zu bezweifeln, dass die FIDESZ und die polnische PiS-Partei diese Neugründung unterstützen: Während sich Polens Rechtspopulisten an der Putin-Verherrlichung seitens der *Lega* und der AfD stören dürften, wird Orban wohl lieber die Vorzüge einer Mitgliedschaft in der stärksten Fraktion im EU-Parlament nutzen wollen.

Vor- und Feindbilder

Unterstützung für die europäischen Rechtsaußenparteien hat der schillernde extrem rechte Millionär und ehemalige **Trump**-Berater **Steve Bannon** großspurig angekündigt. Mit der von einem belgischen Rechten gegründeten Stiftung *The Movement* wollte Bannon einen Thinktank für die europäische Rechte aufbauen — mit ihm selbst, dem Ex-*Breitbart*-Chef, als Spindoctor. Doch die rechten Größen aus dem RN und der *Lega* lehnten dankend ab — von „einem Ami" lässt man sich dort trotz der Sympathien für Trump im Wahlkampf nicht gerne sagen, was zu tun ist.

Begleitet wird der rechte Anti-EU-Kurs

Foto: attenzione-photo.com

V.l.n.r.: Harald Vilimsky (FPÖ), Marine Le Pen (RN) und Matteo Salvini („Lega") .

in vielen Rechtsaußenparteien eher von einer Sympathie für das autoritäre **Putin**-Regime in Russland. Putin gilt als strategisch gesinnter Förderer des rechten Anti-EU-Blocks, um den weltpolitischen Einfluss der EU einzudämmen. So erhielt der RN 2014 über Umwege einen Millionen-Kredit von einer Putin-nahen russischen Bank, und auch Putin selbst lud Marine Le Pen zum persönlichen Gespräch ein. Auch zur Lega, zur FPÖ und zum FIDESZ hält das Putin-Regime unterstützende Kontakte.

Die AfD unterhält ebenfalls einen Austausch mit rechten Kräften in Russland: Im Jahr 2015 trat der heutige AfD-Vorsitzende **Alexander Gauland** gemeinsam mit dem früheren Vorsitzenden der *Jungen Alternative* (JA), **Marcus Frohnmaier**, eine Reise nach Russland an und traf dort unter anderem mit dem schillernden extrem rechten Vordenker **Alexander Dugin** zusammen, der als intellektueller Vordenker eines antiwestlichen „eurasischen" Blocks rechter Kräfte gilt. Frohnmaier hingegen, mittlerweile Bundestagsabgeordneter der AfD, beschäftigte als Referenten **Manuel Ochsenreiter**, den Redaktionschef des extrem rechten Magazins *Zuerst*, mit dem er im Jahr 2016 das *Deutsche Zentrum für Eurasische Studien* gegründet hat.

Zwar ist der pro-Putin-Kurs in der AfD nicht unumstritten und hat bislang noch keine programmatische Verankerung gefunden. Doch während das Putin-Regime in den europäischen Rechtsaußenparteien nützliche Idioten für eine Destabilisierung der EU sucht, erfahren die rechtspopulistischen Selbstinszenierungen des russischen Autokraten bei Europas Rechten zunehmend Bewunderung.

Angereichert wird die Anti-EU-Propaganda der europäischen Rechtsaußenparteien mit einer exzessiven Muslimfeindlichkeit, die einen weiteren, bedeutungsvollen ideologischen Kitt bei ansonsten zum Teil widerstreitenden nationalen Interessen darstellt. In der Ablehnung von Muslimen sind sich alle Rechten in Europa einig: Die von **Charles de Gaulle** entlehnte rechte Parole vom „Europa der Vaterländer" hat in ihrer aktuellen Ausprägung daher nicht nur eine nationalistische und demokratiefeindliche, sondern zugleich auch eine exzessiv rassistische Stoßrichtung. Die Muslimfeindlichkeit dient dabei aktuell als wirkungsmächtiges Eintrittsticket der extremen Rechten in die politische Mitte.

Foto: Mídia NINJA

„Mulheres Unidas Contra Bolsonaro“ am 29. September 2018.

Von Jörg Kronauer

Zurück in die Diktatur?

Die extreme Rechte und das Militär in Brasilien an der Macht

„Tropen-Trump“: Das ist der Beiname, den Jair Messias Bolsonaro erhalten hat, seit die globale Öffentlichkeit während des Präsidentschaftswahlkampfs in Brasiliens auf ihn, seinen Rassismus, seinen Sexismus und seinen brutalen Chauvinismus aufmerksam geworden ist. Bolsonaro steht allerdings für mehr, für Härteres als der New Yorker Immobilienoligarch: Seine Amtszeit hat mit entfesselten Polizeimorden und einem Generalangriff auf Brasiliens indigene Bevölkerung sowie auf die Millionen zählende Landlosenbewegung begonnen. Und: Mit Bolsonaro, einem Anhänger der einstigen Militärdiktatur, sind die Generäle in Brasília an der Macht zurück.

Die Feierlichkeiten der brasilianischen Streitkräfte am 29. März 2019 gipfelten in der offiziellen Verlesung des Tagesbefehls. Das Militär handele stets „im Einklang“ mit „den legitimen Wünschen unseres Volkes“, hieß es in dem Dokument, das vorzutragen Präsident **Jair Messias Bolsonaro** angeordnet hatte. Auch am 31. März 1964, so hieß es weiter, hätten die Truppen nur „den Ruf der großen Mehrheit des Volkes erhört und sich der Stabilisierung der Lage angenommen“. Der 31. März 1964, das war der Tag, an dem die brasilianischen Streitkräfte den Putsch gestartet hatten, der in die Errichtung der Militärdiktatur mündete. Sollte man die Diktatur tatsächlich als „Stabilisierung“ des Landes verharmlosen? Bolsonaro war der Ansicht: Ja. Er hatte noch nie einen Hehl aus seiner Bewunderung für die Generäle gemacht, die das Land 21 Jahre lang mit eiserner Faust beherrscht hatten. Nun hatte er angeordnet, den 55. Jahrestag des Putsches „angemessen“ zu begehen. Die Truppe ließ sich das nicht zweimal sagen: Sie feierte das Jubiläum mit einer großen, festlichen Parade im Militärkommando der Hauptstadt Brasília.

„Ich bin für die Diktatur“

Brasiliens Präsident Bolsonaro, der am 1. Januar 2019 sein Amt angetreten hat, ist den Streitkräften des Landes seit je eng verbunden gewesen. Geboren am 21. März 1955, war er neun Jahre alt, als die Generäle den Ankündigungen von Präsident **João Goulart**, Teile der Ölindustrie zu verstaatlichen sowie gewisse Schritte zur Landreform einzuleiten, per Putsch einen Riegel vorschoben. 1973 — die mörderischsten Jahre der Militärdiktatur unter **Emílio Garrastazu Médici** neigten sich dem Ende entgegen — bestand er stolz die Aufnahmeprüfung für die Kadettenschule des Heeres, bevor er 1974 in die unter Rechten prestigeträch-

tige *Academia Militar das Agulhas Negras* in Rio de Janeiro aufgenommen wurde. Bolsonaro ist den Streitkräften nicht nur als Hauptmann der Reserve, sondern vor allem auch als Politiker, seit 1991 als Abgeordneter für Rio im Parlament in Brasília, treu geblieben. Dabei hat ihn die blutige Bilanz der Diktatur nicht gestört. Nach dem Bericht der „Wahrheitskommission" aus dem Jahr 2014 gab es mindestens 434 Todesopfer, Zehntausende Gefolterte und politische Gefangene, mindestens 8.350, wahrscheinlich viel mehr Todesopfer unter der indigenen Bevölkerung durch Gewalt und Krankheiten vor allem beim Vordringen der Militärs in die Amazonasgebiete. 1993 bekräftigte Bolsonaro demonstrativ: „Ja, ich bin für die Diktatur."

Nachdem die Generäle 1985 abgedankt hatten, ist es Brasilien gelungen, die Erinnerung an die Diktatur zumindest im Ausland in Klischeebildern von Stränden und tropischen Wäldern, von begeisterndem Fußball und von pulsierenden Karnevalsumzügen zu versenken. Am 1. Januar 2003 schien dann auch politisch der Beweis erbracht, das Land habe sich von Grund auf erneuert: An jenem Tag trat **Luiz Inácio Lula da Silva** vom *Partido dos Trabalhadores* (PT), der Partei der Arbeiter, das Präsidentenamt an, ein Mann, der in den 1970er Jahren als Gewerkschafter bei *Volkswagen do Brasil* im Widerstand gegen die Militärdiktatur gekämpft hatte und dafür von dem deutschen Konzern, der eng mit den Generälen kollaborierte, nach Kräften bespitzelt worden war. Auf Lula folgte, als er die zwei in Brasilien erlaubten Amtsperioden beendet hatte, mit **Dilma Rousseff** (PT) eine Frau, die ebenfalls im Widerstand gegen die Diktatur gekämpft und die mörderische Folter der Generäle überlebt hatte. Beiden gelang es, den für Brasilien höchst ertragreichen Rohstoffboom zu nutzen, um vorsichtige Sozialreformen durchzusetzen, die einige Dutzend Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer aus absoluter Armut befreiten und Hoffnung auf ein Ende des Elends im Land schufen. All dies hat das Bild von Brasilien im Ausland geprägt. Im Rückblick muss man konstatieren: Es ist allenfalls die halbe Wahrheit gewesen.

Rechte Eliten

Denn die Militärs verschwanden zwar von der Bühne, als die Demokratie in Brasilien einzog, und sie blieben dem Scheinwerferlicht auch fern, als ein linker Präsident und dann eine linke Präsidentin in Brasília ans Ruder kamen. Sie sind allerdings in den brasilianischen Eliten — zwischen Großgrundbesitzern und Industriellen, zwischen Juristen und hohen Beamten — stets fest verankert geblieben. Man konnte das ahnen, als sämtliche Versuche komplett scheiterten, wenigstens die brutalsten Folterer für ihre Diktaturverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen: Die Generäle, geschützt nicht zuletzt durch Teile der zivilen Eliten, die mit ihnen kollaboriert hatten, blieben für die Justiz unerreichbar. Sie konnten gänzlich ungestraft alljährlich am 31. März des Putsches gedenken, und Politiker wie Bolsonaro ernteten mit ihrem Lob für die Diktatur und mit Interview-Äußerungen wie „Ich bin für Folter" (Bolsonaro 1999) zwar schwere Empörung beim liberalen Teil des Publikums — aber das tat nicht weh. Die rechten Strukturen innerhalb der Eliten waren zeitweise wenig sichtbar, aber sie blieben intakt.

Sie sind dann so langsam wieder zum Vorschein gekommen, als der Rohstoffboom zu Ende war, die Staatsgelder wie auch die Expansionschancen für die Konzerne knapper wurden, die Mittelschichten seit den frühen 2010er Jahren den Gürtel enger schnallen mussten und auch die Unternehmerfraktion zu der Auffassung gelangte, die schrumpfende Wirtschaft lasse kostspielige Sozialprogramme nun wirklich nicht mehr zu.

Das Jahr 2013 ist in gewisser Hinsicht ein Wendepunkt gewesen. Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr lösten Massenproteste aus, die sich bald auch gegen die exzessiven Staatsausgaben für die Fußball-WM und die Olympischen Spiele richteten, sich gegen die vom PT geführte Regierung wandten — und dabei eine stark antisozialistische Stoßrichtung annahmen. Ein Jahr später gründete sich aus Teilen der Proteste heraus der *Movimento Brasil Livre (Bewegung Freies Brasilien)*, eine wirtschaftsliberale, sozialkonservative und gegen alles Linke mobilisierende Organisation, die stark dazu beitrug, ab dem Sommer 2015 Großdemonstrationen zum Sturz der PT-Regierung landesweit auf die Straße zu bringen. Die Stimmung begann zu kippen.

Ein kalter Putsch

Dilma, 2010 mit klarer Mehrheit gewählt, hatte schon die Wahl im Oktober 2014 nur noch recht knapp gewinnen können. Ab 2015 sank ihre Popularität weiter — nicht nur, weil rechte Kräfte wie der *Movimento Brasil Livre* agitierten, sondern auch, weil eine gigantische Korruptionsaffäre, die größte ganz Lateinamerikas, das Land erfasste. Brasiliens Politik ist seit jeher durch und durch korrupt; den Eliten in Justiz und Medien gelang es jedoch, Prozesse und Berichterstattung stark — und in der Gewichtung sachlich ungerechtfertigt — auf den PT, auf Präsidentin Dilma und Ex-Präsident Lula, also auf die Linke zu fokussieren, was die Stimmung in der Bevölkerung nun noch weiter nach rechts trieb. Im August 2015 — die Proteste im Land kochten hoch — erklärte General **Hamilton Mourão**, Chef des *Comando Militar do Sul*, die Armee stehe im Fall der Fälle bereit, die „Ordnung" zu garantieren. Dilma war noch stark genug, seine Strafversetzung in die Wirtschaftsabtei-

lung der Streitkräfte zu erzwingen. Bereits am 12. Mai 2016 jedoch wurde sie in einem — vorsichtig formuliert — von Merkwürdigkeiten durchzogenen Verfahren ihres Amtes enthoben. Maßgeblich beteiligte Politiker hatten den „kalten Putsch", wie viele den Vorgang nannten, von der Militärführung abnicken lassen — ausweislich geleakter Telefonmitschnitte. Präsident wurde mit **Michel Temer** ein durch und durch wirtschaftsliberaler Rechter.

Die Militärs haben sich anschließend systematisch auf die Präsidentenwahl im Oktober 2018 vorbereitet. General **Augusto Heleno** hat vergangenen Herbst berichtet, ein Zirkel ausgewählter Offiziere habe sich über eine längere Zeit wöchentlich getroffen, um die Programmatik für eine Regierung Bolsonaro zu erstellen. Heleno ist heute als Minister für Staatssicherheit eine Schlüsselfigur im Kabinett. Mourão bekräftigte im September 2017, die Streitkräfte würden, sollte sich die Lage im Land nicht beruhigen, intervenieren. Diesmal wurde er nicht mehr strafversetzt; seit Anfang Januar amtiert er nun als Vizepräsident und hat damit einen Posten inne, auf dem nicht selten die eigentlich starken Personen einer Regierung zu finden sind. Bereits während des Wahlkampfs stellten die Militärs ihrem Kandidaten — ihre Wahl war auf Bolsonaro gefallen, der einst in derselben Einheit wie Mourão gedient hatte — einen Wirtschaftsberater zur Seite, der im Januar zum Wirtschaftsminister aufgestiegen ist: den neoliberalen „Chicago Boy" **Paulo Guedes**. Das war notwendig, da Bolsonaro in puncto Wirtschaft stets einen starken Staat favorisiert hatte, während die Generäle nun auf neoliberale Modelle setzten. Bolsonaro hat nie verhehlt, dass er mit dem Neoliberalismus nicht viel anfangen kann, hat sich aber bereitwillig den Militärs gefügt. Guedes hat sich seine Sporen übrigens in den 1970er Jahren als Wirtschaftsprofessor an der *Universidad de Chile* verdient, als auch dort die Militärs herrschten — unter **Augusto Pinochet**.

Wer die Macht hat

Zu Bolsonaros Wahlerfolg im Oktober 2018 haben die Militärs auch ganz praktisch beigetragen, indem sie die Telefondaten für eine groß angelegte, diffamierende Whatsapp-Kampagne gegen Bolsonaros Wahlgegner bereitstellten. Behilflich gewesen sind ansonsten rechte Organisationen wie der *Movimento Brasil Livre*, die in den Jahren der Kampagnen gegen Dilma stark geworden sind. Entscheidend sind allerdings Brasiliens Evangelikale gewesen, Pfingstkirchen wie etwa die *Igreja Universal do Reino de Deus* von Bischof **Edir Macedo**, die — in ihrer überwiegenden Mehrheit diskriminierenden Geschlechtermodellen verhaftet, ultrakonservativ, dezidiert antisozialistisch orientiert — zu gut 70 Prozent dem Kandidaten der Militärs ihre Stimme gaben. Das ist keine Marginalie: Inzwischen gehören mehr als 22 Prozent der einst fast durchweg katholischen Bevölkerung Brasiliens einer evangelikalen Freikirche an. Die brasilianischen Evangelikalen, schon lange ein wichtiger Faktor in der Politik des Landes, haben ihren starken Einfluss gezielt eingesetzt, um Bolsonaro ins Amt zu verhelfen.

Neben den Evangelikalen kann Bolsonaro sich zuverlässig auf die Wirtschaft stützen, die den neoliberalen Kurs von Minister Guedes in den höchsten Tönen lobt — darunter übrigens auch die in Brasilien ansässigen deutschen Unternehmen, die zehn Prozent des brasilianischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften und eine entsprechend starke Stellung im Land haben. Unmittelbar nach Bolsonaros Wahlsieg hat **Andreas Renschler**, Vorstandsmitglied der *Volkswagen AG* und Vorsitzender des *Lateinamerika-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft*, den Wechsel im Präsidentenamt als „Neuanfang" gewertet und erklärt, man dürfe sich „nicht von Nervositäten irritieren lassen". Zu den Kräften, die Bolsonaro tragen, gehören auch die Großgrundbesitzer und die Agrarindustrie: Der neue Präsident hat bereits Schritte eingeleitet, die als Generalangriff auf Land gelten, das von indigenen Bevölkerungsteilen genutzt, von Großagrariern jedoch zur Produktion von Agrarexportgütern ins Visier genommen wird. Und er hat angekündigt, den *Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra (MST, Bewegung der Landarbeiter ohne Boden)* zu zerschlagen, eine links geprägte Organisation, die weit mehr als eine Million Menschen vor allem in ländlichen Gegenden hinter sich hat und für eine Landreform eintritt, die Lula und Dilma verwirklichen wollten, die unter Bolsonaro aber nicht die geringste Chance hat. Der Präsident hat angekündigt, vom MST aufgebaute Schulen verbieten zu wollen, weil sie Kinder zu Terroristen ausbilden würden.

Nebenbei: Wer Bolsonaro nicht nur stützt, sondern seine Amtsführung kontrolliert, das haben schon wenige Tage nach seinem Amtsantritt am 1. Januar 2019 die Militärs gezeigt, die mehr als ein Drittel seiner Kabinettsposten innehaben. Nach Gesprächen mit US-Außenminister **Mike Pompeo** hatte sich der Präsident Anfang Januar dazu hinreißen lassen, per Interview die Einrichtung eines US-Militärstützpunkts in Brasilien anzukündigen. Das führte zu peinlich berührtem Hüsteln unter den Offizieren, bis der Minister für Staatssicherheit, General Heleno, sich erbarmte und offiziell mitteilte, Bolsonaro habe das mit dem Stützpunkt gar nicht so gemeint — alles nur ein Irrtum: Natürlich würden die US-Streitkräfte sich nicht in Brasilien festsetzen. Tatsächlich vertrüge sich eine solche Militärbasis nicht mit dem

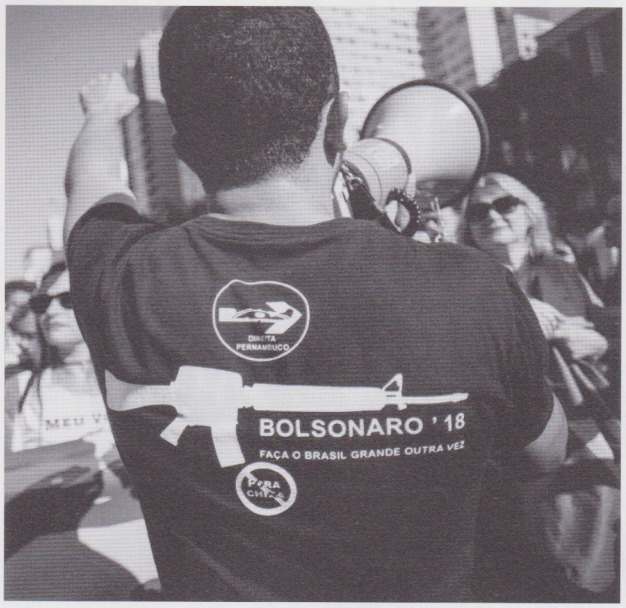


Foto: Mídia NINJA

Eindrücke von der Pro-Bolsonaro-Demonstration in São Paulo am 9. September 2018.

alten Anspruch der brasilianischen Streitkräfte, ihrerseits die alleinige Hegemonie über Südamerika auszuüben.

Eine Welt voller Zufälle

Bliebe noch zu erwähnen, dass Bolsonaro große Stücke auf die Militär- und die sonstige Polizei hält sowie auf die weniger regulären Milizen, die — häufig von ehemaligen Polizisten geführt — unter dem Vorwand, brutale Drogengangs zu bekämpfen, ebenso brutal in den Favelas der brasilianischen Großstädte wüten. Im Jahr 2017 kamen in Brasilien offiziell 5.012 Menschen durch Polizeigewalt ums Leben; die Zahl der Opfer von Milizen ist wohl deutlich höher. Bolsonaro hat angekündigt, es Polizisten noch zu erleichtern, Bewohner von Favelas zu erschießen. Einer seiner Anhänger, der neu gewählte Gouverneur von Rio de Janeiro, **Wilson Witzel**, hat damit offenbar schon ernst gemacht. Im Januar — dem ersten Monat seiner Amtszeit — haben Polizisten in Rio vor allem bei Razzien in Favelas 160 Menschen umgebracht, 82 Prozent mehr als im Monat zuvor. Weil Witzel eine halbe Milliarde Euro ausgeben will, um unter anderem die Polizei neu auszurüsten, haben Anfang April deutsche Unternehmer auf einer vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Geschäftsanbahnungsreise Rio besucht; sie bemühen sich um Aufträge auf dem Feld der „zivilen Sicherheitstechnologien". Deutsche Schusswaffen sind in Brasilien längst präsent: Die Repressionsbehörden nutzen etwa Maschinenpistolen von *Heckler & Koch*. Mit einer MP5 von *Heckler & Koch* wurde am 14. März 2018 **Marielle Franco** ermordet. Die populäre linke Stadträtin aus Rio wurde gemeinsam mit ihrem Fahrer **Anderson Gomes** auf der Heimfahrt von einer Veranstaltung gezielt liquidiert. Die Ermittler gehen mittlerweile davon aus, dass sie bei ihrer Basisarbeit in den Favelas einer Mafia auf die Spur gekommen war, die mit illegalen Grundstückgeschäften im Westen von Rio ein Vermögen macht. Dabei treten bemerkenswerte Verbindungen zutage. So ist der mutmaßliche Kopf der Miliz, die Franco umgebracht hat, ein ehemaliger Elite-Militärpolizist, dem ein Abgeordneter aus dem Bundesstaat Rio einst unter großem Lob einen Orden verliehen hat. Ebenjener Abgeordnete hat anschließend die Ehefrau, die Mutter und den besten Freund des Verdächtigen als Mitarbeiterinnen beschäftigt, sie damit finanziert, sie aber auch Überweisungen für dubiose Immobiliengeschäfte tätigen lassen. Der Abgeordnete heißt **Flávio Bolsonaro** und ist ältester Sohn des Präsidenten. Dessen jüngster Spross hat unlängst eine Liebesbeziehung zu einer jungen Frau unterhalten, die mit ihrer Familie im selben Nobelkomplex wohnt wie die Bolsonaros und deren Vater, wie es der Zufall will, die Todesschüsse auf Marielle Franco abgegeben haben soll. Aber das ist natürlich, wie gesagt, nur ein großer Zufall.

Literaturtipps

Mario Schenk:
Rechtsextremer Bolsonaro — Zögling des Militärs in Brasilien.

https://amerika21.de/analyse/216390/bolsonaro-instrument-militaers

Foto: Sammlung Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Fotograf: Manfred Scholz

Proteste anlässlich des Majdanek-Prozesses in Düsseldorf.

Von Sabine Reimann

Die letzten NS-Prozesse

70 Jahre Scheitern und Versagen

Der Prozess am Landgericht Münster machte weltweit Schlagzeilen: Im November 2018 wurde der 95-jährige Johann Rehbogen wegen seines Dienstes als SS-Wachmann im KZ Stutthof der Beihilfe zum Mord in hunderten Fällen angeklagt. Jetzt ist der Prozess geplatzt, weil der Mann aus dem Kreis Borken als nicht mehr verhandlungsfähig gilt. Die späten Verfahren gegen die letzten noch lebenden NS-Täter*innen zeugen vor allem von dem jahrzehntelangen Versagen der bundesdeutschen Justiz bei der Ahndung der Verbrechen des Holocaust.

„Nach dreitägiger Fahrt kamen wir in Danzig an. Dort wurden wir mit Stockhieben ausgeladen und in Kähne verfrachtet bis Stutthof. Nachdem wir auch hier mit Stockhieben ausgeladen wurden, ging der Weg in das KZ-Stutthof, eine Welt für sich, unübersehbar groß. Wenn man Glück hatte, kam man da wieder heraus, und wir dachten an den Kommandanten des KZ-Riga, Sauer, der uns zum Abschied sagte: ‚Ihr werdet an das Paradies Riga noch mal zurückdenken.' Es war die Hölle!"

So erlebt **Erna Valk** ihre Ankunft am 6. August 1944 im KZ Stutthof, 37 Kilometer östlich von Danzig. Knapp drei Jahre zuvor hat die Gestapo sie zusammen mit ihrem Mann am frühen Morgen in ihrem Haus im niederrheinischen Goch verhaftet. Über den Krefelder Bahnhof ist sie nach Düsseldorf gebracht und dort mit anderen Jüdinnen und Juden aus der Region stundenlang in der Halle eines Viehschlachthofs festgehalten worden. Ein mehrtägiger quälender Transport in einem Viehwaggon endet im Ghetto Riga, in dem sie als Zwangsarbeiterin um ihr Überleben kämpft. Im Sommer 1944 wird Erna Valk nach der Auflösung des Ghettos in das KZ Stutthof deportiert.

Stutthof, nur einen Tag nach dem Überfall der Deutschen auf Polen eingerichtet, ist das erste KZ in den von Nazideutschland besetzten Gebieten. Als „Zivilgefangenenlager" steht es zu-

nächst unter Kontrolle der Danziger Gestapo. Es dient der Einschüchterung und dem Terror gegen die polnische Intelligenz und die Opposition. Wie viele andere KZ erfüllt es im Laufe der Zeit unterschiedliche Funktionen, wird als „Sonderlager der SS" geführt, aber auch als Zwangsarbeiter*innenlager mit zahlreichen Außen- und Nebenlagern benutzt.
Im Januar 1942, nach einem Besuch von **Heinrich Himmler**, wird Stutthof offiziell in das System der Konzentrationslager eingegliedert. Wegen der mörderischen Haftbedingungen und der extrem harten Arbeit ist Stutthof de facto ein Vernichtungslager, noch bevor 1944 die Gaskammern eingerichtet werden. Hunderte werden zudem im Krankenrevier durch tödliche Injektionen und Misshandlungen umgebracht. Den Todesmärschen kurz vor der Befreiung des Lagers am 9. Mai 1945 fallen Zehntausende zum Opfer. Insgesamt werden in Stutthof etwa 65.000 Menschen ermordet.
Als Erna Valk in Stutthof eintrifft, ist der 20-jährige **Johann Rehbogen** bereits seit knapp zwei Jahren im Dienst der Waffen-SS dort. Als Angehöriger des SS-Totenkopf-Sturmbanns wird er als Wachmann eingesetzt, und er macht seine Sache offensichtlich zu voller Zufriedenheit seiner Vorgesetzten: 1943 wird er zum SS-Sturmmann befördert, begleitet Arbeitskommandos und überwacht vom Wachturm aus das Lagergelände. Laut dem Leiter der *KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora*, **Stefan Hördler**, hat sich der im damaligen Ungarn geborene „Volksdeutsche" freiwillig zur Waffen-SS gemeldet.

In Münster vor Gericht

Über 70 Jahre später wird Rehbogen vor dem Landgericht Münster wegen Beihilfe zum hundertfachen Mord angeklagt. In seiner Dienstzeit seien mehr als 100 polnische Häftlinge und mindestens 77 sowjetische Kriegsgefangene durch Zyklon B in den Gaskammern ermordet worden, konstatiert die Staatsanwaltschaft. Mehrere hundert Menschen seien in den Waggons der in das Lager hineinfahrenden Kleinbahn sowie durch Genickschüsse im Krematorium getötet worden. Mehr als 140 Gefangene im Krankenrevier seien durch Injektionen mit Phenol und Benzin umgebracht worden. Die genaue Zahl der Opfer ist heute nicht mehr zu ermitteln.
„Die Angeschuldigten sollen Kenntnis von sämtlichen Tötungsmethoden gehabt haben. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass ihnen bewusst war, dass sie bei einer Vielzahl von Menschen angewandt wurden und dass auf diese Weise und mit dieser Regelmäßigkeit nur getötet werden konnte, wenn die Opfer durch Gehilfen wie sie bewacht wurden", teilt das Landgericht Münster mit: Die Beschuldigten haben demnach „mit ihrer Wachdiensttätigkeit die mehreren hundertfachen Tötungen der Lagerinsassen durch die Haupttäter willentlich gefördert".

„Ich war nie ein Nazi"

Der heute 95-jährige promovierte Betriebswirt Rehbogen, früher Direktor einer Fachschule für Gartenbau in Nordrhein-Westfalen, will von alledem nichts gewusst haben. Er erscheint im Rollstuhl vor Gericht; aufgrund seines Gesundheitszustandes wird maximal zwei Stunden lang verhandelt. Rehbogen streitet zwar nicht ab, im KZ Stutthof im Dienst gewesen zu sein, behauptet aber, er habe das nicht freiwillig getan. Von den Morden habe er nichts mitbekommen. Der schlechte Gesundheitszustand der Insassen, die mangelnde Hygiene und das massenhafte Sterben seien ihm freilich aufgefallen; das habe ihn aufgrund seiner christlichen Erziehung auch belastet. Ein Nazi, betont er, sei er aber nicht gewesen. Ein Wort der Reue oder eine Entschuldigung äußert er wie auch viele andere NS-Täter*innen nicht.
Letztlich wird der Prozess Ende 2018 nach wenigen Verhandlungstagen aufgrund Rehbogens sich verschlechternden Gesundheitszustandes unterbrochen. Im Februar 2019 erklärt ein medizinischer Gutachter den Angeklagten für nicht verhandlungsfähig. Da es unwahrscheinlich ist, dass sich der Zustand des Mannes verbessert, ist davon auszugehen, dass das Verfahren eingestellt wird.

Teil der Mordmaschinerie

Betrachtet man die vorangegangenen Prozesse gegen NS-Verbrecher*innen, wäre eine Verurteilung des ehemaligen SS-Wachmannes nicht unwahrscheinlich gewesen. Seit 2011 wird verstärkt gegen ehemalige Aufseher*innen wegen Beihilfe zum Mord ermittelt. Auch wenn es aufgrund des Alters der potenziellen Täter*innen nur noch selten zur Prozesseröffnung kommt, wurden mit **Oskar Gröning** und **Reinhold Hanning** zwei Wachmänner aus dem KZ Auschwitz 2015 beziehungsweise 2016 wegen Beihilfe zum hunderttausendfachen Mord zu Haftstrafen verurteilt. Beide starben vor Haftantritt.
Der Dienst in einem Vernichtungslager, der Umstand, ein Teil der Mordmaschinerie gewesen zu sein, ist in diesen Fällen grundlegend dafür gewesen, dass die Gerichte die Beihilfe zum Mord als gegeben ansahen. Jede Person, die sich auf Täterseite in einem Todeslager bewegte, leistete einen Tatbeitrag zum Gelingen des Massenmordes, lautet die Argumentation. Diese Sichtweise ist in der Bundesrepublik allerdings nicht gängig gewesen: Erst 2016 erklärte der Bundesgerichtshof das Urteil gegen Gröning, den „Buchhalter von Auschwitz", für rechtskräftig und bestätigte damit die Rechtsauffassung, seine Tätigkeit sei Beihilfe zum Mord gewesen. Zuvor scheiterten zahlreiche Verfahren wegen Mordbeihilfe in den 1960er und 1970er Jahren daran, dass die konkrete Einzeltat nicht

nachgewiesen werden konnte. Die übliche Herangehensweise eines Mordverfahrens, bei der der Tathergang individuell rekonstruiert werden muss, taugte nicht, um die Systematik der NS-Massenmorde juristisch vollständig zu erfassen. Auch wenn, wie etwa beim Düsseldorfer Majdanek-Prozess, Hunderte von Zeug*innen aus den Reihen der Überlebenden gegen ihre ehemaligen Peiniger*innen aussagten, von Mord und Totschlag berichteten — sofern die Tatumstände nicht lückenlos ermittelt werden konnten, hieß es in der Regel: „Im Zweifel für den Angeklagten". Die Prozesse endeten dann mit Einstellung oder Freispruch. Jahrzehntelang wurde deshalb nicht mehr wegen Mordbeihilfe ermittelt.

Juristische Zäsur

Eine Wende hat erst der Prozess gegen **John Demjanjuk** 2011 in München gebracht. Der gebürtige Ukrainer, der sich nach dem Krieg in den USA niedergelassen hatte, wurde in einem spektakulären Verfahren an Deutschland ausgeliefert. 1942 war der Rotarmist von der Wehrmacht gefangengenommen und vor die Wahl gestellt worden, als „ausländischer Hilfswilliger" in den Dienst der SS einzutreten oder als Kriegsgefangener inhaftiert zu werden. So wurde er, das belegt sein Dienstausweis, Aufseher im Vernichtungslager Sobibor. Das Lager in Ostpolen diente ausschließlich der systematischen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, weshalb der Historiker **Stephan Lehnstaedt** es auch als „Gaskammer mit Gleisanschluss" bezeichnete. Allein im Vernichtungslager Sobibor gab es etwa 250.000 Opfer. 28.060 von ihnen sollen in dem Zeitraum getötet worden sein, in dem Demjanjuk dort eingesetzt war.

Die Staatsanwaltschaft schlug einen neuen Weg ein, indem sie den Wachmann, für dessen Anwesenheit im Lager es keine lebenden Augenzeug*innen mehr gab, der Beihilfe zum Mord an all den 28.060 Menschen anklagte. Das Gericht folgte dieser Argumentation und verurteilte ihn wegen Beihilfe zum Mord zu fünf Jahren Haft. Den Haftbefehl setzte der Richter allerdings aus und ließ den Verurteilten in einem Altersheim unterbringen. Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt. Über die Rechtskraft des Urteils konnte nicht mehr entschieden werden, da Demjanjuk am 17. März 2012 verstarb.

Auch wenn der akribisch vorbereitete Prozess für die folgenden, letzten NS-Verfahren endlich einen wirksamen Hebel lieferte, hinterließ er doch bei einigen Beobachter*innen einen bitteren Beigeschmack. Dass ausgerechnet die erste Verurteilung eines nicht-deutschen Mittäters mit einem sehr engen Entscheidungsspielraum eine späte Zäsur in der Verfolgung der NS-Verbrechen markiert, erscheint als trauriger Treppenwitz der deutschen Justizgeschichte.

Späte Genugtuung

Für die letzten Überlebenden und ihre Nachkommen sind die letzten NS-Prozesse oft eine späte Genugtuung. Im Münsteraner Prozess ließen sich 17 Nebenkläger*innen durch ihren Anwalt vertreten. Der Vize-Präsident des *Internationalen Auschwitz Komitees*, **Christoph Heubner**, teilte mit, den Überlebenden gehe es nicht um Rache, sondern um Antworten. Entsprechend scharf war die Kritik des Komitees an den Einlassungen des Angeklagten. „Diese sehr bewusst eingesetzte Haltung der Naivität als Mittel der Rechtfertigung und Verteidigung schiebt die grausame Realität der Opfer von Stutthof weg wie ein lästiges Detail", so Heubner. Vielen Überlebenden und ihren Angehörigen geht es weniger darum, die ehemaligen Wachleute nun als Greise im Gefängnis zu sehen. Wichtiger ist, dass das erfahrene Unrecht und Leid von einem deutschen Gericht anerkannt und bestraft wird, solange dies noch möglich ist. Zeitverzögerungen, wie etwa bei einem Verfahren gegen einen weiteren KZ-Aufseher am Landgericht Frankfurt, dessen Zulassung sich über 14 Monate in die Länge zog, sorgen für Empörung und Unverständnis bei den Betroffenen.

Darüber hinaus wird mit jeder Verfahrenseröffnung erneut Öffentlichkeit für die NS-Verbrechen geschaffen. In den 1960er Jahren führte die Berichterstattung über die Frankfurter Auschwitzprozesse den Deutschen das Grauen und die Systematik des Massenmordes vor Augen. Auschwitz wurde zum Synonym des Holocausts. Die späteren Prozesse lenkten den Blick der Gesellschaft auf die „vergessenen Lager", die der breiten Öffentlichkeit unbekannt geblieben waren. Wem war schon das KZ Stutthof ein Begriff? Wer kannte die Geschichte der „Trawniki", also von Männern wie Demjanjuk? Die NS-Prozesse geben den Überlebenden die Möglichkeit, ein letztes Mal öffentlich ihre Stimme zu erheben und das Verbrechen zu bezeugen. Gerade jetzt, wo der generationale und damit auch der emotionale Bezug der Jüngeren zur NS-Geschichte schwindet, ist das von höchster Bedeutung.

Der angebliche Befehlsnotstand

Für eine aktive Erinnerungsarbeit sowie für die pädagogische Praxis kann die Aktualität der letzten NS-Prozesse ein wichtiger Ansatzpunkt sein, um kritisch in Diskurse um NS-Täterschaft zu intervenieren. Und das ist auch notwendig. Denn trotz intensiver Forschung, die das Gegenteil belegt, hält sich die Mär vom Befehlsnotstand seit über 70 Jahren hartnäckig. Erfahrungen aus der Gedenkstättenarbeit zeigen, wie robust das Narrativ vom SS-Mann ist, der um sein Leben hätte fürchten müssen, hätte er

nicht mitgemacht. Es gibt kaum eine Besuchergruppe, die das Narrativ der unwissenden und gezwungenen Einzelperson, wahlweise auch Gesamtgesellschaft, nicht bemüht und damit die Tür zur Täter-Opfer-Umkehr öffnet. Die Betrachtung der NS-Prozesse zeigt, dass die Lüge vom Befehlsnotsstand nicht nur in einem Mangel an historischem Wissen begründet ist. Es ist die seit Jahrzehnten vorgebrachte Verteidigungsstrategie der an den Verbrechen Beteiligten, zu der auch Johann Rehbogen gegriffen hat; sie hat gesamtgesellschaftlich verfangen und wird immer noch reproduziert.
Es geht also darum, der Exkulpationsstrategie der Täter*innen nicht auf den Leim zu gehen. Außerdem ist der zweite Mythos zu dekonstruieren, kein Staat dieser Erde habe seine Verbrechensgeschichte so ausführlich und schonungslos aufgearbeitet wie die Bundesrepublik. Die juristische Bilanz ist in dieser Hinsicht bitter: Gerade einmal zehn Prozent der Täter*innen sind juristisch überhaupt angegangen worden; in vielen Fällen fielen die Urteile milde aus. Ab 1958 waren infolge mehrerer Straffreiheitsgesetze und Amnestien nahezu all jene, die überhaupt ins Visier der Strafverfolgung genommen worden waren, wieder auf freiem Fuß. Auch wenn die Verjährung von Mord 1979 eigens aufgehoben wurde, um NS-Täter*innen weiterhin wegen Mordes anklagen zu können, erfassten die NS-Prozesse der 1960er und 1970er Jahre nur einen Bruchteil der Verantwortlichen. Die schleppende „Quadratur der Greise" (taz) der letzten 15 Jahre hat zwar die oben beschriebenen positiven Effekte, ist in der Gesamtbetrachtung einer nahezu vollständig gescheiterten juristischen Verfolgung aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein.
Die Gründe für das Versagen liegen in der Schlussstrichmentalität der jungen Bundesrepublik und im mangelnden Verfolgungswillen der Justiz- und Ermittlungsbehörden. Dieser wiederum ist auf personelle Kontinuitäten zurückzuführen. Dort liegt derzeit der größte Aufklärungsbedarf. Die Verbrechen des Holocaust sind hinlänglich bekannt und weitgehend wissenschaftlich erforscht. Die systematische, bewusste Nichtverfolgung von NS-Verbrecher*innen, das Verschleppen von Verfahren, die politischen Hintergründe einer Gesetzgebung, die die Täter*innen begünstigte — all das ist bisher nur ansatzweise aufgearbeitet. Erst vor zwei Jahren wurde „Die Akte Rosenburg" veröffentlicht, eine Untersuchung einer Historiker*innen-Kommission über die Kontinuitäten im Bundesministerium der Justiz mit Bezug auf die NS-Zeit. Sie belegt anhand von Personalakten, dass von 1949 bis 1973 weit über 50 Prozent der Mitarbeiter*innen des Bundesjustizministeriums NS-belastet waren. Sie bildeten Netzwerke, die sich gegenseitig schützten und förderten. In diesem Jahr geht in Berlin ein Forschungsteam an die Arbeit, das die NS-Kontinuitäten der Berliner Justiz aufarbeiten soll. Dabei soll auch die heikle Frage untersucht werden, inwieweit Kontinuitäten Einfluss auf Verfahren zur Wiedergutmachung hatten.

Foto: Friedrich Magnussen (CC BY-SA 3.0 DE)

Prozess gegen SS-Obersturmführer Hans Graalfs wegen Beihilfe zum Massenmord an Jüdinnen und Juden in Weißrussland.

2026 ist Schluss

Die *Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen* in Ludwigsburg ermittelt nur gegen Personen, die zum Zeitpunkt der Tat — also bis 1945 — mindestens 18 Jahre alt waren. Außerdem leitet sie keine Verfahren gegen Personen ein, die älter als 99 Jahre sind. Selbst theoretisch ist es also nur noch bis 2026 möglich, die allerletzten NS-Prozesse kritisch zu beobachten.
Erna Valk und ihr Mann überlebten und kehrten nach Goch zurück. **Walter Falk** starb 1962, seine Frau 1993. Ihre Tochter **Leni Valk** hatten sie 1938 bei Verwandten in den Niederlanden untergebracht. Von dort aus wurde sie in das Vernichtungslager Sobibor deportiert und am 21. Mai 1943 im Alter von neun Jahren ermordet.

—

Der Bericht von Erna Valk findet sich unter
http://wp.ge-mittelkreis.de/jukinder/devriesruthhilde04/texte/dv_12.html

Von Alexandra Gehrhardt

„Strukturelles System der Selbstjustiz“

Misshandlungen in der Geflüchtetenunterkunft Burbach

Seit November 2018 läuft vor dem Landgericht Siegen der Prozess wegen systematischer Misshandlungen von Geflüchteten in einer Unterkunft in Burbach in den Jahren 2013 und 2014. Angeklagt sind Wachleute, Sozialbetreuer_innen, Heimleitung und Beschäftigte der Bezirksregierung. Die Vorwürfe wiegen schwer: In sogenannten „Problemzimmern“ wurden Bewohner_innen der Einrichtung zum Teil über Tage eingesperrt und misshandelt.

Ein Blick zurück auf 2013. In Deutschland ist von dem, was zwei Jahre später „Sommer der Migration“ genannt werden wird, von „Krisenstäben“ und Stockbetten in Turnhallen noch wenig zu spüren. Die „Trains of Hope“ und die Geschichte von der „Grenzöffnung“, das gibt es noch nicht. Dennoch: Die Zahl an Menschen, die sich aus Krisenregionen auf der ganzen Welt auf den Weg machen, steigt. In Burbach, einer kleinen Gemeinde im Dreiländereck von NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz, wird eine ehemalige Kaserne zur Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete, einer von damals fünf in NRW. Betreiber wird der Essener Dienstleister *European Homecare* (EHC), der bundesweit Einrichtungen für Geflüchtete, Wohnungslose und andere Menschen am Rand der Gesellschaft unterhält. EHC stellt sogenannte Sozialbetreuer_innen als Ansprechpartner_innen für die Bewohner_innen ein und beauftragt mehrere Subunternehmen mit Sicherheits- und Wachdiensten. Zuständige Verwaltung ist die Bezirksregierung Arnsberg. Im September 2014 wird dann Bildmaterial öffentlich, das Misshandlungen an in Burbach untergebrachten Asylsuchenden dokumentiert. Von Körperverletzungen und systematischen Misshandlungen ist die Rede.

Vier Jahre später, im November 2018, begann am Siegener Landgericht die juristische Aufarbeitung. Angeklagt waren 38 Personen: Wachleute, aber auch der Unterkunftsleiter, Sozialbetreuer_innen und Beschäftigte der Bezirksregierung

Arnsberg. Es geht um mehr als 50 Taten, um Freiheitsberaubung, Nötigung, Diebstahl, Körperverletzung. Da kein ausreichend großer Gerichtssaal vorhanden ist, wird im Veranstaltungszentrum Siegerlandhalle verhandelt. Wer den Prozess beobachtet, merkt: Es ist kompliziert. Denn die Frage ist nicht nur: Wer hat in der Unterkunft Menschen eingesperrt und misshandelt? Sie lautet auch: Wer wusste davon und hat es nicht verhindert?

Selbstjustiz, Überforderung und Menschenhass

Bekannt geworden sind vor allem ein Video und ein Foto von Misshandlungen. Die Bilder erschrecken: Ein Foto zeigt einen männlichen Geflüchteten bäuchlings auf dem Boden liegend, die Hände auf dem Rücken gefesselt. In seinem Nacken steht der Fuß eines angeklagten Wachmanns, der mit erhobenem Daumen in die Kamera grinst. Ein anderer Wachmann kniet an der Fußseite.
Das Video zeigt einen Bewohner der Unterkunft. Seine Hose und eine Matratze neben ihm sind voll mit Erbrochenem. Man hört ihn fragen: „Warum schlägst du mich?“, Stimmen antworten: „Ein guter Christ hält auch noch die andere Wange hin.“ Und: „Halts Maul, leg dich in deine Kotze und schlaf!“
Weitere dokumentierte Fälle zeigen: Mal wurden Bewohner nach Schlägereien in eines der „Problemzimmer“ gesperrt; mal, nachdem sie im Haus geraucht oder Alkohol getrunken hatten; mal, weil eine Flasche aus einem Fenster geflogen war; mal für Vorfälle, die gar nicht in der Einrichtung passiert waren. Der Staatsanwalt spricht von einem „strukturellen System“ der Selbstjustiz.
Der ehemalige Leiter der Unterkunft ist in einem abgetrennten Verfahren bereits verurteilt worden. Er hatte, wegen eines Deals mit der Staatsanwaltschaft, umfassend ausgesagt: dass er, mit Einverständnis seines Arbeitgebers EHC, die „Problemzimmer“ eingerichtet und festgelegt hat, wann und wie lange Menschen dorthin gebracht werden sollten. Dass er so den Ruf der Einrichtung habe verbessern, die häufigen Polizeieinsätze in der überbelegten Unterkunft habe beenden wollen. Dass er auch selbst Bewohner in die Zimmer gebracht habe, um sie von anderen zu trennen. Einschlüsse habe er aber, als er von ihnen erfuhr, untersagt — und die Augen verschlossen, als seine Anweisungen nicht eingehalten wurden.
Das Hauptverfahren gegen immer noch fast 30 Personen verläuft zäh. Einige Verteidiger_innen stellten Antrag um Antrag, um der Kammer — die alle Positionen doppelt besetzt hat, damit das Verfahren bei Ausfällen nicht platzt — Fehlverhalten nachzuweisen. Viele Angeklagte schweigen, und die, die aussagen, zeichnen unterschiedliche Bilder von ihrer Arbeit. Alle lassen die Zustände in der Unterkunft mindestens seltsam erscheinen. Einer sagte aus, dass die Wachleute ständig Dienste getauscht hätten, ohne dass dies in den Wachbüchern festgehalten worden sei. Ob das stimmt — unklar. Eine Angeklagte weinte, als sie erzählte, wie sie in eine Schlägerei zwischen mehreren Dutzend Bewohnern gelangte.
Stutzig geworden seien einige, als es darum ging, Menschen einzusperren. Eingegriffen, oder zumindest die Methoden hinterfragt, hat aber offenbar niemand. Auch die Beschäftigten der Bezirksregierung nicht, die ihr Büro gegenüber den „Problemzimmern“ hatten und nichts gemerkt haben wollen. Inkompetenz und Überforderung scheinen sich durch alle Ebenen gezogen zu haben.

Fragwürdige Unternehmen

Aber es geht nicht nur um Überforderung: Im Zuge der Ermittlungen wurde bekannt, dass mehrere Wachleute Vorstrafen hatten. Und dass auch Rechte unter ihnen waren: WDR und *Siegerlandkurier* berichteten zuletzt im Februar, dass in der gemeinsamen Whatsapp-Gruppe Nachrichten mit rassistischen Inhalten ausgetauscht worden seien. Bis 2014 gab es Kontrollinstanzen für Wachpersonal in Unterkünften schlicht nicht — sie wurden erst als Konsequenz aus den Misshandlungen in Burbach eingeführt.
Dabei genügt manchmal ein Blick auf Facebook-Profile. Wie beim Angeklagten Herrn W., dessen Frau eines der in Burbach eingesetzten Sicherheitsunternehmen führte. Der gemeinsame Facebook-Account des Paares teilt Beiträge des rechten Hardliners **Rainer Wendt** und allerlei aufgebauschte „Nachrichten“ über angebliche Verbrechen von Migrant_innen. Das Paar ist auch heute in der Sicherheitsbranche tätig. Herr W. war früher Polizist.
Und auch *European Homecare* ist Teil des Problems: In Zeiten, in denen Kommunen unternehmerisch agieren und essenzielle Aufgaben outsourcen, um Kosten zu sparen, erfüllt der „soziale Dienstleister“ hoheitliche, staatliche Aufgaben. Wer bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand den Zuschlag haben will, muss auch billig sein. Kostendruck und Gewinnstreben machen sich dann zwangsläufig an der Qualität des Personals bemerkbar. 2014 wurden in NRW aus drei von EHC betriebenen Unterkünften Misshandlungen bekannt.
Und die Misshandelten? Sie tauchen bisher nur in den Akten auf. Von zweien ist bekannt, dass sie Deutschland wieder verlassen haben, ein weiterer ist unbekannt verzogen. Ihre Perspektiven wären für den Prozess wichtig. Dieser zieht sich derweil weiter in die Länge. Ob er die erwünschte Aufklärung wird leisten können, ist fraglich.

Das Interview wurde geführt von Sten Krämer

„Klassische Methoden der Antifa-Arbeit“

Interview mit der Kampagne „Stadt, Land, Volk“

Seit März 2017 berichtet die „Kampagne Stadt, Land, Volk“ über extrem rechte Strukturen in Hessen. Schwerpunkt der Arbeit stellen Veröffentlichungen zu den Netzwerken der „Neuen Rechten“, Burschenschaften und der AfD auf dem Blog stadtlandvolk.noblogs.org dar.

Der Kampagnenname „Stadt, Land, Volk“ ist ja etwas ungewöhnlich, was streckt dahinter?
Der Name kann als Beschreibung unseres Untersuchungsfeldes gesehen werden. Es ist primär nicht relevant, ob jemand in der Stadt oder auf dem Land wohnt. Sowohl im ländlichen als auch im urbanen Raum können wir Akteure ausmachen, deren Vorgehen sie in unseren Fokus rücken lässt. Wir thematisieren die Vernetzung und Überschneidung verschiedener extrem rechter Strukturen in Hessen, die durch ihren Netzwerkcharakter geprägt sind. Mit der Kampagne wollen wir gebündelt Aufmerksamkeit auf das Thema und unsere Analyse lenken.

Was waren bisher eure wichtigsten Projekte?
Im Nachgang des Landeskongresses der *Jungen Alternative* (JA) 2017 in Marburg wurde uns eine Reihe an Fotos zugespielt, die deutlich zeigen, wie vermummte Nazis — Burschen, JA'ler, *Ein-Prozent*-Mitglieder und klassische Neonazis gemeinsam — Fotojournalist*innen auf offener Straße attackierten. (vgl. Lotta #67 S. 26) Dies zeigt exemplarisch die Treffgenauigkeit unserer Analyse: Faschisten aller Couleur schließen sich zusammen, um gegen als Feinde wahrgenommene Personen vorzugehen.
In einem ausführlichen Dossier haben wir die weitergehenden faschistischen Tätigkeiten etlicher Burschen der *Germania Marburg*, der *Rheinfranken Marburg* und der *Normannia Leipzig zu Marburg* aufzeigen können. Beispielsweise bei **Heinrich Mahling**, dessen Wechsel zur *Germania Marburg* und führende Rolle bei den „Identitären“ in Hessen dargestellt wurde.
Im Vorfeld der Bundes- bzw. Landtagswahl haben wir etliche Bundes- bzw. Landtagswahlkandidaten der AfD in einer Broschüre kritisch vorgestellt. Von den Broschüren wurden jeweils mehrere tausend Exemplare gedruckt und öffentlich ausgelegt, so dass sie großflächig in Hessen verteilt werden konnten.

Welche Reaktionen gab es auf eure Arbeit?
Wir vermuten, dass es einige Anzeigen aufgebrachter Rechter, die durch unsere Arbeit ihre Persönlichkeitsrechte verletzt sahen, gab. Ansonsten waren die Reaktionen aber durchweg positiv: Wir haben es geschafft, die Antifa-Arbeit in der Region kontinuierlich fortzusetzen und zu verbessern und konnten durch unsere Berichterstattung Aufmerksamkeit auf rechte Strukturen lenken. Unsere Kampagne erreichte bundesweite Bekanntheit, und von Journalist*innen, Zeitungen und linken Projekten wurde auf uns Bezug genommen.

Ihr legt euren Fokus immer wieder auf extrem rechte Burschenschaften. Welche Rolle spielen diese in rechten Netzwerken in Hessen und darüber hinaus?
Extrem rechte Burschenschaften sind als Rückgrat der „Neuen Rechten“ zu sehen. Sie sind nicht nur Mitorganisatoren des Rechtsrucks, sondern treiben ihn aktiv voran. Sie fungieren als Bindeglied zwischen verschiedenen extrem rechten Organisationen, bieten personelle Kontinuitäten und stellen für sie wichtige Infrastruktur. Burschenschaften haben die Räume, das Geld und die entsprechende Sozialisation, inklusive passendem reaktionären Männlichkeitsbild.

Ihr stützt euch in der Arbeit gegen die sogenannte „Neue Rechte“ vor allem auf ausführliche Recherchen, Hintergrundinfos und auch Outings. Wieso habt ihr euch für diese Form entschieden?
Klassische Methoden der Antifa-Arbeit erscheinen uns nach wie vor am sinn- und wirkungsvollsten — natürlich nicht, ohne diese in der jeweiligen Situation konkret zu hinterfragen. Wir schauen uns nicht nur an, was die einzelnen rechten Organisationen machen, son-

dern nehmen die einzelnen Personen unter die Lupe. Dadurch, dass wir die einzelnen Akteure aus der Deckung holen, erhalten wir mehr Erkenntnisse und versprechen uns wesentlich mehr Wirkung.

Im Oktober 2018 waren Landtagswahlen in Hessen. Wie habt ihr den Wahlkampf (insbesondere der AfD) wahrgenommen? Wie sah eure Arbeit dazu aus?
Es gab tausende Broschüren zu etlichen AfD-Kandidaten mit Adresse und kurzem Lebenslauf, die hessenweit verteilt wurden. Das sorgte für jede Menge Furore und hatte mehrere Zeitungsartikel zur Folge. Die AfD spricht hier von „gefälschten Lebensläufen“, dem können wir entschieden widersprechen. Unter anderem unsere Arbeit hat dazu geführt, dass die AfD zum Beispiel in Marburg keine Räume für Veranstaltungen bekam und auch keine Wahlkampfstände aufgebaut wurden. Das zeigt, wie wirkungsvoll Antifa-Arbeit Nazis den Raum nehmen kann.

Welchen Einfluss wird der Einzug der AfD ins Parlament auf rechte Strukturen in Hessen eurer Meinung nach haben?
Die AfD wird einerseits Posten und Geld erhalten, andererseits durch Gremienarbeit die Arbeit linker, antifaschistischer und feministischer Projekte behindern können. Außerdem wird ihre Stimme hörbarer und parlamentarisch legitimiert, obwohl sich personell nichts verändert hat und es immer noch die gleichen Faschist*innen und Nazis sind, die jetzt aber im Parlament sitzen.

Nach dem Einzug in den hessischen Landtag sitzt die AfD in allen Landesparlamenten, in Sachsen zeichnet sich demnächst sogar eine mögliche Regierungsbeteiligung ab. Wie kann antifaschistische Arbeit gegen eine Rechte mit starkem parlamentarischen Arm aussehen?

Recherchezusammenhänge wie wir benötigen die Hilfe von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die unsere und andere Rechercheergebnisse in die Parlamente und Gremien einbringen und thematisieren. Es sollten nicht nur eine handvoll Antifas wissen, wer die rechten Akteure sind, sie sollten auch an ihrem Arbeitsplatz und in ihrem Privatleben damit konfrontiert werden. Unser Mittel des antifaschistischen Kampfes ist die Recherche, wenn Antifaschist*innen aus unserer Arbeit anderweitige Konsequenzen ziehen, begrüßen wir das aber ausdrücklich!

Wie können euch Menschen unterstützen?
Wir freuen uns am meisten, wenn Menschen unsere Rechercheergebnisse lesen und nutzen, um Nazis überall und mit allen Mitteln das Leben schwer zu machen. Darüber hinaus hilft es sehr, wenn uns Infos über Rechte zugespielt werden, da wir natürlich auch nicht alles wissen können.

Welche Pläne habt ihr für die Zukunft?
Wir werden weitermachen wie bisher und die üblichen Akteure weiter genau im Blick behalten. Außerdem wollen wir, wenn möglich, unseren Beobachtungsradius erweitern.

Wollt ihr noch irgendwas loswerden?
Wir bedanken uns bei allen, die uns bisher Informationen gegeben haben, ohne eure Hilfe wäre diese Kampagne nur halb so gut. Natürlich danken wir auch der Lotta für das Interview. Grüße und Dank gehen raus an alle Genoss*innen, die Nazis bekämpfen, diesen den Raum nehmen, auf die Pelle rücken, sie aus der Anonymität holen und die sich nicht unterkriegen lassen. Bleibt stabil!

Vielen Dank für das Interview!
Mehr Infos zur Kampagne, zahlreiche Recherche- und Hintergrundtexte sowie die veröffentlichten Broschüren als pdf findet ihr auf dem Blog *stadtlandvolk.noblogs.org*.

Von Alena Becker

Die Kommissare

Der Traum rechtsgerichteter Kriminalisten von der „endgültigen Abschaffung der Kriminalität“ kostete während des Nationalsozialismus vielen tausend Menschen das Leben; als „Asoziale“, politische Gegner oder Homosexuelle wurden sie von der Kriminalpolizei verfolgt, die sich aber auch eifrig bis federführend an der Vernichtung von Jüdinnen, Juden, Sinti_ze und Rom_nja beteiligte. Der Organisationsgeschichte und den Biographien lokaler Vertreter dieser Behörde widmet sich der gerade erschienene, von **Bastian Fleermann** herausgegebene Sammelband „Die Kommissare“. Neben vier inhaltlichen Schwerpunkten enthält er auch einen Dokumentenanhang.

Der erste Teil des Bandes („Akteure und Strukturen“) beginnt mit der Entstehung der Kriminalpolizei Düsseldorf und deckt mit einem Ausblick bis in die Nachkriegszeit eine relativ lange Zeitspanne ab. Trotz großer, eher trockener, aber unverzichtbarer verwaltungs- und organisationsgeschichtlicher Anteile bleibt der Text durch konsequent und gut platzierte Biographien einzelner Individuen spannend. Durch die kombinierte Beschreibung der „großen Linien“ der NS-Politik und ihrer lokalen Umsetzung gelingt die Kontextualisierung sehr gut; komplizierte Zusammenhänge werden auch für Einsteiger_innen leicht verständlich.

Im zweiten Teil des Bandes („Kripoarbeit vor Ort“) werden die Kripo Dortmund, die im Sommer 1938 mit 297 Verhaftungen im Rahmen der „Aktion Arbeitsscheu Reich“ das Soll für den gesamten Polizeibezirk um ein Drittel übererfüllte, die schleppende Einrichtung einer Kriminalpolizeistelle in Hilden, die Rolle der Kripo bei der Verfolgung von Jüdinnen, Juden, Sinti_ze und Rom_nja am Beispiel der Landeskriminalstelle Wuppertal und die konkrete Ausgestaltung der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ in Mönchengladbach detailliert in den Blick genommen. Die Rekonstruktion der bürokratischen und praktischen Abläufe der Deportation von Sinti_ze und Rom_nja aus dem gesamten Polizeibezirk beschreibt exemplarisch die Kooperation verschiedener Polizeidienststellen. Mit dem Ghetto Litzmannstadt, in dem Düsseldorfer Beamte die Kriminalpolizeistelle aufbauten, gerät auch der „auswärtige Einsatz“ von Polizisten aus NRW in den Blick.

Der dritte Teil („Biographische Perspektiven“) widmet sich einerseits der Geschichte des als „Ostjude“ aus Düsseldorf deportierten **Aron Windwehr**, der die Ermordung der Insass_innen des Ghettos Kolomea im September 1942 durch Zufall überlebte. Noch im Herbst 1945 kehrte er nach Düsseldorf zurück und machte sich auf die Suche nach denjenigen, die in Kolomea seine Familie ermordet hatten — erfolgreich. Die Geschichte des Polizisten **Karl Hemme**, basierend auf einem Flohmarktfund, erzählt den bewegten Lebensweg eines jungen Mannes, der es dank der Talente seiner Mutter in den Polizeidienst schaffte, die Chance jedoch vertat.

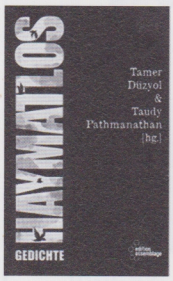
Der vierte Teil („Kontinuitäten und Brüche“) beginnt mit den „Endphaseverbrechen“, in diesem Falle mit der Ermordung sowjetischer und niederländischer Zwangsarbeiter_innen durch Düsseldorfer Polizisten, ausgelöst nicht zuletzt durch den Glauben an das selbst beschworene Schreckgespenst der vermeintlich erblichen Kriminalität „anderer Rassen“. In diesem Kontext wird auch die Verbindung von Kripo und Gestapo besonders deutlich.

Das Narrativ von der „guten Polizei“, die an keinerlei Verbrechen beteiligt gewesen sei, steht im Zentrum der letzten beiden Beiträge des Sammelbandes. Ausgehend von einer ÖTV-Kampagne anlässlich der Neubesetzung der Leitung des Landeskriminalamts NRW zum 1. August 1959 wird das Weiterleben alter SS-Netzwerke in der Polizei NRW in der Nachkriegszeit beschrieben; mit **Bernhard Wehner** wird ein Protagonist der erfolgreichen Etablierung des Narrativs von der Kriminalpolizei als „Bauern im Schachspiel des NS-Staates“, das teilweise bis heute Wirkung zeigt, näher vorgestellt.

Bastian Fleermann (Hg.):
Die Kommissare. Kriminalpolizei in Düsseldorf und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet (1920—1950)
Droste Verlag, Düsseldorf 2018
498 Seiten, 49,- Euro

Von Sonja Brasch

Haymatlos



„Haymatlos" — ein Begriff, der in den 1930er Jahren durch jüdische Geflüchtete in die türkische Sprache getragen wurde — beschreibt die Gefühle in der postmigrantischen Gesellschaft. Vom ausgeschlossen werden und davon, dazu zu gehören, vom vermeintlich Normalen, vom Besonderen, von Einsamkeit und Sehnsucht, von Empathie, Ignoranz und (fehlender) Geborgenheit. **Tamer Düzyol** und **Taudy Pathmanathan** haben in diesem Gedichtband 51 Autor_innen Raum gegeben, ihre Geschichten zu erzählen. Sie schreiben über ihre Migrationsgeschichte(n) und ihre Erfahrungen mit Rassismus. Die Autor_innen gewähren einen tiefen Einblick, sie klagen an, sie verzweifeln, sie erzählen und sind hoffnungsvoll. Sie nehmen die Leser_innen mit, sie konfrontierten sie, sie lassen keine vorgeschobene intellektuelle Auseinandersetzung zu, sondern gehen direkt ins Herz, ins Hirn und ins Mark.
Die Gedichte schaffen die Auseinandersetzung auf emotionaler Ebene und berühren damit wichtige Fragen, mit denen wir als Gesellschaft in den letzten Jahren konfrontiert waren. Wem gegenüber wird Empathie aufgebracht, wem Ignoranz — und was hat diese Frage mit dem gesamtgesellschaftlichen Rassismus zu tun? **Ayşe Güleç** und **Johanna Schaffner** haben diese beiden Kategorien für die Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex zentral gestellt. Ihr Konzept wird mit den Gedichten, die in diesem Band versammelt wurden, sinnlich erlebbar.
„Haymatlos" eröffnet einen Raum, der zwar immer da ist, aber viel zu selten wahrgenommen wird: die Gesellschaft der Vielen, in der die Unterschiede weniger zählen als die Gemeinsamkeiten.

Tamer Düzyol &
Taudy Pathmanathan (Hg.):
Haymatlos
edition assemblage, Münster 2018
224 Seiten, 14,80 Euro

Von Johannes Hartwig

Antifaschistische Pädagogik

Der Sammelband „Antifaschistische Pädagogik" versammelt einige Referent_innen einer Tagung im Frühjahr 2017 an der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg und einige weitere Autor_innen. In Abgrenzung zur „Rechtsextremismusprävention", die sich auf „die höchst problematische Extremismustheorie" bezieht, und zur „Präventionsarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit", die auf Diskriminierung abzielt, aber weitere Aspekte des Autoritarismus nur selten berücksichtigt, bezieht antifaschistische Pädagogik die Auseinandersetzung mit verschiedensten Bereichen rechter und autoritärer Ideologien ein.
Als theoretische Grundlage werden in einzelnen Kapiteln des Buches die Autoritarismusstudien der „Frankfurter Schule", kritische Bildungstheorien, materialistische Pädagogik sowie Ungleichwertigkeitsideologien in der Migrationsgesellschaft thematisiert. Weitere Texte widmen sich der NS-Pädagogik, der Entwicklung und Rolle politischer Bildung im Umgang mit der NS-Zeit sowie der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Auch mit der Praxis politischer Bildungsarbeit, unter anderem in Schulen, an historischen Orten, bei der Fanarbeit oder der antipatriarchalen Arbeit mit (post)migrantischen Jugendlichen, wird sich in einzelnen Beiträgen auseinandergesetzt.
Der Band greift also unterschiedlichste Themen und Fragestellungen auf, die im Zusammenhang mit einer antifaschistischen Pädagogik stehen. Dabei fehlt leider manchmal der rote Faden. Doch die Artikel bieten wichtige Ansatzpunkte für eine dringend benötigte kritische Auseinandersetzung um Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Arbeit aus antifaschistischer Perspektive.

Merlin Wolf (Hrsg.):
Antifaschistische Pädagogik
Alibri Verlag, Aschaffenburg 2018
298 Seiten, 18,00 Euro

Magazin von und für ANTIFASCHISTiNNEN

abo@der-rechte-rand.de # www.der-rechte-rand.de # www.facebook.com/derrechterand

Recherche.
Analyse.
Perspektive.

Abo gegen rassistischen Scheißdreck

graswurzel revolution

Foto: Kampagne We Don't Shut Up

GWR 438, April 2019: Klimagerechtigkeit!
Probeheft kostenlos: www.graswurzel.net

Nicht gleich alles in die Tonne hauen!

Es ist wieder Wahlkampf.
Unser Archiv sammelt Publikationen extrem rechter Parteien.
Eintüten und ab in die Post.

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum berlin e.v.
lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
030.6116249
mail@apabiz.de
www.apabiz.de

apabiz

DIE ROTE HILFE

Schwerpunkt 1/2019: Repression gegen linke Oppositionelle in der DDR

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Abonnieren:
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Mitgliedwerden & Info:
info@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Lotta abonnieren!

Bei Fragen rund um das Thema Abos und Bestellungen steht der LOTTA-Vertrieb unter der E-Mail-Adresse lotta-vertrieb@nadir.org zur Verfügung.

Ich bestelle:
O ab der aktuellen Ausgabe
O ab der nächsten Ausgabe:

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben
O Jahresabo, Inland 19 Euro
O Jahresabo, Ausland 27 Euro
O Jahresförderabo (beliebige Summe ab 30 Euro.
Eine Spendenquittung über die Fördersumme stellen wir ab 50 Euro aus) ___ Euro

» Alle Preise inkl. Porto und Versand.
» Zu Nachbestellungen von älteren Ausgaben und zum Thema Weiterverkauf bietet unsere Homepage nähere Informationen: http://www.lotta-magazin.de unter „Lotta bestellen".
» Es gilt nur die zum Zeitpunkt des Eingangs der Bestellung auf unserer Homepage veröffentlichte aktuelle Preis- und Bestellliste!

O Ich überweise den Betrag innerhalb von 7 Tagen auf folgendes Konto:

VFKB e.V.
Postbank Dortmund
IBAN DE18 4401 0046 0994 5404 60
BIC PBNKDEFF

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

O Ich habe den Betrag in bar (keine Briefmarken) beigelegt.

Achtung Kleingedrucktes: Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.

An die LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail (unbedingt angeben)

....
Ort, Datum Unterschrift

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
www.lotta-magazin.de

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den Fotograf_innen und den Autor_innen. Nicht in allen Fällen können die Urheber_innen der verwendeten Fotos ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Anzeige

Antifa-Themenabend jeden letzten Mittwoch im Monat, Eintritt frei

INPUT

PROGRAMM BIS JUNI 2019

24. April 2019, 19.30 Uhr
Die extreme Rechte in Europa vor den Europawahlen im Mai 2019
Referent: Bernard Schmid (Jurist und freier Journalist aus Paris)
Ort: Kulturzentrum ZAKK, Fichtenstraße 40, Düsseldorf

29. Mai 2019, 19.30 Uhr
Sachsen und die AfD – Bestandsaufnahme und Einschätzungen mit Blick auf die Landtagswahlen am 1. September 2019
Referent: Michael Nattke (Dresden, Mitarbeiter des Kulturbüros Sachsen)
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

26. Juni 2019, 19.30 Uhr
Das eigene Schicksal selbst bestimmen – Fluchten von Juden aus den Deportationszügen in die Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt" in Polen
Referentin: Franziska Bruder (Historikerin und Autorin aus Berlin)
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR) und SJD – Die Falken Düsseldorf

Anzeige

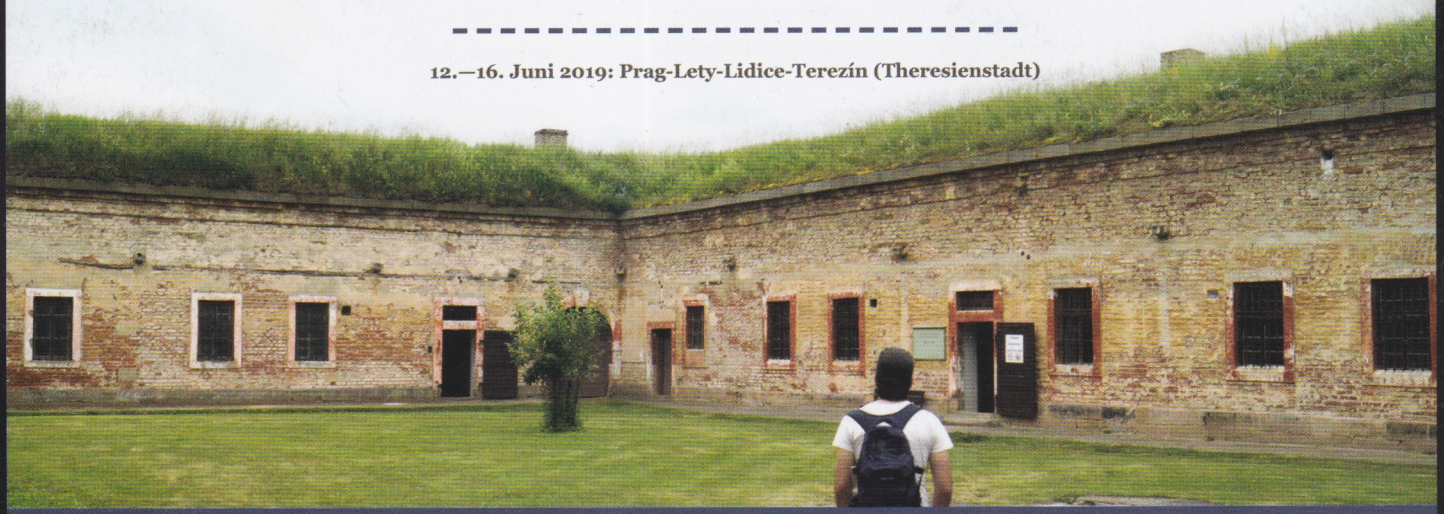
Veranstaltet vom Arbeitskreis Gedenkstättenfahrten (NRW)

2019

Gedenkstättenfahrten

Stigmatisierung, Entmenschlichung, Täuschung und Vernichtung
Widerstand und Selbstbehauptung, Erinnern und Gedenken

12.—16. Juni 2019: Prag-Lety-Lidice-Terezín (Theresienstadt)



Nähere Informationen

Arbeitskreis Gedenkstättenfahrten
c/o AStA Hochschule Düsseldorf, Münsterstr. 156, 40476 Düsseldorf
ak-gedenk@gmx.net, 01520 8494450

- für Menschen aus NRW
- Vorbereitungswochenende: 11./12. Mai 2019
- Eigenbeitrag: 150,– €
- Anmeldungen bis zum 4. Mai 2019 unter ak-gedenk@gmx.net